

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

11

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Mettlerfeld, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate Wilhelm Endau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstraße 3. — Fernsprecher Amt Norden 28861 bis 28865, Nachruf (ab 19 Uhr) 22951 bis 22955. — Postzeitungsliste Seite 310. — Bezugspreis: Monatlich 2.30, zweimonatlich 4.10, halbjährlich 10.00, Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. Anzeigenpreis für die Hauptansage: 1 mm Höhe u. 37 mm Breite lokal 18 Pf., ausw. 25 Pf., Familienanzeigen n. Stelle: gesuche 8 Pf., Vereinstalender 1 mm Höhe 26 Pf., Melame 1 mm Höhe und 90 mm Breite lokal 75 Pf., auswärts 90 Pf. Abatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33 1/2 % Zuschlag. Für Platzvorschrift keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg.

Nr. 128

Mittwoch den 5. Juni 1929

40. Jahrgang

Bauern und Republik

Fragt man die Großbäuer und die Stahlhelmer, wie die Bauern sich zur Republik stellen, so ist die Beantwortung gegeben: das Land ist monarchistisch und lehnt die „Judenrepublik“ ab. Sieht man sich die Bauernkreise aber näher an, so stellen sich hinter die summarische Antwort einige Fragezeichen. Im neuen Reichstag ist schon eine Bauerngruppe vorhanden, die sich als republikanisch bezeichnet und nicht mehr daran denkt, die verschollenen Kaiserzeiten zurückzuwünschen.

Die Stellung zur Demokratie beginnt abhängig zu werden von den Sektoren. Die Arbeitsbauern finden sich mit der Neuordnung der Dinge ab und rüsten sich zur praktischen Mitarbeit im neuen Staate. Die Herrenbauern dagegen reden auf Bänderveranstaltungen in starken Tönen von ihrer monarchistischen Treue und von ihrer Sehnsucht, die Hohenzollern mit irgendeinem Präzendenten zurückzuholen.

Bei den Großen über hundert Sektar ist das ohne weiteres verständlich. Sie haben ihre beherrschende Stellung von einst eingebüßt. Sie sind Gleiche unter Gleichen geworden und das tut meh, wenn man jahrzehntelang durch das Dreiklassenwahlrecht das große Preußen und dadurch das ganze Deutsche Reich beherrschte. Sie wollen — koste es, was es wolle — die vollen Fleischtöpfe der Junkerherrlichkeit sich zurückholen.

Das ist aber nicht so einfach. Auf die Butte haben sie schon notgedrungen verzichtet. Mit dem Volksbegehren des Stahlhelms rücken sie auch nicht heraus, trotzdem die Deutschnationalen ihnen unterzeichnungsfreudige Mithilfe versprochen haben. Die monarchistische Laube sitzt hoch auf dem Dache und will sich mit Vogelleim nicht fangen lassen. Es bricht daher selbst bei den Herrenbauern der Gedanke durch, mit dem Spatz in der Hand einweilen zufrieden zu sein und durch aktive Arbeit im republikanischen Staatswesen wenigstens für die engere Berufsinteressen zu sorgen.

Es brüderlich bedenkenlich in der monarchistischen Schutzmauer der Großgrundbesitzer. Treue hin, Treue her, erst kommt das Portemonnaie. Nach außen würde das als Verrat verurteilt werden. Nach außen hat man die Firma zu wahren. Nach außen brüllt man in die Versammlungen, daß die Republik den Landwirten die Gurgel zuschnüre.

Es gibt noch viele Arbeitsbauern, die den Unsinn glauben. Sie lassen sich aufheben zu wilden Taten. Siehe Schleswig-Holstein, siehe Oldenburg. Man benutzt dort ja schon Bomben zur Gegenwehr. Die zersprungenen Fensterscheiben und die eingedrückten Türen bringen zwar keine höhern Getreidepreise, aber Knall und Klirren lenken die Aufmerksamkeit der Bedachten auf die wirklichen Verhältnisse und bringen sie zu einer eignen kritischen Stellungnahme. Es ist gar kein Zweifel, in kurzer Zeit wird die eigne Prüfung die Arbeitsbauern zu dem Ergebnis führen, daß die Republik sich ihrer tatkräftig annimmt. Tatkräftiger als die Monarchie es jeinerzeit getan hat.

Der Beweis dafür ist sehr leicht und sehr einleuchtend zu führen. Im Reichstag wurde am Montag der Landwirtschaftsetat behandelt. Dabei gab der sozialdemokratische Abg. Tempel (Oldenburg) einige Zahlen zur Kenntnis, die mit ihrer knappen Sprache haarscharf beweisen, mit welcher Sorgfalt die Republik die Bauern „erdrosselt“.

Tempel beschäftigte sich zunächst mit der Republik Preußen, die seit zehn Jahren ja einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten besitzt, der vorübergehend dort auch Minister für die Landwirtschaft war. In Preußen wurden für die Landwirtschaft aufgewendet:

1913 rund 58,3 Millionen Mark,
1927 rund 139,2 Millionen Mark.

Für die landwirtschaftlichen Hochschulen und Forschungsinstitute:

1913 rund 1,9 Millionen Mark,
1927 rund 6,5 Millionen Mark.

Für das landwirtschaftliche Schul- und Beratungswesen:

1913 rund 1,15 Millionen Mark,
1927 rund 4,4 Millionen Mark.

Für Meliorationen und Hochwasserschutzmaßnahmen:

1913 zirka 17,8 Millionen Mark,
1927 zirka 32,7 Millionen Mark.

Für Förderung der Landeskultur und der innern Kolonisation:

1913 rund 9,2 Millionen Mark,
1927 rund 48,5 Millionen Mark.

Was ganz gut und schön, aber die Steuern! Die Bauern werden von den Finanzämtern wie Zitronen aus-

Rücktritt des Kabinetts Baldwin

Macdonalds Berufung sicher

London, 4. Juni. (Signer Drahtbericht.) Baldwin begibt sich am Dienstag nachmittags nach Windsor, um dem König die Gesamtdemission des Kabinetts mitzuteilen.

Der König wird darauf einen Hofbeamten zu Macdonald entsenden und mit ihm vereinbaren, am Mittwoch oder Donnerstag nach Windsor zu kommen, um in der altertümlichen Form, die in England üblich ist, mit der Bildung des Kabinetts betraut zu werden.

Wie nachträglich bekannt wird, ist die gestrige Kabinettsitzung, die über zwei Stunden dauerte und in der die Demission des Kabinetts beschlossen wurde, sehr für mich verlaufen. Chamberlain, dem sehr viel daran lag, die Reise nach Madrid zum Völkerbundrat noch als Minister antreten zu können, und Churchill haben dem Premierminister energisch zugestimmt, bis zum Zusammentritt des Parlaments im Amt zu bleiben. Baldwin ist jedoch fest geblieben und hat die Gesamtdemission des Kabinetts durchgesetzt, allerdings erst, nachdem er sich verpflichtet hatte, vor dem Zusammentreten des Parlaments eine Fraktionsführung der Konservativen Partei einzuberufen, in der darüber Beschluß gefaßt werden soll, wie die Politik der Partei in der Opposition geleitet werden soll und ob Baldwin weiterhin Führer der Konservativen Partei bleibt.

Ramsay MacDonald hat bereits die letzten beiden Tage zu der Zusammenstellung seines Kabinetts benutzt, das nunmehr in großen Umrissen fertigzustehen scheint. Nach einer alten Tradition wird kein Abgeordneter mit einem Posten im Kabinett betraut werden, der nicht schon in dem alten Parlament Abgeordneter gewesen ist. Alle bisher in den konservativen Zeitungen erschienenen Meldungen über die Zusammensetzung des Kabinetts sind nur Kombinationen Außenstehender. Es kann jedoch als sicher gelten, daß folgende Abgeordnete der Arbeiterpartei zu Ministern ernannt werden: Arthur Henderson, J. H. Thomas, Philipp Snowden, Lord Thomson, Arthur Greenwood, Frau Suzanne Lawrence. Der Führer der schottischen Linken, Wheatley, der im Kabinett von 1924 einen der wichtigsten Posten innegehabt hat, erhält kein Ministeramt.

Das allgemeine Interesse konzentriert sich selbstverständlich auf die Nachfolge Sir Austen Chamberlains. In gut unterrichteten Kreisen der Arbeiterpartei glaubt man zu wissen, daß die Zeitungsmeldungen, wonach Henderson und Thomas zur engsten Wahl stehen, den Tatsachen entsprechen. Als Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt dürfte voraussichtlich Sir Oswald Mosley ernannt werden.

Unterredung mit Macdonald

„Jede dritte Partei ist unerwünscht“

Ramsay MacDonald gewährte dem Korrespondenten des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ eine Unterredung. Er äußerte sich zunächst befriedigt über den Ausgang der Wahlen, den er als „außerordentlich“ günstig bezeichnete. Die Wahlen haben vor allem zwei Dinge eindeutig bewiesen:

gepreßt. Auch darüber liegen für die Republik Preußen einige sprechende Zahlen vor. An Einkommensteuer haben die letzten Jahre zwischen 65 und 80 Millionen Mark erbracht. Das sind 3 Prozent — drei vom hundert — der gesamten Einkommensteuer. Im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Produktion und zum Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine äußerst geringe Summe.

Ja, aber die Realsteuern. Schön, sehen wir uns diese einmal an. Die preussische Grundsteuer brachte im Jahre 1927 rund 79 Millionen Mark. In dem gleichen Jahre hat die Republik Preußen zur Förderung und Unterstützung der Landwirtschaft 88 Millionen aufgewendet. Die Landwirte haben also neun Millionen Mark mehr ausgezahlt erhalten, als sie an Grundsteuer aufgebracht haben. Nach einer Erdrosselung sieht das wohl kaum aus.

Zu weit höhern Unterstützungssummen kommt man noch, wenn man die Staatshilfe aufzählt, die die deutsche Republik den Bauern insgesamt zugeführt hat. Auch den Herrenbauern. Aus dem Notprogramm für das vergangene Jahr sind 86 Millionen Mark und zusammen mit der Umschuldungsaktion sogar 196 Millionen Mark zu erwähnen. Für fünf Jahre hat das Reich je 50 Millionen Mark an Siedungskrediten bewilligt. Insgesamt vorläufig 250 Millionen Mark.

„Das Land will eine andre Regierung, und zweitens, das Land hat Vertrauen zur Arbeiterpartei und wünscht, sich sein Interesse von der Labour Party in der Regierung vertreten zu sehen. In einem gewissen Abstand hierzu könnte man noch eine dritte Schlussfolgerung aus dem Ausgang der Wahlen ziehen: Die Nation betrachtet jede dritte Partei als unerwünscht.“ Weinake gereizt fügte Macdonald hinzu, die Liberalen interessierten ihn nicht, eine Behauptung, die er später noch einmal mit großem Nachdruck wiederholte. Auf die Frage, ob er glaube, daß in der gegenwärtigen Situation mit Erfolg außenpolitische Schritte von Großbritannien getan werden könnten, antwortete Macdonald: „Es ist immer an der Zeit, etwas zu tun und die Dinge vorwärtszutreiben. Wenn wir morgen an die Macht kommen, werden wir am nächsten Tage mit der Sondierung der Situation und der Ausrichtung von Führern beginnen.“

Macdonald wandte sich hierauf gegen den Versuch, ihn auf bestimmte Aktionen und Formeln festlegen zu wollen. „Die richtige Methode ist, mit Gesprächen mit Staatsmännern und Diplomaten zu beginnen und diese internationale Aussprache ständig in Fluß und Bewegung zu halten, um zu verhindern, daß eine Stagnation wie die gegenwärtige eintritt.“

Zur Abrüstungsfrage erklärte Macdonald: Ihre (der großen Nationen) wirkliche Abrüstung hat ein internationales Abrüstungsabkommen zur Voraussetzung. Darum muß sich ihre Politik, was die Abrüstung betrifft, in der Richtung auf die Herbeiführung eines solchen internationalen Abkommens bewegen.

Die jungen Frauen wählten gut

Mit besonderer Wärme besprach Macdonald die Rolle, die insbesondere die jungen Frauen, die zum erstenmal gewählt haben, bei der großen politischen Entscheidung spielen.

Der Wechsel, der sich in der geistigen Einstellung der Frauen im Laufe der letzten 20 Jahre vollzogen hätte, sei wirklich ganz erstaunlich. Vor 20 Jahren sei die junge Frau ganz von der Idee einer zukünftigen Ehe beterricht gewesen — sie hätte für industrielle oder soziale Pflichten kein Interesse gehabt. Heute sei sie nicht nur besser gekleidet, geistig lebendiger, selbstbewußter, sondern auch interessierter: „In gewisser Beziehung sind diese jungen Frauen selbständiger als ihre Brüder. Ich weiß von alten konservativen Familien, in denen seit Generationen konservativ gewählt wurde, weil es die Söhne und Enkel einfach für ihre Pflicht hielten, unabhängig von ihren persönlichen Anschauungen die Familientradition aufrechtzuerhalten und konservativ zu wählen. Was ist aber geschehen? Die junge Tochter hat sich geweigert, einer blinden Tradition zu folgen, und wir haben zum erstenmal in der Geschichte Großbritanniens erlebt, daß zahlreiche bürgerliche und aristokratische Familien infolge der politischen Selbstständigkeit der jungen Frauen innerlich gespalten waren.“

Das Land hat nunmehr entdeckt, was die Arbeiterpartei schon längst geahnt hat, daß diese jungen Wähler sich ihrer Verantwortung voll und ganz bewußt sind. Sie traten politisch als ein unbeschriebenes Blatt an den Kampf der Parteien heran und hatten keinerlei Verbindung mit einer bestimmten politischen Organisation. Die jungen Frauen wollten keine altmodischen politischen Feuerwerke. Was sie interessierte, waren die Absichten der Parteien und der Grad von Ehrlichkeit, den sie den Parteien bei der Durchführung ihrer Absichten antrauten. Theoretische Programmpunkte und Wahlversprechungen haben sie nicht interessiert. Unter diesem Gesichtspunkt haben sie sich zu einem großen Teil für uns entschieden. Sie haben mit der politischen Tradition gebrochen, und wir können für die Art und Weise, wie sie das getan haben, nicht genug dankbar sein.

An Krediten waren am 1. Juli 1928 insgesamt 107 Millionen Mark gewährt worden. Das Reich hat Garantie übernommen für weitere 115 Millionen Mark. Die große Ostpreußenhilfe nicht gerechnet. Nebenher laufen Posten in Steuerermäßigungen und Steuerniedererschlagungen, die sich auf hohe Millionensummen belaufen und die noch zahlenmäßig festgestellt werden.

Wiso auch die deutsche Republik hat wahrlich in der Not der Zeit die Arbeitsbauern nicht vergessen. Im Gegensatz dazu steht die „Selbsthilfe“ der Herrenbauern. Tempel hielt Abrechnung mit der Landwirtschaft in der Kaffeekasse und mit der Wirtschaft in der Landbank. Die Republik hat die Bauern beschützt, die von den großen Herren zugrunde gerichtet wurden.

Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß die wahren Verhältnisse auf den Dörfern bekannt werden. Dann wird sich noch weit mehr als heute das Heer der monarchistischen Mittläufer auf dem Lande verflüchtigen und die Arbeitsbauern werden allmählich begreifen, daß die Republik für alle zu sorgen sich bemüht, die Hand anlegen und mit schwierigen Händen die Not der Gegenwart zu meistern sich bemühen.

Wer hilft der Landwirtschaft?

Debatte um die Pariser Konferenz

Präsident Lobe teilt bei Eröffnung der Sitzung des Reichstags am Montag mit, daß nach dem Beschluß des Reichstags die Beratung des *Ernährungsgesetzes* zu Ende geführt werden soll, selbst wenn die Sitzung infolge dessen länger als gewöhnlich dauern sollte.

Abg. Graf v. Westarp (Dt.-natl.) verlangt die sofortige Besprechung des Ergebnisses der Pariser Reparationskonferenz. Me seien sich darüber einig, daß dort Bedingungen aufgestellt seien, die weit über Deutschlands Leistungsfähigkeit hinausgehen. Die deutsch-nationale Fraktion beantragt, daß der Reichsaussenminister noch in dieser Woche vor seiner Abreise zur Völkerbundstagung nach Madrid eine Erklärung zu dieser Frage abgebe, damit der Reichstag in dieser wichtigen Frage nicht ausgeblendet werde.

Präsident Lobe erklärt, die Reichsregierung habe ihn gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Pariser Konferenz noch die belagerte Frage zu erledigen habe und der Bericht der Konferenz nicht vor Ende dieser Woche zu erwarten sei.

Abg. Maslowitz (Komm.) beantragt die sofortige Beratung der kommunalistischen Anträge auf Aufhebung des Verbots der „Noten Fälschung“.

Präsident Lobe erwidert, diese Anträge würden noch in dieser Woche bei Beratung des Staats des Reichsinnenministeriums beraten werden.

Abg. v. Lindener-Wilbau (Dt.-natl.) beklagt, daß die Reichsregierung nicht selbst zu der von Graf Westarp angeschnittenen Frage Stellung genommen habe. Im Reichstagen habe der Außenminister mitteilen lassen, daß vor der letzten Juniwoche eine Erklärung der Pariser Konferenz im Plenum nicht stattfinden könne.

Präsident Lobe: Der Reichsminister und der Reichsaussenminister haben sich bereit erklärt, morgen im Auswärtigen Ausschuss zur Pariser Konferenz Stellung zu nehmen.

Abg. Fried (Natl.-Soz.) beantragt Herbeiführung des Reichsausschusses.

Abg. Breitheid (Soz.) widerspricht dem Antrag der Deutschnationalen. Er der Bericht der Pariser Konferenz vorliegt, könne man unmöglich darüber beraten. Außerdem sei doch wiederholt betont worden, daß die Sachverständigen in Paris unabhängig von politischen Einflüssen verhandelt hätten. (Lachen rechts.) Wenn Sie (nach rechts) behaupten wollen, daß unsere Sachverständigen irgendwie von unserer Seite beeinflusst worden seien, so werden wir gern zur Widerlegung dieser Behauptung bereit sein.

Abg. Stecker (Komm.) erklärt, seine Freunde würden für den deutsch-nationalen Antrag stimmen. Die Deutschnationalen veranlassen hier nur ein Theater, um ihre Mißgunst an den Demagogen zu veranschaulichen.

Die Anträge der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen werden gegen die Antragsteller und Kommunisten abgelehnt. Der kommunistische Antrag scheitert an dem Widerstand aus dem Hause. Die zweite Beratung des

Staats für Ernährung und Landwirtschaft

wird darauf fortgesetzt.

Abg. Zander (Dem.) äußert Bedenken gegen eine Subventionenpolitik. Die Demagogen sollte man nicht mit Subventionen ernähren. Eine Erhöhung der Getreidepreise könne die Lage der Landwirtschaft nicht bessern, wenn nicht gleichzeitig die Exportzölle erhöht werden. Die Landwirtschaft müsse genossenschaftliche Selbsthilfe betreiben.

Abg. Strickmann (Dt.-Natl.) führt aus, die Not der Landwirtschaft habe zu einer Landflucht geführt. In diesem Gegenstande dürfe man nicht weiter gesteigerten Gehalts der Bauern.

Abg. Meyer (Kommunist.) führt aus, die Bauern verstehen es nicht, daß der Reichstag die Beratung dieses Gesetzes zu Ende zu bringen hat. Das Reichsministerium und Landwirtschaftsministerium muß nicht ausgeblendet werden.

Abg. Tempel (Soz.)

Wir bedauern die Sitzung der Staatsmittel zur Förderung der Nationalisierungsbestrebungen in der Landwirtschaft von 16 auf 18 Millionen, aber bei der Finanzlage des Reiches war dies unumgänglich. Im Interesse meiner Heimat Hannover-Lüneburg begrüße ich ganz besonders die Aufwendung von 45 Millionen für die landwirtschaftliche Erziehung und von 2 Millionen für die Landwirtschaftsberatung. Sehr erhebliche Zuschüsse und Gewinne sind für Ökonomen bewilligt worden.

Ein Vergleich der Aufwendungen Preußens

für die Landwirtschaft in der Vorkriegszeit und jetzt ist sehr lehrreich: 1915 insgesamt 50,3 Millionen, 1927 dagegen 159,2 Millionen, 1913 für landwirtschaftliche Hochschulen und Fort-

schulungsanstalten 4,9 Millionen, 1927 aber 6,5 Millionen. Für Landwirtschaftsschulen 4,4 gegen 1,15 Millionen, für Hochwärserschulen um 32,7 gegen 17,6 Millionen, für Förderung der Landwirtschaft 48,5 gegen 19,2 Millionen. Landwirtschaftliche Fortbildungsschulen bestanden 13 000 im Jahre 1927 gegen 6075 im Jahre 1913, und der Schulbesuch ist in dieser Zeit von 111 000 auf 273 000 Schüler gestiegen.

Das Reich hat im letzten Jahr der Landwirtschaft gegeben: 30 Millionen zur Abzäuberbehebung, 30 Millionen zur Reorganisation des Vieh- und Fleischmarktes, 1 Million zur Förderung des Absatzes von Eiern und Geflügel, und 25 Millionen für das Genossenschaftswesen, 110 Millionen Umschuldungskredite, 107 Millionen zur Kreditförderung, für die Fischerei und für die Winger. Dazu kommen die Reichsgarantie für die Finanzierung der Beschaffung von Kraftmaschinen, Düngemitteln usw. mit 115 Millionen, sowie die Örtlichkeithilfe, die Steuerermäßigungen und -streichungen. Niemand kann bestreiten, was hier trotz der allgemeinen Notlage für die Landwirtschaft getan wurde. Draußen aber behauptet man, wir wollten die Landwirtschaft erdroffeln. Das kann man nur

aus politischer Blindheit oder aus Boswilligkeit;

in den meisten Fällen besteht wohl der letzte Grund. (Lebhafte Zustimmung links.)

Der deutsch-nationale Abgeordnete Trebrant hat sich hier bemüht, sachlich zu reden — im Gegensatz zu dem üblichen Ton auf den landwirtschaftlichen Versammlungen. Vielleicht können wir uns theoretisch über eine Annäherung an die Mannwirtschaft mit der Notizen unterhalten, und zwar eher, als mit Herrn Tannen. (Zurufe des Abg. Tannen.) Allerdings bei der praktischen Durchführung werden sich sehr erhebliche Differenzen zwischen uns und der Notizen herausstellen (Abg. Tannen: Wollen Sie denn auch das Monopol?) Wir behalten uns alles vor, aber wenn das Reich und die Länder dauernd so große Mittel für die Landwirtschaft hergeben, dann haben sie auch das Recht auf Kontrolle und Mitbestimmung. Eine gewisse

Manwirtschaft

wird sich auch in der Landwirtschaft durchsetzen müssen, und die Begriffe von werden sich unsern Anschauungen nähern.

Unter keinen Umständen dürfen die Mittel, die die Allgemeinheit zur Verfügung stellt, zu verlorbert werden, wie das in den letzten Jahren im Genossenschaftswesen geschehen ist. Während die abgesehene Raiffeisenbank ihre Kredite an die Bauern auf das Äußerste reduzierte, hat sie dem Abenteuer Kraloff, der keine andere Reaktivierung mitbrachte, als daß er zaristischer oder weißgardistischer Offizier gewesen sei, 20 Millionen für die unmöglichen Geschäfte zur Verfügung gestellt, sich in die sonderbarsten Unternehmungen hineinzugehen lassen und alles verlieren. Dafür sind durchweg

verantwortlich die deutsch-nationalen Herren

der damaligen Leitung. Als sie schon wußten, daß die Raiffeisenbank im Zusammenbruch war, richteten sie öffentlich die schwersten Beschuldigungen gegen die Preussische, der allein die Rettung der Raiffeisenbank und die Veranbarung vieler Bauern vor dem vollständigen Ruin zu verdanken ist. Das sind dieselben Herren, die bei der Finanzierung der Darmstädter im Weinreichtum Schifferhaus die Geldgeber auf gutes Gelingen aneinanderreihen. Diese Herren Dietrich Seelmann-Eggebert und andere waren die Haupttreiber vor Landwirten über Korruption in der Republik. Sollten wir im gleichen Tone reden, so würden wir die Platte der Raiffeisenbank,

die Platte der Deutschnationalen Volkspartei

nehmen. Auch die Landbank hat 5 bis 6 Millionen Mark durch leibhaftige Kreditgeber für abenteuerliche Geschäfte verloren. Herr von See, der inzwischen wohl den Weg vom rechten Zentrum zu den Deutschnationalen gefunden hat, rief öffentlich die neue Leitung der Preussische auf das Schwerste herunter, während seine Parteigenossen im Ausschuss das gute Arbeiten dieser neuen Leitung anerkannten. (Hört, hört! links.) Wir haben auch in der Opposition der Reichsregierung gewaltiger Mittel zur Hilfe für die Landwirtschaft zugestimmt, draußen aber behauptet man die Bauern

mit den gemeinsten Lügen

gegen den Reichstag und die Republik. Die Ausföhrungen und das Wort, das dabei gesprochen ist, fällt dieser Geze zur Last. Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, daß Sie von diesen Reihoblen abhalten werden. Ich weiß nicht, wann Sie Ihr Damaskus gegenüber der Republik erleben werden, aber ich weiß, daß die Bauern so auf die Dauer eine solche Führung nicht gefallen lassen werden, und das wird nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich zum Nutzen der Landwirtschaft sein. Wir aber fordern, daß gegen jeden Mißbrauch in der Leitung landwirtschaftlicher Kreditinstitute auf das

Schärfste vorgegangen wird. Sollte die Justiz versagen — und die Sabotage der Arbeit des preussischen Untersuchungsausschusses muß Veracht erwecken —, so hat die Regierung die Mittel, um mit der nötigen Schärfe gegen die verantwortlichen Leitungen, natürlich nicht gegen die Bauern, die die Opfer sind, vorzugehen. Unsere Unterstützung wird sie dabei haben. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Günter (Komm.): Die Krise der Landwirtschaft ist ein Teil der Krise des Kapitalismus, die Subventionenwirtschaft muß aufhören.

Abg. Graf Westarp (Dt.-natl.) verlangt eine sofortige Erklärung der Regierung, ob die Zollfrage bis zum Herbst verfrachtet werden solle.

Abg. Diernreiter (Bayr. Sp.): Noch vor der Sommerpause muß der Reichstag der Landwirtschaft ausreichenden Zollsatz gewähren.

Abg. Frau Weber (Zentr.): Der Gemüsebau muß gefördert werden, um die ausländische Einfuhr zu verringern.

Abg. Mathilde Wurm (Soz.):

Schon auf einem Landwirtschaftskongress im Februar 1889 ertönte der Ruf: Die Landwirtschaft ist in Not, ihre einzige Rettung ist Entschuldung. Da nun auch heute nach 40 Jahren der gleiche Ruf ertönt, kann nicht die Republik an der Not der Landwirtschaft schuld sein. (Sehr gut! links.) Auf der Wirtschaftskonferenz in Genf ist mit Zustimmung der deutschen Vertreter Abbau der Zölle gefordert worden. Hier im Reichstag aber hat Minister Dietrich gegen einen Abbau der Schutzzölle gesprochen und eigentlich eine Rede für die Schutzzölle gehalten, und noch vor den Sommerferien eine Zollvorlage angekündigt. Ich hatte gehofft, daß ein demokratischer Ernährungsminister das Versprechen von Genf wahr machen würde, aber ich habe mich getäuscht. Der Minister hat damals auch gesagt, richtig verstandene Konsumpolitik decke sich mit der Produktionspolitik. Das wäre richtig, wenn wir nicht in einer privatkapitalistischen Profitwirtschaft lebten.

Der Ausschuss empfiehlt, eine Angleichung der Zölle an die Fleischzölle und die Erhöhung der Zölle auf Schweinefleisch und -schmalz zu verlangen. Die tierischen Erzeugnisse der deutschen Landwirtschaft sind 8 Milliarden wert, die pflanzlichen Erzeugnisse nur 4 bis 4½ Milliarden. Die Viehwirtschaft ist also das Rückgrat unserer Landwirtschaft. Der Geflügelkonsum hat selbst bei der höchsten Einfuhr nur 2 Prozent des deutschen Fleischkonsums betragen. Den Preisdruck infolge der Vieheinfuhr aus Dänemark wird man weder durch Drosselung, noch durch Grenzsperrung beseitigen.

Statt der gefälligen Boykottaufrufe an Landhandwerker, wodurch auch die übrigen Landwirte in den Landhandwerkereingewandungen werden sollen, wäre es besser, wenn der Landhandwerk über die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten der Zeit aufzuklären würde. Arbeiten Sie mit uns an der Unterweisung und Aufklärung der Landbevölkerung, so werden Sie zur Gesundung der Landwirtschaft mehr beitragen, als durch Zölle und Grenzsperrung.

Reichsernährungsminister Dietrich

erwidert auf die Anfrage des Grafen Westarp (Dt.-natl.) wegen der Preisnachrichten über die Verschärfung der Beratungen über die landwirtschaftlichen Zölle auf den Herbst: Hier liegt ein Mißverständnis vor. Es solle zunächst nur über die Frage des Brotgetreides ein Ausschuss berufen werden, der zu den Vorarbeiten des Ministers Stellung nehmen soll. Dann soll auch der Reichstag, bevor er in die Ferien geht, sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Auf eine Anfrage von kommunistischer Seite teilt der Minister weiter mit, daß der vorgesehene Ausschuss kein Reichsausschuss, sondern ein solcher von Sachverständigen sei.

Abg. Raffehl (Soz.):

Wir Sozialdemokraten haben durch unsere Arbeit hier erkennen lassen, daß wir alle Zweige der Fischerei ohne Ausnahme für sehr wichtig halten.

Förderung der Heringsfischerei ist dringendes Bedürfnis. Hier müssen alle Gesellschaften ohne Ausnahme berücksichtigt werden, und es ist zu hoffen, daß in diesem Jahre kein Fahrzeug stillliegt. Großen Schaden hat der strenge Winter der Fischerei zugefügt. Wir hatten die Anregung gegeben, die Fischerei billiger zu kreditieren zu helfen. Dieser Anregung ist man zu unbreiter Freude gefolgt. Aber die zu diesem Zweck ausgegebenen 100 000 Mark genügen nicht. Darum wünschen wir, daß der Minister aus andern ihm zur Verfügung stehenden Fonds einen weiteren Betrag von 100 000 Mark zu Kreditzwecken für die Fischerei bereitstellt.

Reichsernährungsminister Dietrich: Die Mittel des Haushalts für die Fischerei reichen 1929 nicht aus, um die dringendsten Anforderungen zu befriedigen. Ich beabsichtige deshalb, aus den Mitteln zur Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung usw. einmal den Betrag von 120 000 Mark für die Förderung der

Die Mailänder Scala in Berlin

Geispiele: 2. Abend

Hochgeheuer Erwartungen stiegen von Umständen geteilt zu sein. Dürft aber einmal der letzte Fall ein, daß Erwartungen tatsächlich erfüllt oder gar übertraffen werden, so darf man sich als Zeugen eines wahrhaften Ereignisses betrachten. In dieser angenehmen Lage befinden sich am gestrigen Abend die zahlreich erschienenen Gäste, die in der Bühnenoper versammelt waren, um am ersten Abend des Scala-Geispielabends der Beratung über Verbleib und Verbleib des „Kaisers“ aufzutreten. Was es in diesem Falle für zwischen Hoffnung und Erfüllung keinen Zwischenraum zu lassen, was ein jeder erwarten, der von dem Ruhme des Mailänder Operntheaters und dessen, der ihm folgt, das Maestro Toscanini, schon einmal hat hören können. Nirgends vielleicht in der Welt war der den Künstler im voranz geschickte künstlerische Schritt höher zu veranschaulichen als in Berlin, wo der Wunsch der deutschen Bevölkerung immer wieder die einzigartige Heberlegenheit der Scala gepreßt und als Mutter hingehalten hat. Er hatte recht. Der Sieg war vollkommen. Es war an diesem ersten Abend ein Triumph des Ensembles, nicht der Sänger.

Italienische Oper: das ist Glanz der Länder, Geliebtheit der Schwestern, Leidenschaft des Solistes und Trio in jedem Kreis. Wer so denkt, mag in Verona oder in Neapel Verführung finden, aber er hat die Rechnung ohne Toscanini gemacht. Denn dieses bewundernswürdigen Mannes Verdienst und Stolz ist es eben, die Opernpartitur in Italien aus der schon historisch gewachsenen Synthese von Schmelz und Genialität erlöst zu haben. So, es ist ihm gelungen, die Wichtigkeit der Partitur gegen die Stellen der Rollenführer durchzusetzen, eine kaum glaubhafte Leistung. Und wie er in seinem Mailänder Hause mit der Singschule-Struktur ausgerüstet und an ihre Stelle einen ständigen Spielplan gesetzt hat, so läßt er sich auch die bis ins kleinste Detail gehende Durchsicht einer jeden Vorstellung mit höchster Gewissenhaftigkeit angelegen sein. Er ist ein Mann der musikalischen Unerschütterlichkeit. Und so erklärt sich, daß er, als er die Berliner Einladung annahm, die Witnabme des gesamten Personal zur Bedingung machte. So hat er nicht nur seine Solisten, den Chor, das Ballett und sämtliche Stufen mitgebracht, nein, auch die Präseure und Maschinisten haben ihn begleitet. Und das Resultat lebte den Aufbruch.

Daß er mit einem diffizilen, völlig auf die Gesamtleistung gestellten Urauftrag beginnt, wirkt unter solchen Umständen fast programmatisch. Denn der zu höchsten Geisigkeit publizierten „Kaisers“ hat fast gar nichts mehr von dem an sich, was als

„Doppelt-königliche Oper“ durch die Welt läuft. Er ist das Werk eines Mannes, der ein Jahrhundert europäischer Kunst schaffend unterlebt hat, der selbst den bezeichneten Typus zur höchsten Höhe geführt hat und nun mit seiner letzten Operpartitur zu einem völlig neuen Stil übergeht, zu einer damals ungewohnten harmonischen Gestaltung, die weit in die Zukunft weist. Und so will Toscanini, wenn er mit diesem Werke den Auftakt gibt und lehrig das Schaffen Verbleib von rüchtern aufrollt, damit wohl sagen, wie sehr ihm der Geist des Ensembles am Herzen liegt.

Man spielt im Rahmen einer fast unvorstellbaren Präseuerung. Man kann sich bei uns solcher Dekorationen kaum mehr erinnern. Gemalte Prospekt; praktisch ist nur, was dringend notwendig wird. Süßigkeit verblühender Farben, von den Räumen wehen Gespöcher, und die Szene im Park von Windsor ist von einer Feinheit der Anordnung und der allzu bunten Kostüme, die man hierzulande, namentlich, häufig nennen würde. Aber was uns — plötzlich sind alle Probleme der Regie und der Präseuerung, die uns so sehr quälten, wie weggeblasen: noch einmal, und vielleicht zum letztenmal in der Welt, wird Oper aus dem Geiste der Kunst gestaltet. Diesem Geiste ist auch die Regie unsterblich, die Herr Fortjano ohne die Ambition einer eigenen Note bewahrt. Man spürt, wie auch er kühnlich nur den Antrieben folgt, die vom Puls ausgehen. Aber wer sieht auch an diesem Punkt, und vor welchem Orchester! Vor Toscanini liegt zwar eine Partitur, aber, beim letzten Takte des letzten Aktes, ist sie noch immer aus Geiste eins aufgeschlagen! Und nicht nur deshalb, weil der Maestro schlechte Augen, sondern weil er die Noten im Kopf hat. Und jeden, der an der Vollendung der Aufführung teilnimmt, hat er fest an der Hand, die mit großem Schläge die Totalität der Gescheltnisse leitet. Fast möchte man sein Dirigieren jumarisch nennen; so groß nämlich ist die Vertrautheit aller Mitwirkenden mit dem Werke, daß auch ohne Einsätze, ohne detaillierte Winke des Kapellmeisters jede Nuance kommt. Wie noch die geringsten Einzelheiten in dem umfangbar vollendeten Orchester aufblühen, ohne eigens hervorgehoben zu werden, und wie alles, Stimmen, Motive, Atmosphären und Spiel zu einem Gewebe von durchsichtiger Klarheit verschlungen werden, das mag man ohne Übertreibung eine Einmaligkeit nennen. Ich gestehe, eine Aufführung von solcher Geschlossenheit noch nie erlebt, aber auch nicht für möglich gehalten zu haben.

Aus dem Gesagten ergibt sich von selbst, daß die Bedeutung der Einzelleistung im Gesamt dieses Ensembles zurücktritt. Wirklich war auch der Kostüm des Mariano Stabile die einzige Figur von persönlicher Prägung. Stabile, ein Bariton, den ich in Paris habe einen weltmännischen Don Giovanni singen hören,

gibt dem alten Büßling alle Behäbigkeit des Sängers, aber (zum Glück) nichts von dessen ordinären Attributen. Ein Weimann auch im Majordomo, der fast Mitleid erregt. Die Stimme ist beinahe zu schön für die verroffene Kehle des Sir John, jedenfalls geht ihr das Restes Grundgewicht ab. Aber wie ist das Parlando beweglich, das Wort verständlich, die Artie der Musik eingekalkt. Und die berühmte Belehrung, was eigentlich die Szene sei, wird meisterlich zwischen Verjüngtheit und Trahlerlei formuliert. Man möchte nun, wollte man dem Ensemble gerecht werden, das ganze Programm abschreiben. Die Stimmen sind gar nicht bestechend, die Casazza hat einen fälligen Alt und allen Maß der Frau Quiddi, Tomanto einen gierlichen Tenor für den Herr von, Rabini Würde und den rechten Gesangscharakter für die Ausbrüche des vorgeblich Gehörnten. Die lustigen Weiber selbst müßsam Manetta singen eher spitz als reizvoll, aber das sind kleine Mängel, die gar nicht zum Bewußtsein kommen, weil sie in der Einheit untergehen, die Toscanini befehlt. Man ist jedoch gespannt, an den nun folgenden Feststücken des Verbleib zu hören, wie es mit den weltberühmten Stimmen der Scala bestellt ist.

Von dem Jubel, der Matjchen, Brüllen, Gobiva-Rufe zum lauten Loben anwachsen ließ, möchte ich schweigen: Worte sind da unzulänglich. Sagen will ich aber noch, daß auch das gesellschaftliche Bild der Größe des Ereignisses durchaus angemessen war. Berlin dürfte joviell Fräule, aber auch joviell Köpfe seit dem Kriege noch nicht wieder beisammen gesehen haben.

Die Geispiele, was auch noch kommen mag, haben sich durch diesen Abend gerechtfertigt. G a n n s G u t m a n.

Berner Kraus verunglückt. Der bekannte Berliner Schauspieler Werner Kraus, der zurzeit bei dem Burgtheater in Wien gastiert, zog sich am Montag bei einer Probe einen Bruch des Unterarms zu. Kraus mußte im Verlauf einer Szene von einem Balkon herabspringen; er kam dabei zu Fall und stürzte so unglücklich auf den linken Arm, daß er den Arm brach. Die Heilung der Verletzung dürfte mehrere Wochen in Anspruch nehmen, so daß eine vollkommene Umgestaltung des Programms im Burgtheater notwendig ist.

Sternheim gekiestrank. Der Schriftsteller Karl Sternheim wurde im Sanatorium Berlin-Westend interniert. Die Ärzte bezeichnen seinen Zustand als äußerst bedenklich und haben wenig Hoffnung auf eine völlige Heilung. Injunktionsanfalle wechseln bei Sternheim seit einiger Zeit mit tiefen Depressionen ab. Die Einkünfte des Dichters sind durch die Erkrankung deparat gesunken, daß sie kaum genügen, um seine nackte Existenz zu finanzieren.

Unsere Presse und der Parteitag

Durchweg zufrieden ist die Parteipresse mit der Tagung von Magdeburg. Auch die Organe der Opposition sind, wenn sie auch im einzelnen mancherlei auszusetzen haben, doch darin mit den andern einverstanden, daß der Geist echter Kameradschaftlichkeit über den Wassern des Mittagsees schwebte, und diese Tagung zu einer der erfreulichsten und denkwürdigsten in der Parteigeschichte machte. Hohes Lob wird der Arbeiterschaft in Magdeburg und im Bezirk und ihrer vorbildlichen Organisation und Arbeit gesendet. Und auch für die „Volksstimme“ fallen einige Brocken ab. Wir lassen nun die bisher vorliegenden Äußerungen folgen und setzen an die Spitze unser Zentralorgan, den

„Vorwärts“:

Einer der schönsten und fruchtbarsten Parteitage der deutschen Sozialdemokratie ist in Magdeburg zu Ende gegangen. Ein Parteitag der Sammlung, der Konsolidierung und der festlichen Erhebung. Mit dem unerschütterlichen Willen, auf betretenen Wegen der Machtergreifung vorwärtszuschreiten, das Werk des Aufbaues weiter fortzusetzen und es gegen alle Angriffe von außen zu verteidigen, geht die Partei von dieser Tagung zu neuer Arbeit.

Dabei ist dieser Parteitag alles eher als ein Kongreß von Za- und Amensagern gewesen. Er war vielmehr ein Kongreß von Unzufriedenen, und in der Aufrichtigkeit der Kritik an allem, was kritikbedürftig ist, gab es keinen Unterschied der Richtung. Schon darum scheinen uns alle Beurteilungen fehlerhaft, die von einer Mehrheit auf der einen Seite und von einer Opposition auf der andern Seite sprechen. Auch diejenigen Redner, die sich selbst als zur Opposition gehörend bezeichnen, stellen fest, daß es grundsätzliche Gegner jeder Koalitionspolitik in der Partei nicht mehr gibt. Einig war man darüber, daß die bisherigen Ergebnisse der Koalitionspolitik im Reich wenig befriedigend sind. Wenn eine nicht sehr große Minderheit geglaubt hat, daß man deswegen Hals über Kopf die Regierung verlassen müsse, oder wenn eine größere Gruppe von der Schaffung neuer Richtlinien und Voraussetzungen eine Besserung erwartete, so handelte es sich um taktische Meinungsverschiedenheiten, die das feste Gefüge der Partei in keiner Weise berühren. Die Ziffern der Abstimmungen, durch die diese Differenzen zur Entscheidung gebracht werden, bedeuten keineswegs feste Größen. Mit der „Opposition“ hat in diesen Fällen so mancher gestimmt, der sich aufs entschiedenste dagegen vermahren würde, einer konstanten Opposition zugezählt zu werden.

Wir lassen nun ein Blatt der Opposition folgen. Die

„Leipziger Volkszeitung“:

Der Parteitag hat reiche Arbeit zustande gebracht, die der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland neue Antriebskräfte verleihen werden. Mäße der Kampf der Richtungen fortbestehen. Und es wäre ein bedenkliches Zeichen geistiger Erschlaffung, wenn vollkommene Einmütigkeit vorhanden wäre. Aber wir sind nicht nur Richtungen, wir sind Sozialdemokraten, wie Genosse Wels im Schlußwort, von starkem Beifall unterzogen, erklären konnte. Und jeder Redner glaubte der Sozialdemokratie zu dienen. Ihr gilt die gemeinsame Arbeit von links und rechts. Der Kampf um den Sozialismus ist die Synthese, in der sich beide Richtungen zusammenfinden. Und in diesem Sinne hat der Parteitag neue Wege, neue Straßen durch das noch zu durchquerende Gestrüpp dem Ziele entgegen gezeigt.

Nur wenige Wochen noch werden in der Lande gehen, in denen die Debatten von Magdeburg mit Ruhe geistig verarbeitet werden können. Dann aber werden die stärksten Ansprüche an alle Kämpfer und Kämpferinnen gestellt. Im Herbst erwarten die Kommunalwahlen in Sachsen und in Preußen eine dicht geschlossene Kampferfront, die mit dem geistigen Rüstzeug „unserer Jahrhundert“ ausgerüstet sein muß, um die wichtigsten Bollwerke, die wichtigsten Zellen der kapitalistischen Gesellschaft in die Hände des Sozialismus überzuführen. Hier kann unmittelbar praktische Arbeit geleistet werden, die jedem einzelnen Arbeiter und jeder Arbeiterin unmittelbar in das Gesichtsfeld tritt. Darum gilt es, im Zeichen von Magdeburg, alle Kräfte zu konzentrieren. Kämpfen wir im Rahmen der Organisation, um die weitere Verstärkung der Opposition. Ob rechts oder links, nach außen sind wir Sozialdemokraten, die, wie Genosse Wels in seinem Schlußwort rief, offen und ehrlich das Bekenntnis geben: Für den bürgerlichen Gegner nichts, alles aber, alles für die Interessen des deutschen Proletariats.

Als Stimme aus dem Süden erklinge hier die

„Frankische Tagespost“ (Mürnberg):

Fester und einiger denn je steht die Sozialdemokratie ihre politische Arbeit fort. Der Streit um Staatspolitik oder nicht ist in der demokratischen Republik für immer entschieden für Demokratie und Republik. Die Frage, ob Teilnahme an der Regierung oder Opposition, wird rein taktisch von Fall zu Fall entschieden. Nicht eine einzige Stimme erhob sich für grundsätzliche Ablehnung jeder Koalitionspolitik, aber auch nicht eine einzige Stimme für Koalition zu allen Zeiten und jeden Preis. Die Kritik an der Regierung und an den sozialistischen Ministern war wach. Deutlich wurden die Grenzen der Koalitionspolitik aufgezeichnet. Wer gegen das Arbeitervolk regieren will, es sei in einer Frage wie immer, muß die Verantwortung ohne die Sozialdemokratie tragen und stoßt auf die entschiedene Opposition der Sozialdemokratie.

Der Parteitag hat die Richtlinien der sozialdemokratischen Wehrpolitik festgelegt. Die Klärung der Ansichten wird auch jetzt noch innerhalb der Partei sich fortsetzen. Unstre parlamentarische Führung hat aber nun Parteigesetze ihres Handelns. Jeder würde gefährlich irren, der aus unserm Wehrprogramm herauslesen wollte, die Sozialdemokratie sei militärisch geworden. Ihr Ziel bleibt die internationale Abrüstung, ihr Programm bleibt: Nie wieder Krieg!

Einen großen Anteil an dem unzweifelhaften Erfolg dieses Parteitages haben die politischen und die kulturellen Organisationen der Arbeiterbewegung Magdeburgs und die Magdeburger „Volksstimme“. Wie ist ein Parteitag auch äußerlich würdiger, folger, prächtiger, farbiger verlaufen als dieser. Es war nicht nur ein Kongreß, es war eine große Parade der Sozialisten einer ganzen Provinz.

Das Organ im Tagungsort des vorigen Parteitages, die

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“

Schreibt: Diesen Kongreß einte, trotz aller Kritik, trotz der Offenheit, mit der die Unzufriedenheit mit den Resultaten der bisherigen Koalitionspolitik zutage trat, eins: der unbedingte Wille zur Macht! Was bedeuten gegen diese Unbeugbarkeit die Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Panzerkreuzers, des Wehrprogramms, der „Silberding-Anteihe“? Weinade nichts! Die Partei will die Herrschaft in der Republik, und jedes Mittel dazu ist ihr recht. Die Partei ist verschiedener Meinung über den Weg, aber sie ist sich einig und bewußt des Zieles. Sie geht geschlossen den Weg der Koalition; auch nicht einer der Delegierten wandte sich dagegen.

Nüchtern und ruhig, manchmal sogar überprüft kritisch durch-

leuchteten die Redner des Parteitages Erfolg und Mißerfolg, aber keiner glaubte, daß es Dienst am Lande und seiner werktätigen Masse wäre, wenn morgen die sozialdemokratischen Minister ihre Ämter verließen. Das Gefüge der Partei ist so fest wie nie zuvor; die Meinungsverschiedenheiten in taktischen Fragen ändern daran gar nichts. Im Gegenteil: sie festigen es noch! Denn gerade darin beruhte die Stärke des Parteitages von Magdeburg, daß die Kritik sich frei bewegte, daß eigentlich die Redner aller „Richtungen“, daß sogar die Minister selbst und auch die Parteileitung zu den Unzufriedenen gehörten. Offenheit und Klarheit über das Gemeine und die Gegenwart ist das oberste Merkmal der Magdeburger Tagung.

Neftlos zufrieden mit Magdeburg ist der

„Volkswille“ (Hannover):

Der Parteitag brachte ihnen nicht die (von den Gegnern) erhofften Sensationen. Er erbrachte vielmehr in seinem ganzen Verlauf das Zeichen einer Geschlossenheit und Festigkeit der Partei, wie selten ein früherer Parteitag. Die Debatten standen ausnahmslos auf einer bedeutenden Höhe und wurden mit einer vorbildlichen Sachlichkeit und Kameradschaftlichkeit geführt. Diejenigen, die eine Spaltung der Sozialdemokratie in der Wehrfrage erhofften, erlebten eine arge Enttäuschung. Natürlich bestanden und bestehen Gegenfälle. Kein Mensch leugnet sie. Aber gerade in der Wehrfrage zeigte sich, wie wir schon schreiben, daß von einer einheitlichen und geschlossenen Opposition in dieser Frage keine Rede sein konnte. Der Parteitag hat denn auch mit großer Mehrheit die umgearbeiteten Richtlinien der Kommission angenommen. Damit dürfte auch die bisher in den Organisationen über diese Frage geführte Diskussion beendet sein.

Erfreulich ist, daß das neue Programm sich im Sinne der in den letzten Jahren betriebenen positiven Politik und Mitarbeit der Sozialdemokratie im Staate bewegt. Es bedeutet zugleich aber eine scharfe Abgabe an den Kriegsgedanken und unterstreicht die Verzichtungs- und Friedenspolitik der Sozialdemokratie.

Ebenso positiv wie in der Frage des Wehrprogramms war auch die Stellung des Parteitages in den Fragen des Konfessions und der Koalitionspolitik, die vorher die Gemüter auf das heftigste erregten. Auch hier eine Höhe der Debatte und eine Sachlichkeit, die vorbildlich waren. Mit Kritik wurde nicht gespart. Und Kritik ist nötig. In der Sozialdemokratie gibt es keine Anstammung der Persönlichkeiten und Unflexibilität von Ministern. Breitscheid, Stampfer, Löbe und Landsberg, also Vertreter der Mehrheit der Fraktion, des sogenannten „parteivorstandsfremden“ Flügel, übten eine sachlich scharfe, aber persönlich so vornehme Kritik, daß sie ein Musterbeispiel dafür ist, wie in der Partei die notwendige und erforderliche Kritik geübt werden muß.

Ueber ein Anwachsen der Opposition auf dem Parteitag drückt dagegen die

„Dresdner Volkszeitung“

ihre Genugtuung aus, indem sie schreibt:

Koalition, Panzerkreuzer und Wehrprogramm — diese drei wichtigen Dinge gaben den Erörterungen naturgemäß den Charakter. Dabei hat sich gezeigt, daß die Opposition sowohl zahlenmäßig wie an Heberzeugungskraft kräftig gemachsen ist. Das kam sicher noch deutlicher zum Ausdruck, wenn die parteiamtliche Regie nicht von vornherein Chancen hätte, die der vollen Entfaltung der oppositionellen Kraft hinderlich sind. Es muß aber den an erster Stelle stehenden Gütern der Partei doch wohl zu denken geben, wenn die scharf pointierte Resolution Schlein-Gleisner, die auch die sich ergebende letzte Konsequenz nicht scheute, 138 Stimmen gegen 256 erhielt. Wenn wir nicht irren, vereinigten sich vor zwei Jahren in Kiel bei ähnlicher Entscheidung nur 85 Stimmen auf die Linke. Sie erfolgte diesmal zwar — sonderbarerweise, eben auch Regie! — indirekt durch eine namentliche Abstimmung auf Hebergang zur Tagesordnung über alle zur Koalition und zum Panzerkreuzer vorliegenden Anträge. Da aber der Vorstehende vorher mit besonderem Nachdruck und nicht mit verkennender Absicht betonte, wer gegen den Hebergang zur Tagesordnung stimme, beteilige sich am Sturz der Regierung, so war der Charakter dieser Entscheidung trotz alledem mit aller Schärfe gekennzeichnet. Um so bedeutungsvoller sind die 138 namentlichen Stimmen!

Vom Rhein läßt sich unser Kölner Parteiorgan, die

„Rheinische Zeitung“

über ein Sondergebiet auf der Tagung also vernehmen:

Es gab auch eine Kirchen- und Religionsdebatte. Die lieben frommen Leute im Zentrum, die gehofft hatten, der Parteitag werde mit einem heidnischen Donnerkeiler über die religiösen Sozialisten herfallen oder gar das „rote Blatt der katholischen Sozialisten“ verbieten, sind um eine Enttäuschung reicher. Die führenden Politiker der Partei billigten ausdrücklich die von einem rheinischen Delegierten geforderte Toleranz in religiösen Dingen und die volle Gleichberechtigung sowohl der Freidenker wie der religiösen Menschen in der Partei. Auch die Redner und Rednerinnen, die den neuen Strömungen in den religiösen Lagern ganz heftig gegenüberstehen, sagten kein Wort, das einen religiösen Menschen aus der Partei fernhalten könnte. Wo die Machtpolitik der Kirchen gegen unsere sozialistische Politik steht, es sei auf einem Gebiet wie immer, entscheiden wir natürlich für den Sozialismus und gegen die Kirche. Das ist für uns alle ganz klar. Die kirchlichen Mitglieder unserer Partei, zu denen übrigens jener rheinische Delegierte trotz seinem „frommen“ Rufe gar nicht gehört, haben mit sich und ihrer Kirche auszumachen, wie sie religiösen Glauben und sozialdemokratische Politik miteinander vereinbaren. Das ist ihre Privatangelegenheit. Die Partei mischt sich in diese Gemütsentscheidung nicht ein.

Ein Wort herzlichen Dankes gebührt den Magdeburgern. Die politischen und die kulturellen Arbeiterorganisationen dieser Stadt hatten dem Parteitag für Arbeit und Erholung einen Rahmen geschaffen, der kaum zu überbieten, von künftigen Parteitagsorten nur schwer zu erreichen sein wird. Die Magdeburger „Volksstimme“ in täglich zwei großen reich illustrierten Ausgaben erlangte in dieser Parteitagswoche eine technische Vollendung, die bisher kein Parteiblatt, nicht einmal das Zentralorgan, aufzuweisen hatte. Die Magdeburger haben es sich etwas kosten lassen, den Parteitag als Gast zu haben.

Das Hauptblatt an der Wasserkante, das

„Hamburger Echo“

Schreibt: Kein Parteitag der Sozialdemokratie wurde je unzer so besonderen politischen Begleitumständen einberufen wie der Magdeburger Parteitag. Die Erregung über den Panzerkreuzer-Beschluß zitterte durch die Partei, und die anhaltenden Schwierigkeiten der nicht gereiften Koalition gaben den Hoffnungen der bürgerlichen Mahrung, die Sozialdemokratie werde auf diesem Parteitag von schweren Erschütterungen heimgeführt werden. Als dann noch die Verschlebung des Parteitages erfolgte, schien ihnen ein Zweifel nicht mehr möglich. Die ruhige Festigkeit in der Partei selbst hielt man für betretenes Schweben. Da ist es verständlich, daß nun die Gegner so überaus sind von dem prächtigen Verlauf des Parteitages, und hinter der stereotypen, nach fast jedem Parteitag gehörten Nebenart, die Regie habe wieder einmal ausgezeichnet geklappt, die Verlegenheit zu verbergen suchen. Nur ein kleiner Teil der Presse zeigte den Mut auf, den Tatsachen ins Auge zu sehen.

In diesem sachlichen Kampfe freilich zeigte man keine falsche Scham, scheute man sich nicht vor scharfer Kritik. Mit einer Rücksichtslosigkeit, die die Gegner in Erstaunen setzt und sie in den ersten Tagen, als sie den Sinn noch nicht erfasst hatten, veranlagte, „Anzeichen einer Spaltung“ zu sehen, wurden die Schwächen sozialdemokratischer Politik hervorgehoben. Aber darin gerade belundet sich die Stärke der Partei, daß sie vor aller Öffentlichkeit die Kraft findet zur ernstlichen Selbstkritik. Die Partei hat den Mut, zuzugeben, daß Fehler gemacht worden sind, daß gewisse Erwartungen sich noch nicht erfüllt haben, aber sie hat auch den festen Willen kundgetan, daß die Kraft der Sozialdemokratie stärker noch als bisher zur Geltung gebracht werden müsse.

Noch eine Stimme aus Sachsen, die

„Volksstimme“ (Chemnitz):

Und nun kommen wir (die Opposition) nach Magdeburg, noch belastet mit dem Odium der völligen Isolierung in Heidelberg, wo ein Sturm der Entrüstung gegen uns tobte, belastet mit der Erfolglosigkeit in Kiel, wo das donnernde Referat Silberdings die taktische Schwäche der Koalitionspolitik geschickt verhüllte, kommen nach knapp 12 Monaten praktischer Koalitionspolitik auf den Parteitag und finden uns plötzlich in bester Gesellschaft. Stampfer und Landsberg, Löbe und Breitscheid, sie alle finden ein Haar in der Koalitionssuppe, ganz zu schweigen von den Delegierten aus den verschiedensten Teilen des Reiches, die fast alle ohne Ausnahme ihre ablehnende Stellung in kräftigen Tönen begründeten. Zwar gilt für die genannten Parteiführer in ihrem Verhältnis zur Opposition noch jenes Wort von dem Mädchen unter den Linden, das man öffentlich nicht gern grüßt, aber in ihrer Argumentation klang doch die Sorge wieder, daß die Sache, wie von der Opposition vorausgesetzt, ein böses Ende nehmen könnte. So war gewissermaßen eine Opposition der Propaganda innerhalb der Mehrheit entstanden, die zwar nicht die falsche Laktin an sich, aber ihre Resultate verurteilte. Und hier lag die herben Schwäche Stelle ihrer Beweisführung, hier auch ist die scharfe Grenze zwischen unserer und ihrer Auffassung.

Und ein drittes sächsisches Parteiblatt, das

„Sächsische Volksblatt“ (Zwickau)

schrieb bereits am Montag nach der Eröffnungsfest:

Eine vorbildliche Leistung hat am gestrigen Sonntag unser hiesiges Parteiblatt gezeigt. Abends um 8 Uhr, in der Stadthalle sprachen die ersten Redner aus der Reihe der ausländischen Genossen nach, wurde am Bahnhof bereits eine achtseitige Extrazusgabe der „Volksstimme“ verkauft. Die Blätter, von Parteigenossen mit an den verkehrsberechtigten Punkten laut ausgerufen, fanden natürlich reißenden Absatz. Nachmittags um halb 6 Uhr hatte die Eröffnung begonnen. Das Abendblatt der „Volksstimme“ enthielt bereits den Wortlaut der ersten Reden, aber nicht nur das, sondern auch Photographien des von 3 bis 5 Uhr veranstalteten Festzugs waren in Autotypie bereits in diesem Abendblatt enthalten, dazu hatte man Deutschlands bekanntesten Porträtzeichner Dolbin verpflichtet, der einzelne Redner und Typen des Tages befeuerte. Das achtseitige Blatt enthielt weiter Juxxate noch anderen Ballast, es war eine einzige vielfache Reportage vom Eröffnungstag des Parteitages. Diese Arbeit, an einem Sonntag von allen Beteiligten mit außerordentlicher Präzision geleistet, lobt sich selbst. Man kann den Magdeburger Freunden dazu nur gratulieren.

Zum Abschluß verzeichnen unsere Zwickauer in „Stimmungen nach Magdeburg“ u. a.:

Zunächst heißt es da feststellen, daß der Magdeburger Parteitag den befriedigendsten Verlauf nahm unter allen Parteitagen der letzten Jahre! Warum es vermeintlichen, daß wir oft arg deprimiert von solchen Tagungen heimkehrten, ja daß wir schon mit gewissen Besorgnissen fuhrten, ob nicht neue Enttäuschungen unserer harriren. Von Magdeburg werden alle mit der größten Befriedigung heimfahren, die eben möglich ist. Woran liegt das?

Das entscheidende Moment ist ein politisches. Wird die Bedeutung des Parteitages in dieser Hinsicht auch noch an anderer Stelle dieses Blattes Besprechung erfahren, so muß doch auch von der Seite des rein psychologischen Eindrucks her gesagt werden, daß es die Reden von Stampfer und Landsberg waren, die durch das freimütige Eingeständnis gemachter Fehler und durch das entschlossene Tadeln dessen, was nicht zu verteidigen ist, die Basis eines neuen Vertrauens schufen, das fehlen muß, wo unter allen Umständen aus schwarz weiß gemacht wird.

Sicherlich war das nur ein Anfang. Der Parteitag brachte z. B. nicht die Kraft auf, sich in sachlicher Auseinandersetzung mit den Berliner Meinungsäußerungen zu beschäftigen, das Demonstrationsverbot vom 1. Mai zu mißbilligen. Immerhin bekam der Genosse Jörgel seine Zensurereingriffe wegen indirekt einen Tadel durch Annahme der an anderer Stelle wiedergegebenen Kulturresolution. Auch fand die unglückliche Proskriptionsfrage wenigstens in einigem durch Landsbergs Worte ihre sachgemäße Erleuchtung.

bleibt das äußere Drum und Dran. Der „E.W.“ spricht davon, der Parteitag sei eine Parade gewesen. Ja, das eben scheint uns nicht sein Zweck. Auch auf einen Festball würde ich gern verzichten haben. Aber die Magdeburger haben sich doch die allergößte Mühe gegeben, um eine der bestorganisierten Tagungen zu gewährleisten. Auch die „Volksstimme“ hat unter dem Regie Vorbildliches geleistet. Nur das Programm der Eröffnungsfest war nicht so ganz ohne Mängel. Abfahrend aus der roten Stadt im roten Land ist man aber voller Hoffnung. Denn es geht, trotz allem, aufwärts.

Den Beschluß für heute macht das

„Kasseler Volksblatt“:

Der parteipolitische Erfolg von Magdeburg? Die Richtlinien zur Wehrpolitik wurden angenommen. Sie bringen keine Änderung des politischen Handelns. Die Sozialdemokratie ist keineswegs militärisch geworden! Sie bleibt schärfste Kriegsgegnerin; wird sich in Zukunft noch energischer für die internationale Abrüstung einsetzen. Die Hilfe eines kommenden sozialistischen Kabinetts in England ist dabei nicht zu unterschätzen.

Auch Regierungs- und Koalitionspolitik sollen keiner Änderung unterzogen werden. Es ist aber zu hoffen, daß die schöpferische Kritik der Tagung dazu beiträgt, die Unzufriedenheit mit einigen Regierungshandlungen auszugleichen. Der „Vorwärts“ hat durchaus recht, daß Magdeburg alles eher als ein Kongreß von Za- und Amensagern, gewesen wäre.

Und noch eins: Wie unser Magdeburger Parteiorgan, die „Volksstimme“, die Tagungswoche journalistisch behandelte, das wurde allgemein bemerkt. Die besten Zeichner Deutschlands waren gerade gut genug, um an diesem sozialdemokratischen Organ für die Tagungswoche wirken zu können. Am Sonntag fand nachmittags 2.30 Uhr die Sammlung zum großen Festzug statt. Nach dem Umzug begann die Eröffnungssitzung, die bis nach 8 Uhr abends dauerte. Um 8 Uhr schon erschien eine Sonderausgabe der Magdeburger „Volksstimme“ mit photographischen Bildern vom Umzug und den Hauptreden in der Eröffnungssitzung. Eine journalistische und technische Leistung allerersten Ranges! Und so war es in der ganzen Woche. —

Sowjet-Melkboten

Gesammelt von Felix Fehrenbach

Nach dem Tode Lenins spielte seine Witwe, die Krupskaja, eine nicht unbedeutende Rolle bei der Opposition gegen die Stalinisten. Das war denen um Stalin höchst unbequem, weil die Krupskaja in ihrer Eigenschaft als Lenins Witwe sich großer Popularität erfreute. In Leningrad, einem kleinen sibirischen Städtchen, beschäftigte sich eine Versammlung der Kommunistischen Partei mit den innerpolitischen Auseinandersetzungen und stellte an das Zentralkomitee die Forderung: „Wegen ihrer parteischädigenden Abweichung von der offiziellen Plattform der K.P.D. ist die Krupskaja mit sofortiger Wirkung von ihrem Posten als Witwe Lenins abzusetzen.“

Während des Kampfes der sowjetrussischen Opposition gegen den Stalin-Kurs wurde in einem Moskauer Arbeiterklub dieses Gespräch belauscht:

„Wer wird siegen, Genosse? Stalin oder Trozki?“
„Selbstverständlich unsere...“
„Na, wer sind denn unsere?“
„Diejenigen, die siegen werden...!“

Frau Sunatscharj, die Gattin des Volkskommisars für Unterrichtsweesen — im Nebenberuf die eleganteste Frau Sowjetrusslands — war mit ihrem Mann gelegentlich ihres Aufenthalts in Berlin 1927/28 zu einer Silberfeier eingeladen. Die Gattin des Volkskommisars ist eine schöne Frau. Ein junger Mann war von ihrer Schönheit so begeistert, daß er einen etwas un diplomatischen, tapferen Annäherungsversuch wagte. Die so strahlende Waise der Unglückseligen, indem sie dem liebesentflammten Jüngling die kommunistische Parole zurief: „Geh weg von Sowjetrussland!“

Nikolai Kalinin, der Präsident der Sowjetregierung, bekommt oft Briefe aus ländlichen Kreisen. Eines Tages schrieb ihm eine landwirtschaftliche Lehrerin, die kurz vorher einen Vortrag von ihm gehört hatte, einen überschwänglich begeisterten Brief. Unbestimmt um das hohe Alter Kalinins — er ist schon über 60 — schrieb die Lehrerin, es sei ihr höchster Wunsch, von so einem Manne, wie Nikolai Iwanowitsch, am liebsten von ihm selbst, ein Kind zu bekommen. Kalinin ist ein sehr gütiger Mensch und kam durch diese Bitte in einige Verlegenheit, denn die Geheiß der Natur hatten seiner Allmacht hier eine Grenze gesetzt. Aber er wußte sich zu helfen. Der Volkskommisars für Unterrichtsweesen ist noch weit jünger, und außerdem handelt es sich ja um eine Lehrerin, denn: Kalinin. Und auf den Mund des Briefes schreibt er: „Betriffst Lehrerin; soll Sunatscharj erledigen!“

Nach einem Vortrag, den Kalinin vor Bauern gehalten hatte, kam er mit einem Mitglied ins Gespräch und fragte ihn, wie es ihm denn jetzt unter dem Sowjetregime gehe. Der Bauer meinte, daß er sich ja ganz wohl fühle; er habe eigentlich keine Wünsche — nur, zu Zeiten des Winteres Jar habe er drei Paar Hühner gehabt, und jetzt heiße er nur noch ein Paar. Aber für die Freiheit opfere er gern zwei Paar Hühner.

„Da tußt du irgend recht“, antwortete Kalinin, „denn die Freiheit ist mehr wert, das kannst du mir glauben. Und dann, vergiß nicht — die Regenwässer in Afrika, von denen Jean Jacques Rousseau gesagt hat, daß sie ideal leben — die tragen gar keine Hühner!“

Als Trozki noch auf der Höhe seiner Macht stand und Volkskommisars für Gesundheitsweesen war, bekam er eines Tages einen neuen Offiziersbesuch. Es war ein junger Rotarmist aus irgendeinem entlegenen Dorf. Trozki gibt dem Besuchen Auftrieb, ihn am andern Morgen um 5 Uhr zu wecken.

„Ich habe heute nacht noch eine freie Sitzung und werde sehr müde sein. Also, kräftig schlafen, Ivan. Ich muß auf jeden Fall um 5 Uhr aufstehen. Du hast mir dafür!“

Am andern Morgen steht Ivan zur verlangten Stunde vor Trozki Tür und klopf. So heilig es seine Kameradschaft betonen. Aber er bekommt keine Antwort. Da klopft er sich ein Herz, öffnet die Tür, und begrüßt, Trozki wachmannig. Aber er weiß keine Antwort. Wie soll er rufen? — Ergeltung? — Nein, das geht nicht! — Oder, Genosse? — So vertritt er er mit seinem hohen Vorgesetzten doch nicht. Der Besuche ist ganz verzweifelt. Da kommt ihm ein wunderbarer Einfall. Säterchen Jar hat sich zuweilen durch die Gänge der unglücklichen Nationalgarde wagen lassen. Das wäre ein Ausweg!

Der Rotarmist stellt sich also in Kostur, schlüpfert und fragt mit drohender Stimme die ersten Latze der Internationale: „Bach auf, Verdammt dieser Erde...“

Karl und Anna

Von Leonhard Frank

(A. Fortsetzung)

Gelesen von Hermann...

V.

Die Hausbesitzer hatten dazu. Für sie war Karl Annas Mann. Die Kinder sagten Richard zu ihm. Kolonialwarenhandeler, Bäcker, Fleischer gratulierten Anna zur Rückkehr ihres langgeliebten Mannes. Die meisten der Bekannten trübten und eben: „Herr Richard.“ Marie war „ein bißchen beiseite“ in den „Hühner“ zu sein. Sie durfte zu und Richard zu ihm sagen. Alle sagten Herr Richard. Und Anna sagte Richard. Und sie sagte es nicht nur. Es wurde allmählich selbstverständlich und in ihr zum Gefühl.

In der Fabrik brach die Anna nicht mehr. Ihr Mann hatte Arbeit gefunden. Jeden Sonnabend feierte er ihr den Geburtstag bis zum letzten Pfennig ab, zog dann sofort und jedesmal die Garthöhle höher und prägte jungenshaft die Hand aus. Sie gab ihm sein Taschengeld darauf.

Annas Bett war breit genug für zwei. Er schlief an der Wand. Sie fand morgens umhertrotzend auf und klopfte das Frühstück. Sie das immer gesehen war.

Sie hatte ihr stummest Verprechen gehalten: sie war im breiten Monat.

Schon ließ er sie nichts mehr heben und tragen. Kamme nach der Arbeit treppauf, treppab, säckelvie Holz und Stöhlen herbei, Kartoffeln, jährrübe die Rohrkühe.

Es gibt Menschen, die gut werden und sind, wenn es ihnen gut geht, und Frauen, die unbegreiflich schön sind, wenn sie glücklich lieben; die ununterbrochen diesen ausstrahlenden, heißen Glanz in Aug und Antlitz tragen, an dem auf der Straße niemand vorbeigehen kann, ohne ihn zu sehen und zu fühlen.

Anna war manchmal im Lage befelegt, wenn sie ihren Mann sah, an ihn dachte, wenn sie sich erinnerte, was er zu ihr gesagt, wie er sie angesehen, was sie von ihm empfangen hatte. Ihr Leben hätte.

Seine Hingabe war stumm und zugleich zärtlich und behutsam wie die Liebe einer Mutter. Er sah und fühlte zu Hause, auf der Straße, in der Fabrik, auf dem Hin- und Rückweg nur Anna. Sein Leben war Anna. Sein Blut hatte Annas Gestalt. Er war ruhig dabei: sie liebte ihn.

An den Abenden arbeitete er an der Fertigstellung einer schon ausprobierten kleinen Erfindung — Verbesserung des Automatismus einer Revolverkammer —, die ihm einige hundert Mark eingebracht hatte. Für das zu erwartende Kind.

Organisiert die Krebsbekämpfung

Das Radium wird verzettelt

Ein merkwürdiger Zwischenfall ist eingetreten. Während Deutschland noch in der wissenschaftlichen Krebsforschung in der horderrsten Reihe marschiert, haben jetzt zahlreiche Träger dieser Forschung — vorläufig noch in sehr beschränkter Form — darauf hingewiesen, daß wir organisatorisch und in der Anwendung der neuen Erkenntnisse weit zurückgeblieben sind.

Unser Radiumvorrat ist verzettelt worden. Deutschland, das sonst jede neue Idee und Bewegung so vorzüglich zu organisieren verheißt und auf diesem Gebiet mehr Talente hervorbringt als irgendein anderes Land — dieses Deutschland hat es nicht verstanden, jenen Feldzug zu organisieren, der heute für die gesamte Kulturmenschen von eminentester Wichtigkeit ist: den Feldzug gegen den Krebs. Jetzt ist eine Situation eingetreten, in der die wissenschaftliche Erkenntnis des Krebses zwar hochvollendet ist — aber nicht die Möglichkeit besteht, diese Erfahrung der Laboratorien in vollem Umfang praktisch auf die Heilung der Kranken anzuwenden.

Dafür gibt es eine Kette von Beweisen. Unsere Forscher wissen schon eminent viel über die geeignete Anwendung von Radium, von Röntgenstrahlen, von Elektrokoagulation. Aber was nützt es, wenn nur die Forscher es wissen — und wenn es keine Ärzte gibt, die dieses Wissen der Forscher in den Krankenhäusern praktisch anwenden können? Schon auf dem internationalen Krebsmeeting in Lake Mohong 1926 wurde darüber geklagt, daß die Strahlentherapie vielfach von Ärzten ausgeführt wird, die nichts davon verstehen. Aber das ist nicht Schuld der Ärzte, sondern Schuld jener, die dafür zu sorgen hätten, daß solche Ärzte ausgebildet werden.

Mit der kombinierten Strahlentherapie sind, wie die Praxis beweist, großartige Erfolge zu erzielen. Aber viele Krankenhäuser können, selbst wenn sie die dazu nötigen Apparaturen besitzen, nichts damit anfangen, weil sie das geschulte Bedienungspersonal nicht haben. Und sie haben das geschulte Personal nicht, weil es keine Institute gibt, an denen es ausgebildet werden kann.

Dazu muß gesagt werden, daß z. B. das Berliner „Institut für Krebsforschung“ — ebenso wie das Heidelberger — fast ausschließlich aus privaten Mitteln erhalten wird. Das preußische Hochschulministerium zahlt jährlich ganze

10 000 Mark für die gesamte Krebsbekämpfung, das sind monatlich etwa 800 Mark. — Hambourg hat ein kleines wissenschaftliches Institut am Eppendorfer Krankenhaus, und die Abteilung für Krebsforschung am Institut für experimentelle Therapie in Frankfurt am Main erhält vom Staat geringe Mittel ebenfalls für rein wissenschaftliche Zwecke. In allen diesen Instituten ist kein Platz für die Ausbildung junger Ärzte. Und das wäre das Besten. Denn um die reine Forschung braucht man nicht besorgt zu sein. Sie hat Großtaten verrichtet und wird weiter Großtaten verrichten. Aber sie verfehlt ihren Endzweck, wenn sie nicht den Kranken zugute kommt.

Das Berliner Institut, das mit einer kleinen Krankenabteilung für nicht operable Fälle versehen ist, muß die meisten Krebskranken abweisen, weil es keine Unterbringungsbedingungen mehr hat. Zu einem

Sinowjew kam 1920 vom Kongreß der Ostvölker in Baku und erzählte in Moskau seinem Genossen Nadel begeistert von dem gewaltigen Eindruck, den der Kongreß auf ihn gemacht habe. Von überall, von allen Völkern seien Vertreter dagewesen: Türken, Afghanen, Japaner, Chinesen, Indier usw. — Nadel, der ein Stehtäter ist und das hochschweizerische Theater kennt, hörte schmunzelnd zu, um dann zu fragen: „Na, und Papuas waren keine da?“ — Darauf Sinowjew ein wenig verlegen: „Papuas? ... Papuas? ... Nein, Papuas waren keine da.“ — „Na“, meinte Nadel lächelnd, „Ihr werdet halt keinen Genossen gefunden haben, der sich von euch einen Ring durch die Nase hat ziehen lassen...“

Eine kleine deutsche Universität feiert Jubiläum. Die Fakultäten verleihen um die Weite Doktorgrade h. c. An Würdige und Unwürdige. Meist an Unwürdige. Schließlich behält die Staatswissenschaftliche Fakultät noch einen Doktorhut übrig, weil der dafür Ausgesetzene drei Tage zu früh das Zeittische gelehrt hat. Lange Beratungen, wer als Ersatzmann in Frage komme. Schließlich schlägt der allzeit Professor — Stalin als Ehrenbedienter vor. Allgemeines Entsetzen.

„Aber gewiß, Stalin“, sühnelt der Greis. „Ihm ist doch gelungen, was wir deutschen Volkswirtschaftsprofessoren zwei

Generationen hindurch vergeblich als höchstes Ziel erstrebt haben: Karl Marx zu widerlegen!“

Kurz nach Stabilisierung der Sowjetwährung durch Einführung des Tschermonek unterhält man sich in Moskau über Währungsfragen. Man spricht vom Dollar, vom englischen Pfund, von der deutschen Mark, und streitet darüber, welche Währung wohl die sicherste sei. Da mischt sich Karl Nadel in die Unterhaltung und meint:

„Die bestfundierte Währung ist doch unser sowjetrussischer Tschermonek.“

„Wie willst du das begründen?“, wird gefragt.

„Ganz einfach! Er ist doch gedeckt durch das gesamte „Kapital“ von Karl Marx...“

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

höher Prozentsatz handelt es sich dabei um Auslandige: denn in den meisten deutschen Städten — vom Lande ganz zu schweigen — fehlen Einrichtungen für inoperable Kranke. Laufende von ihnen wären mit einer frühzeitig einsetzenden Strahlentherapie zu retten — die Diagnose Krebs bedeutet heute durchaus kein Todesurteil mehr. Das Institut aber kann nur die hoffnungsvollsten Fälle bestrahlen,

weil es an Radium fehlt. Und doch besitzt es ein Quantum, wie es heute keine zweite Zentralabteilung hat; nämlich über ein Gramm.

Und damit kommen wir zum Kern der gesamten organisatorischen Frage. Denn nicht der Geldmangel ist schuld daran, daß die Institute nur über so kleine Quantitäten Radium verfügen dürfen. Wir können nicht jene Millionen aufwenden, wie sie andere Länder für die Krebsbekämpfung hergeben. Aber wir könnten durch Organisation und Zentralisation des deutschen Radiumvorrats das Erleben, was andre Länder an Quantität zusammenbringen. In der Absicht, allen gerecht zu werden, hat der Fiskus, der das Radium verteilt, vielen etwas gegeben

anstatt einzelnen viel zu geben. Und anstatt drei oder vier Stellen eine Radiummenge zu überweisen, die für eine geeignete Therapie notwendig ist, verteilt man ein Gramm Radium an Duzende von Krankenhäusern, die nun mit so geringen Quantitäten nichts Gescheites anfangen können. In andern Ländern ist man dazu übergegangen, die Krankenbehandlung an einzelnen Stellen zu zentralisieren, die nunmehr doch vollendet sein können: sie sind mit einer größeren Menge Radium mit den vollkommensten Apparaten und einem geeigneten ärztlichen Personal ausgestattet, und die Kranken werden aus allen Gegenden des Landes dorthin geschickt. Bei uns dagegen wird immer mehr dezentralisiert. Wenn man hört, welche hervorragenden Ergebnisse Forscell in Stockholm mit zwei Gramm Radium erzielt (Heilung von Hautkrebs bis 95 Prozent, Zungenkrebs 59 Prozent usw.) — wenn man das hört, kann man es einfach nicht mehr verstehen, daß nicht eine Reihe von Krankenhäusern auf eigene Initiative ihren Radiumvorrat aufbessert und Ähnliches zu erreichen trachtet. Für diese Kapazität, für diese Sachheit, für diese Kleinlichkeit der Verantwortlichen

gibt es keine Entschuldigung. Wir haben in Deutschland, minimal gerechnet, mit jährlich 50 000 Krebsfällen zu rechnen. Davon sind, wie die Statistik heute garat ist, 22 000 mit Radium zu behandeln. Wenn wir unter Stockholmer Bedingungen arbeiteten, könnten wir (nach den Angaben des Heidelberger Professors Werner) die Hälfte von ihnen — also 11 000 Menschen jährlich — auf lange Jahre hinaus kreisfrei machen. Diese 11 000 fallen zu Kosten des Gewinns jener, die eine Zentralisation des deutschen Radiumvorrats hinterziehen. Dabei würde es — ohne daß wir neues Radium ankaufen brauchen — genügen, zwei oder drei Radiumzentralen zu schaffen, die, mit je zwei Gramm Radium ausgestattet wären. Aber halb — und ohne „Instanzenzug“!

22 000 warten!

Georg Wiefenthal.

Generationen hindurch vergeblich als höchstes Ziel erstrebt haben: Karl Marx zu widerlegen!“

Kurz nach Stabilisierung der Sowjetwährung durch Einführung des Tschermonek unterhält man sich in Moskau über Währungsfragen. Man spricht vom Dollar, vom englischen Pfund, von der deutschen Mark, und streitet darüber, welche Währung wohl die sicherste sei. Da mischt sich Karl Nadel in die Unterhaltung und meint:

„Die bestfundierte Währung ist doch unser sowjetrussischer Tschermonek.“

„Wie willst du das begründen?“, wird gefragt.

„Ganz einfach! Er ist doch gedeckt durch das gesamte „Kapital“ von Karl Marx...“

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Röstriker Schwarzbier

nährt und stärkt, es schmeckt gut und ist nicht teuer.

Die drei saßen unterm Licht am Tische. Marias Tränen rollten. Sie streckte die Hand aus. Anna legte ihr Taschengeld hinein.

„Wir hatten doch nicht geglaubt, daß er es so aufnehmen würde.“

Anna sah ihn an, sah Marie an: „Was hätte er tun sollen?“ Sie spürte ihr Herz im Hals und wußte noch nicht, weshalb. „Er ist doch ihr Mann.“

„Wie der Frau Moser ihr Mann zurückkam, ist der Fritz — mit dem sie gelebt hat — ausgezogen. So wie sich's gehört. Oder der Herr Häusler! Er ist schon seit drei Wochen zurück, aber der Postausbehalter wohnt immer noch da, weil er kein Zimmer findet. Die wohnen jetzt zu dritt in der Wohnküche.“

„Aber Herr Dienert hat seine Frau fast totgeschlagen. Und jetzt sind sie auseinander... Du nimmst die Sache leicht, zu leicht, Marie.“

„Es sind doch auch die Verhältnisse, die Verhältnisse sind doch auch schuld... Aber er kommt wieder. Scher, er kommt wieder. Ich, Anna, ich fall ihm um den Hals.“

„Zu dritt, jagst du, zu dritt in der Wohnküche?“ Sie sah ihn an. Er hatte noch kein Wort gesprochen. Seine Augen waren nicht in der Stube. Sie wußte jetzt, weshalb ihr Herz so tobte.

„Einfach um den Hals! Und dann ist er wieder gut.“ Ihr herrliches Gesicht strahlte schon. Die Grübchen erschienen. „Richard, ich liebe Raffie. Darf ich, Anna?“

Es kam oft vor, daß Marie schon wieder lachte, wo andre noch bedrückt waren, und schon meinte, wo andre noch schmerzten. Die Ereignisse ergriffen Marie heftig und schnell. Und ebenso schnell war sie wieder oben auf, gleich dem Sturz, den jede Welle nimmt und auch die stürmischste nicht verschlingen kann.

Seine Augen waren immer noch in der Steppe zwischen Europa und Asien. Anna legte die Hand an den Hals, wo das Herz tobte.

Am Fensterhimmel war ein kleiner Schraubstock befestigt. Die Groß- und Dreharbeit machte er an der Maschine in der Fabrik, die Feilarbeit und das Zusammenpassen nach Feierabend zu Hause. Er baute das Schlußmodell in Originalgröße. Es war kleiner als eine Ananaskraut.

Schon an der Art, wie er endlich aufstand, die Teile seines Modells auf dem Sims zurechtlegte, die Seilen auswählte und zu arbeiten begann, fühlte Anna, daß er nur dem Tode weichen würde.

Erbebend fühlten beide sich von der Flügelspitze des Schiffs berührt. So lagen sie in dieser Nacht, zusammengetan und Herz zu Herz gegeben von der Schichtung, die ihnen das Leben und den Tod bringen konnte: nicht die Trennung. Sie wußten keine Schuld.

(Fortsetzung folgt.)

antreffen werde. Dieses Bewußtsein. Und wenn er sie nicht antauf, wenn sie nicht in der Stube war, war sie doch da. Sie war da in der Art, wie eine Lampe neben dem Gasbrenner stand, wie eine Pflanze hing, wie ihr Nährbenedel auf dem Sims lag.

Und sie dann ein, blieb er sitzen und folgte ihr mit dem Blicke. Bewegten sich an ihrer Stirn im Aufzug lose Härchen, war er bestürzt. Sie fühlte alles. Sie strich, während sie das Abendessen rüstete, im Vorbeigehen ihm über Kopf und Schalter.

„Wo warst du denn, Anna?“

Und es wurde wie das Glück selbst, wenn sie mit ihrer Stimme, die ihr so sehr gültig war, antwortete: „Ich war beim Schalter. Ich glaube, Richard, deine Stiefel werden wieder ganz schön.“

Das kam ihm, als hätte sie gesagt: Ich liebe dich mehr als mein Leben.

Er lebte sie tausendmal mehr als sein Leben. Sein Leben war bis zu seiner Rückkehr leer, ewige Unruhe und Herzdruck des Alleinseins gewesen.

Was diese zwei von ihresgleichen unterschied und sie über jene hinaus hob, war, daß sie das Bewußtsein ihres Glückes gewonnen hatten und damit die Gegenwart, die Zukunft, die Liebe, die innere Zärtlichkeit, die sich in einem Blicke kundtun konnte jederzeit.

Sie erlebten das Körperliche, die Umarmungen der Nacht, in Einheit mit dem innern Licht ihrer Liebe. Für sie gab es darin keine Trennung. Sie erreichten in den Umarmungen Sinn und Gipfel des Lebens.

Wingigkeiten trugen in sich das Ganze. An einer schmalen Kante ihres Wäschekorb, die von der Taille formenzeichnend über die Hüften hinstreckte und auf der Hüfthöhe von der Sonne etwas gebleicht war, brach ihm die Maßlosigkeit seines Glückes aus.

Sie sagten nicht viel. Sie hatten nicht das Wort. Sie hatten den vollen, schweren Herzschlag des Lebens, den gefühlten Schritt, das leuchtende Gesicht. Sie waren reich.

Anna, die Ordentliche, konnte ihre Näharbeit in die Ecke schlendern. Da stand er gleichzeitig mit ihr auf. „Mha, gehen wir!“

Sie hatten die Stadt, die Menschen, den Wiesengürtel, die Luft den Wald, weil sie einander hatten.

Nach so einem Spaziergang, am Ferngleis entlang — die natten Telegraphenstangen, die hinaus standen in die Weite, waren ihnen schon erschienen —, kam Marie schluchzend in die Wohnküche:

Der Mann ihrer Schwester war aus dem Feld auf Urlaub gekommen, hatte das Schindens des Motorfließers betrachtet, die Erklärung seiner Frau angehört und war, ohne etwas zu entgegnen, zur Tür wieder hinaus und mit dem nächsten Zug ins Feld zurückgefahren.

Jakubowski-Prozess

Minister, Staatsanwalt und Richter als Zeugen

Neustrelitz, 8. Juni.

Die Angeklagten scheinen vergessen zu sein. In der heutigen Sitzung geht es nur um Jakubowski. Die Verhandlung hat ihren Höhepunkt erreicht. Oberstaatsanwalt Müller, Staatsminister a. D. Dr. Gustadt, Landgerichtspräsident Buchla, seine Beisitzer, die Landgerichtsräte, Jakubowski's Verteidiger, Rechtsanwalt Koch, werden vernommen. Auch Jakubowski's Scharfrichter, der Henker Gröpler, soll auf Antrag des Nebenklägers über die letzten Befehle seines Opfers aussagen. Vorher wird aber noch das Urteil gegen Jakubowski verlesen. Der Andrang des Publikums ist heute zum ersten Male so groß, daß die vielen Plätze im Zuschauerraum und auf der Galerie nicht ausreichen.

Das Todesurteil gegen Jakubowski.

Die Fadenähnlichkeit des Urteils gegen Jakubowski scheint auf der Hand zu liegen. Als Motiv zur Tat gilt Jakubowski's Wunsch, seinen Alimentenverpflichtungen zu entgehen. Er habe vor dem Vormundschaftsrichter behauptet, nicht zu wissen, ob Frau Rogens bereits von ihrer Reise zurückgekehrt sei, er habe also gelogen, heißt es in der Begründung.

Gegen ihn zeugen seine verdächtigen Gespräche mit August und seine Gesamtpersönlichkeit. Auf Grund verschiedener Zeugenaussagen und komplizierten Zeitberechnungen gelangt das Gericht zum Schlusse, daß niemand anders wie Jakubowski als Täter in Betracht komme.

Oberstaatsanwalt Müller.

Ein 70jähriger Herr, eigensinnig, aber noch ziemlich kräftig. Er wehrt sich seiner Haut so gut er kann und pariert energisch die Fragen des Nebenklägers. Er hat die ersten Ermittlungen geführt, auch die späteren auf Grund des Wiederaufnahmefalles Jakubowski und auch dessen Hinrichtung. Er war es, der seinerzeit die Todesstrafe gegen Jakubowski beantragte und der die von Regierungsrat Steuding verhafteten August Rogens, Blöder und Kreuzfeldt wieder auf freien Fuß gesetzt hat. Der Nebenkläger, H.-M. Brandt, fragt nach den Gründen der Haftentlassung, da doch ein Geständnis des August vorlag, und dieser wie auch Blöder offensichtlich Meineid geleistet hatten. „August Rogens hatte aber erklärt, daß ihm sein Geständnis von der Polizei erpreßt worden sei“, sagt der Zeuge.

H.-M. Brandt bittet den Oberstaatsanwalt nur einen einzigen Fall nach aus seiner Praxis zu nennen, wo er ohne Anhörung der Polizei, der Behauptung des Angeklagten, das Geständnis sei ihm erpreßt worden, geglaubt habe. Das kann der Oberstaatsanwalt nicht. Er gibt zu, beabsichtigt zu haben, gegen den Regierungsrat Steuding, der einen Steckbrief gegen Fritz Rogens erlassen hatte, ein Verfahren gegen Freiheitsberaubung zu eröffnen, so sehr war er von der Unschuld der Brüder Rogens und der Schuld Jakubowski's überzeugt.

Staatsminister a. D. Dr. Gustadt.

Dr. Gustadt, ein 60jähriger Herr, ist Demokrat. Er fühlt sich als Zeuge im Gerichtssaal sehr sicher und bewegt sich hin und her, mit den Händen in den Hosentaschen. Er zweifelt auch heute noch keinen Augenblick daran, daß Jakubowski mit Recht zum Tode verurteilt und hingerichtet sei. Jakubowski's Revision sei vom Reichsgericht, sein Wiederaufnahmefestuch vom Landgericht verworfen worden. Ministerialrat Bagel, der der ganzen Gerichtsverhandlung beigewohnt hatte, sei von Jakubowski's Schuld überzeugt gewesen. Der Verteidiger selbst habe nach Schluß der Beweisaufnahme gesagt: „Es ist nichts zu machen, Jakubowski ist schuldig, er muß verurteilt werden.“ Es habe sich um einen besonders bestialischen Mord gehandelt. Der Zeuge ruft mit erhobener Stimme in den Saal: „Es ist eine unerhörte Unterstellung, zu behaupten, Jakubowski sei hingerichtet worden, weil er ein Affe war.“

Als der Nebenkläger ihm vorhält, ob er nicht selbst in Berlin geäußert habe, er begreife nicht, daß man sich wegen eines hingerichteten Russen so aufregen könne, bestritt er etwas Ähnliches gesagt zu haben, muß aber hinterher eingestehen, erklärt zu haben, daß eine derartige Aufregung wegen der Hinrichtung eines Russen in Deutschland dem Ansehen des Landes schaden müsse, und daß diese Aufregung auch unbegreiflich erscheine angesichts der vielen Hinrichtungen in Rußland.

Landgerichtspräsident Buchla.

Ein ausgesprochen deutscher Richterthypus: selbstbewußt und von seiner Unfehlbarkeit überzeugt. Bei seiner Vernehmung kommt es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen ihm und

dem Nebenkläger. Dieser stellt durch eine große Anzahl von Fragen fest, daß die Urteilsbegründung das Verhandlungsergebnis einseitig gegen Jakubowski ausgewertet habe, ohne die Entlastungsmomente zu berücksichtigen. Der Zeuge widerspricht mit einer vor innerer Erregung zitternden Stimme. Er wird vom Vorsitzenden zur größeren Ruhe gemahnt.

Müller wird nicht vereidigt.

Die Zeugen Landgerichtspräsident von Buchla und Minister Gustadt werden nunmehr auf ihre Aussagen vereidigt. Als



Oberstaatsanwalt Müller.

der Vorsitzende zur Vereidigung auch des Oberstaatsanwalts Müller schreiten will, erhebt sich Rechtsanwalt Brandt, der Vertreter der Nebenklage, und stellt den Antrag auf Nichtvereidigung des Oberstaatsanwalts, weil der Verdacht der Begünstigung gegen ihn bestehe.

Der Nebenkläger legt in ausführlicher Begründung die Motive für diesen Antrag dar. Oberstaatsanwalt Müller seinerseits erfuhr das Gericht, die Vereidigung doch vorzunehmen.



Landgerichtspräsident v. Buchla.

Beschluß des Gerichts ergeht dahin, vorderhand von der Vereidigung des Zeugen Müller Abstand zu nehmen.

Das Gutachten der Sachverständigen.

Die gerichtlich medizinischen Sachverständigen — es sind ihrer drei — sollen darüber befragen, ob man aus der Strangulationsfurche am Hals des Kleinen Gwalbs schließen könne, daß er nicht erwürgt, sondern erhängt worden sei; ferner, ob der Umstand, daß die Leiche unverweilt aufgefunden wurde, die Hypothese zulasse, daß das Kind vor der Einscharrung im Raninchenloch im Wasser gelegen habe. August Rogens hatte nämlich be-

hauptet, daß Blöder und Kreuzfeldt das Kind zuerst erhängt und dann ertränkt hätten, die Verscharrung im Raninchenloch soll erst hinterher stattgefunden haben. Professor Dr. Hen (Greifswald) ist der Ansicht, daß die Strangulationsfurche wohl die Möglichkeit eines Erhängens zulasse, und daß das Nichtverweilen der Leiche mit großer Wahrscheinlichkeit für ein längeres Liegen der Leiche im Wasser spreche. Professor Starke und Professor Schaffenburg erklarten ihre Gutachten über die Geistesfähigkeit des Hannes Rogens, des Kronzeugen im Jakubowski-Prozess. Beide Sachverständigen sind darin einig, daß er ein Idiot war, auf dessen Aussagen nichts gegeben werden durfte, da er die an ihn gerichteten Fragen überhaupt nicht verstehen konnte. —

Wie August Rogens gestand

Neustrelitz, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am heutigen 7. Verhandlungstag des Jakubowski-Prozesses entwickelte der bekannte Berliner Kriminalrat Gennat in seiner Zeugenaussage ein Bild davon, wie er die Untersuchung gegen August Rogens führte und ihn zum Geständnis brachte. Gennat hat im Juli und August des vorigen Jahres wochenlang Ermittlungen angestellt, ohne die Angeklagten zunächst zu vernehmen. Erst, nachdem er genügend Beweismaterial gesammelt hatte, nahm er sich den August Rogens vor.

Er hielt ihm den Brief vor, den er an seinen Bruder Fritz geschrieben hatte und in dem sich Andeutungen über den Mord befanden. Auf diesen Vorhalt hin hat sich August Rogens verfährt, ist zur Erde gefallen und hat sich längere Zeit weinend umhergewälgt. Dann stand er auf und legte ein volles Geständnis ab.

August Rogens, der sich hierzu äußert, gibt eine andre Darstellung. Er will nicht zusammengebrochen sein, vielmehr habe ihm der Kriminalrat erklärt, sein Bruder Fritz Rogens habe schon ein Geständnis abgelegt und die ganze Sache werde mit 2 bis 3 Jahren Gefängnis abgemacht sein. Da habe er (August) sich gedacht, es sei wohl besser, diese verhältnismäßig geringe Strafe auf sich zu nehmen, durch die dann die ganze Sache ein für allemal erledigt sei. —

§ Vor Gericht

Silvesterfeier des Kriegervereins

Der Kriegerverein von Kalenberge feierte im Wolterschen Gasthaus Silvester. Selbstverständlich war nach dem Silvesterpunsch niemand mehr nüchtern und die animierte Stimmung und erhöhte Kampfeudigkeit mußte sich unbedingt Luft machen. Bei dem jungen Fleischerlehrling Artur S., der mit einem frühern Schulfreund in Streit geriet, äußerte sich der Mut in prachlerisch-blutigen Nebenarten, womit er unangenehm auffiel. Doch da ihm der Gastwirtssohn Ernst Wolter zuredete, vernünftig zu sein, hätte er sich wahrscheinlich beruhigt, wenn nicht der ältere Bruder, Wilhelm S., und der Vater, Stephan S. (beide sind Landwirte in Kalenberge), durch den Verweis an Artur sich in ihrer Familienehre gekränkt gesehen hätten. Vater S. gehört überhaupt zu den Leuten, die nach den Zeugenaussagen „sonst jeckengut“ sind, aber leicht rabiat werden, wenn sie zubielen in der Krone haben. Durch sein Ein- bzw. Ausgreifen entwidmete sich also eine regelrechte allgemeine Keilerei. In deren Verlauf schlug der ältere Sohn, Wilhelm S., den Gastwirtssohn Ernst Wolter mit einem Bierbeidel ins Gesicht, so daß das Glas zerbrach und Ernst W. eine Schnittwunde in der Nähe des Auges davontrug.

Das Nachspiel der kriegerischen Silvesterfeier war jetzt eine Verhandlung des Großen Schöffengerichts in Magdeburg. Vater und Söhne S. wurde auch Hausfriedensbruch zur Last gelegt, da sie nach einem Hinauswurf wieder in die Wirtschaft einbrangen, den Söhne S. außerdem Sachbeschädigung, weil sie eine Fensterscheibe eingeworfen haben.

Stephan S. und der jugendliche Artur S. kamen mit Geldstrafen von 50 bzw. 20 Mark davon. Wilh. S., der den Schlag mit dem Bierbeidel geführt hatte, wurde neben einer Geldstrafe von 60 Mark wegen gefährlicher Körperverletzung zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, für die ihm wegen seiner bisherigen Unbescholtenheit 3 Jahre Strafausschließung gewährt wurde. —

Eisenbahn-Hilfskasse geschädigt

Die Reichsbahn-Spar- und Darlehnskasse ist eine private Hilfskasse für Eisenbahnbeamte. An ihr wirkte seit 1926 der Hilfsbetriebsassistent W. als Vertrauensmann an. Er hatte u. a. Mitglieder anwerben und Darlehns-

Die im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammen geschlossenen Konsumgenossenschaften sind die gegebenen Wirtschaftsorganisationen der arbeitenden Frauen!

(Parteitag Magdeburg 1929)

Der Konsumverein Magdeburg

(Mitglied des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine)

als größtes u. leistungsfähigstes Konsumgenossenschaftliches Unternehmen Mitteldeutschlands bietet seinen Mitgliedern die Gewähr einer guten und preiswerten Bedienung

Den klassenbewußten Arbeitern, Angestellten u. Beamten muß die Mitgliedschaft ein Bedürfnis sein!

Anmeldungen nehmen unsere Verteilungsstellen jederzeit entgegen!

antworte zu befrworten. Ueber ein Jahr lang hat W., der verheiratet ist und ganze 30 Mark in der Woche verdient, sein Ehrenamt anständig verwaltet. Seit Ende 1927 fing er jedoch an, zurückgehaltene Darlehen nicht wieder der Kasse zuzuführen, sondern für sich zu behalten. Wie er selbst angibt, hat er das Geld im Wirtschaftshaus verbraucht, rauchend, trinkend und spielend. Dabei merkte er gar nicht, wie die von ihm unterschlagenen Beträge sich aufsummieren, nämlich auf etwa 1000 Mark.

Die eine Entgleisung zog eine andre nach sich. Es kam vor, daß Mitglieder, die ein früheres Darlehen zurückgezahlt hatten, einen neuen Darlehensantrag stellten. Da W. aber deren Rückzahlung für sich behalten hatte, wäre der neue Darlehensantrag abgelehnt worden, da das betreffende Mitglied ja noch als Schuldner geführt wurde. Auf diese Weise hätte sich die Unterschlagung jetzt herausgestellt. Da griff W. zu einer neuen Unrechtheit, um die erste zu verdecken. Er fingierte deshalb Gesuche beliebiger anderer Mitglieder, die noch kein Darlehen erhalten hatten, wobei er deren Unterschrift fälschte. So verfuhr er in zehn Fällen.

Als die Sache schließlich herauszukommen drohte, verlor er den Kopf, hatte Selbstmordgedanken und reiste planlos in die Welt hinein. Im Aufenthaltsraum des Brandenburger Bahnhofes nachträglich und dort von der Bahnhofskontrolle nach dem Woher und Wohin gefragt, legte er in hilfloser Verzweiflung ein Geständnis ab.

Auf diese Art kam er in Untersuchungshaft und hatte sich jetzt beim Großen Schöffengericht in Magdeburg wegen fortgesetzter Unterschlagung und Urkundenfälschung zu verantworten. Sein reumütiges Geständnis wurde mildernd berücksichtigt, und er bekam im ganzen 6 Monate Gefängnis, von denen 1 Monat durch die Untersuchungshaft verbüßt ist, für drei weitere Monate wurde ihm Strafzusage gewährt. Von der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte, die der Staatsanwalt beantragt hatte, sah das Gericht ab. —

Kleine Chronik

Schweres Eisenbahnunglück

In der Nähe des Bahnhofes Lauenitz bei Königsbrunn entgleiste am Montag nachmittag der Wagen eines Fernpostzuges der 1. und 2. Eskadron des 7. Preussischen Reiterregiments, das in Breslau und Lüben stationiert ist. In dem Wagen befanden sich sechs Mann und sechs Pferde. Ein Unteroffizier, ein Obergefreiter und zwei Fahnenjunker, also vier Soldaten, wurden getötet. Die andern Personen wurden verletzt. —

Auch der zweite Arm gefunden

Zwei der unerträulichen Arbeit der Berliner Polizei ist es noch nicht gelungen, das Scheinbild des grauenhaften Frauenmordes bei Schildhorn zu entziffern. Am Montag nachmittag ist nun bei Schildhorn durch den Reichswasserjäger aus der zweite Arm der zerstückelten Leiche aus der Savel geborgen worden. Nachdem am Vormittag der erste Arm und am Tage vorher ein Bein aus dem Wasser gefischt wurden. Der Fund wurde dem Schanzen zugewiesen.

Die Polizei tappt noch völlig im Dunkeln, und die weiteren Ermittlungen dürften besonders schwierig sein, da ja über die Persönlichkeit der Ermordeten bisher rein gar nichts bekannt ist. Aus diesem Grunde ist die Polizei auf die Mithilfe des Publikums angewiesen; es werden daher alle Personen, die irgendwelche Mitteilungen machen können, unter Hinweis auf eine Belohnung von 1000 Mark ersucht, ihre Wahrnehmungen den Kriminalkommissaren Dr. Kraußnis und Jastje im Polizeivertand zu melden.

Nach den Leichenteilen zu urteilen glaubt man, daß die tote eine etwas beleibte Frau von mittlerer Größe gewesen ist. Die Hände sind verhältnismäßig klein und weisen keine Spuren harter Arbeit auf.

Die Nachforschungen nach den noch fehlenden Körperteilen werden intensiv fortgesetzt. Bisher läßt alles darauf schließen, daß die Zerstückelung der Leiche mit größter Sorgfalt fachmännisch vorgenommen worden ist; denn auch der gelandete zweite Arm ist zuerst aus dem Wasser gefischt und dann abgetrennt worden. (Siehe Meldung über Auffindung des Kopfes siehe Hauptblatt.)

Ferienheim Neumühle

Die hier abgebildete Neumühle bei Stadtroda im Thüringer Wald ist Eigentum der Leipziger Gewerkschaften. Sie liegt mitten im Walde, fern von jedem Verkehrsverkehr, und ist so recht geeignet für Großstadtmenschen, die ausspannen wollen. Die Umgebung ist die echte Thüringer Landschaft. Wald, Wiesen, stark ansteigende Hügel, Leichte, ein idyllisch gelegener Waldsee, für Freunde der Natur eine schöne Stätte.



Das Heim hat 34 Zimmer mit 63 Betten, Saalzimmer, einen Saal für 100 Personen, Bannbäder, Wajstraum mit fließendem Wasser für Touristen, Dunkelkammer, Lesezimmer mit Bibliothek. Außerdem ist in jedem Zimmer Dampfheizung und elektrisches Licht. Die elektrische Kraft wird selbst erzeugt.

Auskünfte über Unterkunft in der Neumühle erteilt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsauskunft Leipzig, Leipzig C. 1, Zeiser Straße 32.

Ein brutaler Landjäger

Der Oberlandjäger Albert Schulz aus Ruhig war wegen schwerer Körperverletzung im Amt vom Landgericht Schneidemühl am 27. Februar 1929 zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die dem Angeklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde am Montag vom 2. Straßsenat des Reichsgerichts verworfen.

Der Angeklagte hatte anlässlich des Ruhiger Schützenfestes am 29. Mai 1927 gemeinsam mit dem Oberlandjäger Rudolf Dienst, Rudolph zempelte verschiedene Teilnehmer an und ließ während eines Wortwechsels einen alten Mann die Treppe hinunter. Als der 56jährige fiel sich darüber empörte, wurde er von dem Angeklagten verhaftet. Falke trank sich dagegen; es gelang ihm, sich loszureißen. Der Angeklagte schlug den Fallenden dann von hinten mit dem Säbel über den Kopf. Falke fiel zu Boden. Schulz trat den Liegenden schließlich noch mit dem Fuß, obwohl er sah, daß der Mann aus einer fliehenden Kutschwunde blutete. Falke wurde wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt, jedoch freigesprochen.

Dem Angeklagten Schulz wurden in Anbetracht der großen Notwendigkeit mildernde Umstände verjagt. (Trotz der Verjagung mildernder Umstände ist der brutale Landjäger mit den 3 Monaten noch recht glimpflich behandelbar.) —

Statt 6 Jahre Zuchthaus 2 1/2 Jahre Gefängnis

Zum zweiten Male befristete sich am Montag das Schwurgericht I in Berlin mit der Strafmaß des schon bejahrten Reichstages Albert Streichhan. Im Mai v. J. hatte Streichhan nach 37jähriger Ehe seine Frau eines Morgens im Bett ermordet.

Nach seiner Angabe war die Tat bei einer Auseinandersetzung über das eheliche Verhältnis seiner Frau im höchsten Affekt verübt worden. Das Schwurgericht hatte im vorigen Som-

mer Streichhan unter Verjagung mildernder Umstände zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt; auf Revision hin hatte das Reichsgericht dieses Urteil kassiert, weil das Schwurgericht nicht genügend das Erfordernis moment berücksichtigt hatte. Es wurde daher noch einmal der ganze Fall aufgerollt, und das neue Schwurgericht kam zu einer ganz andern Auffassung.

Unter Zustimmung mildernder Umstände im Sinne des § 118 StGB, wonach der Angeklagte zu der Tat gereizt worden war, wurde Streichhan jetzt zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Es wurde ihm auch die Untersuchungshaft von nahezu 18 Monaten voll angerechnet. —

Folgeschwere Schießerei im Zuchthaus

Das Schwurgericht Jüterburg hatte im Februar den Schiffsheizer Wilhelm Lad wegen Mordes, versuchten Mordes, versuchter Gefangenbefreiung und räuberischer Erpressung zum Tode und 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen das Urteil hatten der Angeklagte und der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dieses verwarf am Montag die Revision des Angeklagten. Die Revision des Staatsanwalts hatte infolgedessen Erfolg, als das Urteil, soweit räuberische Erpressung in Frage kommt, aufgehoben und zurückgewiesen wurde.

Im Dezember 1928 befand sich der gefürchtete Verbrecher Berneder zur Verbüßung seiner lebenslänglichen Zuchthausstrafe in der Strafanstalt Jüterburg. Lad, der mit Berneder befreundet war, versuchte nach gegenseitiger Verständigung, seinen Freund im Dezember v. J. aus der Strafanstalt zu befreien. Zu diesem Zwecke besuchte er Berneder in der Anstalt. Hier gelang es ihm, dem Freund einen Revolver zuzuflecken. Ein Wachtmeister bemerkte das und schob. Der Schuß ging aber fehl. Darauf stürzte sich Wachtmeister Zacharias auf Lad. Beide kamen in ein Handgemenge; Lad konnte sich befreien. Inzwischen waren zwei weitere Beamte hinzugekommen. Es entstand eine allgemeine Schießerei, in deren Verlauf der Wachtmeister Zacharias und Neujods erschossen wurde. Berneder erhielt einen Schuß in beide Oberschenkel und in den rechten Oberarm. Da jetzt eine Flucht ausichtslos war, rannnten Lad und Berneder in dessen Zelle, wo sie sich verbarrikadierten.

Berneder, der die Ausichtslosigkeit einer Flucht ein sah, erschoss sich selbst, während Lad sich der alarmierten Schutzmannschaft ergab. —

Kleine und große Märkte

Großhandelspreise vom 4. Juni im Hallenbau

Bohnen, grüne Bush- 50 kg 35,00	Kopfsalat 100 St. 4,00—6,00
Gurken, gr. Salat 100 St. 20,00—50,00	Schwarzbeeren 50 kg 40,00—50,00
Kartoffeln 50 kg 10,00—12,00	Spinat, inländischer 50 kg 6,00—8,00
Blumenkohl 100 St. 7,00—35,00	Tomaten, ausl. 50 kg 50,00—100,00
Kohlsträußchen mit Kraut 100 St. 10,00—35,00	Zwiebels, trock. Ware 50 kg 7,00—9,00
Kohlsträußchen, gelb od. rot 50 kg 3,00—6,00	Wassermelonen 50 kg 45,00—70,00
Kartoffeln, gelbe Ind. 50 kg 3,00—3,25	Stachelbeeren 50 kg 22,00—25,00
Kartoffeln, weiße, sort. 50 kg 1,75—2,00	Apfelsinen, 200er 1 Kiste 28,00—30,00
Kartoffeln, ausl. 50 kg 2,00—2,20	240er 1 Kiste 28,00—28,00
Meerrettich 100 St. 30,00—40,00	300er 1 Kiste 25,00—27,00
Radisheschen 100 St. 5,00—12,00	360er 1 Kiste 23,00—25,00
Rhabarber 50 kg 2,00—3,00	504er 1 Kiste 23,00—25,00
Spargel, 1. Sorte 50 kg 65,00—80,00	Äpfel, Weißer 1 Kiste 15,00—16,00
Spargel, 2. Sorte 50 kg 45,00—60,00	300er la. 1 Kiste 14,00—15,00
Spargel, Suppen 50 kg 25,00—30,00	Molkerei-Butter in 1/2 Pfund-Stücken 50 kg 190,00
	4er 10—11 Pf.
	5er 6 Pf.

Magdeburger Zuckerbörse vom 3. Juni

Der Preis für Weißzucker einschließlich Sach- und Verbrauchssteuer beträgt für 50 Kilogramm brutto für netto ab Fabrikverkaufstelle Magdeburg und Umgebung bei Mengen von mindestens 200 Zentner bei prompter Lieferung innerhalb 10 Tagen 24,50 und bei Lieferung per Juni 24,50—25,25 Mark für aemahlene Melis. Tendenz ruhig.

Berliner Produktennotierungen vom 3. Juni

Weizen, märk. 208—204. Roggen, märk. 177—179. Braugerste, märk. 206 bis 220. Futter- und Industrieerzeugnisse 176—180. Hafer, märk. 171—181. Mais (ab Berlin) 218—214. Weizenmehl (100 Kilogramm) 23,00—27,50. Roggenmehl (100 Kilogramm) 24,00—26,50. Weizenkleie 11,40—11,00. Roggenkleie 11,50. Weizen-Großbrot 41—48. Kleine Speise-Großbrot 38—34. Futter-Großbrot 21—23. Weizen-Großbrot 25—26,00. Ackerbohnen 22—24. Bohnen 27—30. Lupinen, blaue 17,50 bis 18,50. Lupinen, gelbe 23—24,00. Serradella, neue 60—64. Rapspölchen 18,50 bis 18,60. Weizenfuder 21,20—21,60. Flockenfuder 12,00—12,10. Soya-Schrot 18,20—18,00. Kartoffelflocken 15,40—15,80. Weizenkleie-Melasse 15,00.

Radio-Zeitschriften
zu beziehen in der
Buchhandlung Volksstimme
Gr. Mühlstr. 3

Alle
in dieser Zeitung
oder anderweitig
zusammengekauft
Arzneimittel
erhalten Sie zu
Originalpreisen
in der
Victoria-Apotheke
Orth- und
Gneiseck-Str.
95b

Bekanntmachung
Der Eisenbahnübergang an der Blumenfelder Straße wird am Dienstag den 4. Juni d. J. von 5 bis 9 Uhr wegen Gleisanlagen für den Eisenbahnverkehr gesperrt.
Burg, den 1. Juni 1929.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung
Beitrag zur Polizeiverwaltung zur Abwendung von Gefahren bei der Errichtung von Gebäuden und Lagerung von Materialien in der Nähe von Eisenbahnen.
Nach der Polizeiverordnung vom Jahre 1927 dürfen keine eisernen Gegenstände (Geräte, etc.) in der Nähe von Eisenbahnen oder sonst sonstige Gegenstände gegen das Einbringen von Funken und glühenden Kohlen gebracht sein, bei Eisenbahnen nur in einer Entfernung von mindestens 35 Meter von der Mitte des nächsten Schienenlaufes gelagert werden.
Dagegen die Einbahn auf einem Damm, so muß in der Entfernung von 35 Meter nach der unteren Seite Höhe des Damms, hierbei handelt es sich um dauernde Lagerung (Strohballen). Das vorübergehend zu Lagernde, also nicht gemacht und zum Abtransport oder in Kisten oder Behältern eingeschlossene Geräte muß zur Verhütung von Gefahren mindestens 15 Meter vom Bahndamm zurückgesetzt werden.
Burg, den 3. Juni 1929.
Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung
Eine Sitzung der Gemeindevorstellung findet am Donnerstag den 6. Juni, abends 7.30 Uhr, im Sitzungssaal des Rathhauses statt. Tagesorden siehe im Rathhausgang.
Tangerhütte, den 1. Juni 1929.
Der Gemeindevorsteher,
J. E. Hoffmann.

Deutscher Bauwerksbund
Baugewerkschaft Magdeburg
Große Pflanzstraße Nr. 3 Fernsprecher Nr. 22972

Achtung, Baudelegierte!
Am Donnerstag den 6. Juni 1929, abends 5 Uhr, findet im Lokale von E. Holz Rasch, Rühlstraße Nr. 2, eine **Baudelegiertensitzung** statt. Wegen der sehr wichtigen Tagesordnung darf keine Baustelle unvertreten sein.
Der Vorstand.

Textbücher empfiehlt Buchhdlg. Volksstimme

Ämliche Bekanntmachungen

Streichenverpachtung.
Die Verpachtung der diesjährigen Ernte der Rindfleisch an den Kreisbauern im ganzen Kreis erfolgt in 22 Abtheilungen am Freitag den 14. Juni, abends 8 Uhr, im Rathaus von Groß. Die Bedingungen werden im Termin bekanntgemacht, können auch vorab auf dem Kreisbauern in Schriftlicher eingesehen werden. Jeder Bauer hat vor dem Termin in der Zeit von 7.30 bis 9 Uhr vorab bei dem im Verwaltungsausschuss der Bauern eine Anzahl von 300 RM. (dreihundert Mark) zu hinterlegen. Mindestens die Hälfte der Beschlüsse ist sofort, der Rest innerhalb 8 Tagen zu bezahlen.
Burg, den 31. Mai 1929.
Kreisbauern. Krauthoff.

Dr. KARL RENNERT
Staatwirtschaft
Weltwirtschaft
und Sozialismus
Das Vortragsheft auf Einladung des Instituts für Sozial- und Staatswissenschaften am 30. November 1928 in der Aula der Universität Halle, S. 1. Für den Druck erworbene und ergänzt 80 Seiten. Kartonsiert 1,50 Mark.
Buchhandlung Volksstimme

Dankfagung.
Für die uns beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters erwiesene Teilnahme sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, der Verwaltung, des Gemeindevorstandes der Gartenstadt Reform und des Hauses Zeisiger Straße 29, dem Metallarbeiter-Verein, dem Sozialdemokratischen Verein, dem Reichsbanner (Abteilung Zeisiger-Straße), der Verwaltung sowie der Belegschaft der Firma C. E. Straße herzlichsten Dank. Besonders dank dem Genossen Schmaderer für die tröstlichen Worte in der Kapelle und am Grabe.
1716

Hedwig Wille und Kinder

Bekanntmachung
Die Mieter für die im Herbst d. J. fertig werdenden Wohnungen in den nachstehenden Wohnanlagen an der Zeisiger-Straße sollen demnachst bestimmt werden. Bewerber um diese Wohnungen wollen sich umgehend im Wohnungsausschuss melden.
Burg, den 3. Juni 1929.
Der Magistrat.

Arbeitsmarkt
Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt eine **Stenotypistin** aus geachteter Familie und mit guter Schulbildung. Angebote mit. Bad Einzelnen 245 an die Expedition der „Volksstimme“ erbeten.

Ankauf
Kaufe alte Weibchen, gelb u. bunt, 80 Pf., auch jeden Posten junge Hähne und Weibchen. 1715
Eitner, Vestingstr. 26.

Martha Ulrich
geb. Albrecht
im 48. Lebensjahre.
Magdeburg-Eudenburg,
Friedenstr. 18. den 3. Juni 1929.
Die trauernden Hinterbliebenen
Freih Ulrich
nebst Kindern und Enkelkindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 6. Juni, mittags 1.30 Uhr, in der Hauptkapelle des Westfriedhofs statt.
Angehörigen dankend verbeien

Dankfagung
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen ist es uns nur auf diesem Wege möglich, allen unseren innigsten Dank abzugeben. Ganz besonders danken wir dem Magistrat der Stadt Magdeburg, den Herren Vorbesitzern, seinen Kollegen, dem gesamten Feuerwehrcorps, dem Verband deutlicher Berufsfeuerwehren, dem Reichsbanner, der F. F. D., dem Gartenbauverein für Kriegsbeschädigte, den Bewohnern des Hauses Prälatenstraße 24 und dem Herrn Superintendenten für seine tröstlichen Worte.
Witwe Luise Natho geb. Friedrich
nebst Tochter Ilse.

Alma Hofmeister
im 18. Lebensjahre.
Dienstag, den 3. Juni 1929.
In tiefer Trauer
M. Hofmeister und Frau
nebst Angehörigen
Albert Zely als Bräutigam
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause aus statt.
Du werst zu gut, du starbst zu früh,
Verzeihen werden wir dich nie!

Statt besonderer Meldung.
Die Trauerfeier zur Einäscherung unserer lieben Entschlafenen
Frau Agnes Thesing geb. Podestà
findet am Donnerstag den 6. Juni 1929, nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Hauptkapelle des Westfriedhofs statt.
Dr. Ernst Thesing.

Hochseiferei und von 80 000 Mark für die Treibsch-Getriebs-
fischerei zu verwenden.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Horlacher (Bayr.
Volksp.) erwidert der Minister Dietrich, daß der Entwurf eines
Kopfenherkunftsgesetzes in den nächsten Tagen dem Reichstag zu-
gehen werde.

Es folgen die

Abstimmungen.
Der Etat des Ernährungsministeriums wird mit den vom
Ausschuß vorgeschlagenen Kürzungen bewilligt.

Der kommunistische Antrag, aus dem 25-Millionen-Fonds
300 000 Mark abzutrennen zugunsten der bei der Reorganisation
des Genossenschaftswesens benachteiligten Angestellten und Ar-
beiter wird angenommen.

Ein Antrag des Handelspolitischen Ausschusses wird in
seinem ersten Teile, der „die erforderliche Relation zwischen allen
Lebensbedürfnissen und Fleischpreisen sichern“ will, von den Bürger-
lichen gegen die Sozialdemokraten angenommen. Bei der Ab-
stimmung über den zweiten Teil, der die Speck- und Schmalz-
zölle erhöhen will, bleibt eine Gruppe von Zentrumsabgeordneten
um den Minister Stögerwald sitzen. Das Ergebnis ist ungewiß,
ein Sammelstimmungsentscheid soll entscheiden — da wird Vertagung
der Abstimmung auf die dritte Lesung beschlossen.

Damit ist die Beratung des Etats für Ernährung und Land-
wirtschaft erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr: Kleinere Vorlagen, Etat
des Reichswirtschaftsministeriums. Schluß 410 Uhr.

Stinnes-Prozess

VdZ Berlin, 4. Juni. In der heutigen Verhandlung im
Stinnesprozess beantragte der Verteidiger des Angeklagten
Schneid, Rechtsanwalt Sandel, einen Beugen darüber zu ver-
nehmen, daß der Angeklagte kein Anleiheverzeichnis durch die
Vermittlung des Angeklagten Leo Hirsch an den Angeklagten
Groß verkauft habe. Das Gericht bejaht demgemäß.

Dann folgt die Vernehmung des Angeklagten Notmann.
Er ist 1893 geboren und war im Bauhandwerk und in der Industrie
im In- und Ausland tätig. Der Angeklagte ist dann von Stinnes
mit Metallwarengeschäften betraut worden. Der Angeklagte Not-
mann gibt weiter an, er sei im Oktober 1925 von Stinnes nach
Paris geschickt worden, um dort ein Metallwarengeschäft zu
machen. Bei dieser Gelegenheit habe er in Paris seinen alten
Freund Leo Hirsch, einen Vetter seiner Frau, getroffen. Er habe
ihm das Anleiheabließungsgeschäft vorgetragen. Danach sollten
die Ansprüche der Gläubiger in Frankreich, namentlich in Elsas-
Lothringen, auf eigenes Risiko geltend gemacht werden. Eugen
Hirsch sei der Meinung gewesen, man könnte mit den In-
habern der Anleihestücke ein Geschäft machen, indem man ihnen
entgegenläufe. Falls die ausländischen Anleihebesitzer ihren An-
spruch nicht mehr vollständig befriedigen könnten, sollten die fehlenden
Stücke zugekauft und so der ganze ehemalige Altbestand der
Anleihegläubiger angemeldet werden. Voraussetzung für diese
Ergänzungskäufe sollte aber sein, daß die Stücke ununterbrochen
im Ausland gewesen wären. Solche Ankäufe wurden ihm (Not-
mann) als berechtigt dargestellt, da der ausländische Kriegsanleihe-
besitzer unter einer Sonderbestimmung stehe. Dieses Verfahren hielt
man für zulässig, da man erfahren hatte, daß der i. d. V. an-
geklagte Geschäft auch machte. Notmann hat dann dem
Sekretär von Stinnes, v. Waldow, über diese Angelegenheit be-
richtet, der seinerseits Hugo Stinnes unterrichtet habe. Darauf sei
Notmann mit Stinnes zusammen gekommen und habe
ihm das ganze Geschäft vorgetragen. Stinnes habe es zwar in
Paris an, aber für Lohnend gehalten und sich bereit erklärt,
dafür einige hunderttausend Mark zur Verfügung zu stellen.

Notmann befindet sich ausdrücklich, daß Stinnes damals den
Einbruch habe mußte, daß das Geschäft völlig korrekt war, ebenso
wie er (Notmann) damals davon überzeugt gewesen sei. Er habe
sich an dem Pariser Anleihegeschäft nicht aktiv beteiligt, sondern
die Angelegenheit von Waldow und Stinnes überlassen. Bei einer
späteren Zusammenkunft in Paris habe Eugen Hirsch ihm vorge-
schlagen, das ganze Geschäft in Rumänien zu machen.

Bata-Verkaufsgeheimnisse in Deutschland

In Hamburg, Altona und Lübeck hat die böhmische
Schuhfabrik Bata je ein Ladengeschäft erworben, um auch
dort in den Schuhhandel einzugreifen. Es sind an Bata
verkauft worden drei Schuhgeschäfte der Firma Stillers Schuh-
warenhaus, G. m. b. H., in den genannten Städten, während diese
Firma — sie ist nicht zu verwechseln mit der Firma Schuhwarenh-
aus Karl Stiller in Berlin — eins ihrer bisherigen Geschäfte in
Hamburg behält und weiterführt.

Die bekannte Schuhfirma Karl Stiller, die auch nur in Berlin
ihre Geschäfte betreibt, macht zur öffentlichen Aufklärung und
Vermeidung von Verwechslungen in der Fachpresse darauf auf-
merksam, daß die Stillers Schuhwaren G. m. b. H. in Hamburg mit
ihren nichts zu tun hat. Es handelt sich hier also um zwei verschiedene
Firmen gleichen Namens.

Wie die „Schuhwelt“ meldet, soll die Firma Bata von dem
Anlauf der Schuhfabrik Emil Pinner Nachfolger in Burg Abhand
genommen haben. Das Schweigen, in das sich die Firma nach der
am Anfang gezeigten Offenheit jetzt hüllt, wird von dem genannten
Blatt als taktische Haltung gegenüber den bisherigen Groß-
abnehmern ausgelegt.

In Wirklichkeit darf man wohl vorläufig kaum erwarten, daß
Batas Fabrikationspläne darauf ausgehen, den deutschen Markt
ausschließlich von Deutschland aus zu versorgen. Wohl aber könnte
man zunächst einen tatkräftigen Versuch darin sehen, selbst mit Ver-
lust in kleinerem Umfang in Deutschland zu produzieren. Die
Drohung mit dem Ausbaur der Filialfabrikation könnte
man bei den künftigen Handelsvertrags-Verhand-
lungen mit der Tschechoslowakei gegenüber den Zoll-
erhöhungswünschen der deutschen Industrie als
ermitteltes Druckmittel beugen. Die Möglichkeit, den Bata-
Schuh auf Grund einer kleinen Filialfabrikation in Deutschland
als „deutsches Erzeugnis“ zu bezeichnen, wäre für Bata auch
angeht die nationale Propaganda der deutschen Schuhindustrie
von Wert.

Daß Batas Fabrikationspläne vorläufig kaum über solche
Erwägungen hinausgehen, zeigt schon der kleine Umfang der Fa-
briken, mit denen er bisher verhandelt hat und deren Kapazität zu
seinem bisherigen Export nach Deutschland in keinerlei Verhältnis
steht. Immerhin könnte sich später einmal auch aus diesen Anlagen
eine größere Filialfabrikation entwickeln, wenn das Experiment der
Bata-Produktion in Deutschland glücken sollte. Damit hat es aber
noch gute Wege.

Deutscher Spion in Prag verhaftet

In Prag wurde vor einigen Tagen — wie erst jetzt bekannt
wird — der 43jährige tschechoslowakische Offizier
Falbout, der im tschechischen Generalstab beschäftigt war, wegen
Spionage festgenommen.

Auf dem Prager Flugplatz wurde in der vorigen Woche nach
dem Abflug des Flugzeugs Prag—Dresden eine verschlossene
Koffer tasche gefunden, die einer der Reisenden vergessen hatte. Die
Tasche erschien einem Gardemann verdächtig. Sie wurde daher
amtlich geöffnet, wobei sich wichtige Geheimakten des tschecho-
slowakischen Generalstabs vorfanden. Am Abend wurde dann aus
Dresden telefonisch nach der Tasche gefragt. Darauf erfolgte die
Antwort, der Besitzer könne die Tasche in den Räumen der Flug-
gesellschaft in Prag abholen. Dort fand sich nichts ein Mann ein,
der nach der Tasche fragte und verhaftet wurde. Er legitimierte
sich zunächst mit einem reichsdeutschen Paß. Es stellte sich
jedoch bald heraus, daß es sich bei dem Verhafteten um den
tschechoslowakischen Offizier Falbout handelte.

Das tschechoslowakische Verteidigungsministerium bestätigt,
daß Falbout in der Kanzlei des Generalstabs beschäftigt war.
Doch habe man ihn schon vor einiger Zeit auf einen unter-
geordneten Posten der Kanzeidirektion des Ministeriums versetzt,
da seine private Lebensführung Verdacht erregt habe. Bisher
wurde festgestellt, daß Falbout im Mai einmal in Berlin und
zweimal in Dresden weilte.

Im Zusammenhang mit der Spionageaffäre wird noch be-
kannt, daß Falbout im Besitz eines deutschen Paßes auf den
Namen Friedländer war. Er soll für die Lieferung von
Materialien an eine deutsche Spionagezentrale in Dresden
monatlich einen Betrag von 8000 Mark erhalten haben.
Das von ihm gelieferte Material stammte aus dem Safe des
Generalstabs, in dessen Räumen Falbout beschäftigt war.

Der Dresdener Spionagezentrale soll er die Originaldo-
kumente zum Photographieren übergeben haben. Die Dokumente
wurden dann von ihm unbeschädigt zurückgebracht und wieder in
dem Safe des Generalstabs hinterlegt.

Verbandstag der Landarbeiter

Der Deutsche Landarbeiterverband hält zurzeit in
Kiel seine 5. Generalversammlung ab.

Der Verband steht, wie der 2. Vorsitzende Voehrke in
seinem Geschäftsbericht hervorhob, seine Hauptaufgabe in der
Schaffung von Tarifverträgen und in deren Überwachung. Die
lohnpolitischen Erfolge des Verbandes — betonte
Voehrke — sind erfreulich. In allen Bezirken des Reiches sind
gegenüber 1926 erhebliche Erhöhungen der Reallohne erreicht
worden. Bei allen sich bietenden Gelegenheiten wurde vom Ver-
band zum Ausdruck gebracht, daß weniger von einer Rot der
Landwirtschaftsbetriebe als von einer

Not der Landarbeiter

gesprochen werden muß. Der Verband legt Wert darauf, Tarif-
verträge ohne Beteiligung amtlicher Stellen zustande zu bringen;
männ das nicht überall gelungen ist, trifft die Verantwortung
dafür die Landwirtschaftsunternehmer.

In sozialpolitischer Beziehung tritt der Verband dafür ein,
daß der Landarbeiter im Vergleich zu den andern Arbeitergruppen
nicht schlechter gestellt werden darf. Leider hapert es noch sehr in der
Anerkennung dieses Grundsatzes. Besonders standlos sind die
Verhältnisse auf dem Gebiet der Unfallversicherung, zur
Überwachung von fast 5 Millionen Betrieben sind nur 83 technische
Aufsichtsbeamte tätig. Der Verband vertritt die Sonderregelung,
die im

Arbeitslosenversicherungsgesetz für die Landwirtschaft

noch weiter ausgebaut werden soll. Die Abwanderung der Land-
arbeiter bedauert auch der Verband, er protestiert aber gegen die
Behauptung, der Interneher, daß die Landflucht eine Folge
der Vergnügungssucht sei. Die Ursache der Abwanderung liegt in
der traurigen Lage, unter der die Landarbeiter leiden.

Der Verband hat sich nicht nur in der Mitgliederbewegung
— im ersten Quartal dieses Jahres konnten

über 150 000 Mitglieder

festgestellt werden —, sondern auch finanziell gut entwickelt, wie
aus dem von Waldt erstatteten Kassensbericht deutlich her-
vorgeht. Ueber die Betriebsrätebewegung sprach Kreuer vom
Vorstand. Im letzten Jahre fanden im Verbandsgelände 70 Schul-
ungskurse statt. Die Betriebsrätearbeit ist nicht leicht in der Land-
wirtschaft, weil die Landwirte noch immer Gegner neuzeitlicher
Arbeitsverhältnisse sind und von allen Gegeben, die den Land-
arbeitern irgendwie Rechte einräumen, nichts wissen wollen.

In der Aussprache wurden oft erschütternde Beispiele
für die Not der Landarbeiter in der Arbeitslosenversicherung in der Land-
wirtschaft vorgetragen. Scharf kritisiert wurde vor allem die
Deputatentlohnung. Mit Nachdruck wurde eine Neuformulierung
der Domänenpachtverträge gefordert, da die zurzeit bestehenden
Verträge den Interessen der Landarbeiter absolut nicht gerecht
würden. Die Vertreter des Gauess Berlin wandten sich energisch
gegen die

Beschäftigung ausländischer Wanderarbeiter

in der Landwirtschaft, da noch eine ganze Menge einheimischer
Landarbeiter arbeitslos sei.

Der Verbandsvorsitzende Schmidt betonte, daß die Hei-
schaft gegen den sozialen Aufstieg der Landarbeiter bis in
die Reihen der Demokratischen Partei hineinreiche. Eine Sonder-
stellung der Landarbeiter in der Arbeitslosenversicherung sei nicht
zu verantworten; denn sie führe gerade die Mißstände herbei,
über die heute so viel geklagt werde.

Der preussische Landtagsabgeordnete Brandenburg
geißelte die vielen

Mißhandlungen von Arbeitern

in der Landwirtschaft und wies zum Beweis der Feindschaft der
bürgerlichen Parteien gegenüber dem Landproletariat darauf hin,
daß im Preussischen Landtag alle Anträge der Sozialdemokratischen
Partei zur Landarbeiterfrage von allen bürgerlichen Parteien ein-
mütig abgelehnt worden seien. Der Landarbeiter habe nur
zwei Freunde: die Sozialdemokratie und die Ge-
werkschaften.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen

Der Verbandstag der Gastwirtsgehilfen hat prinzipiell die
Einführung der Invaliden- und Altersunterstüt-
zung mit Vierfünftelmehrheit beschlossen. Der Verband
bestritt mit diesem Beschluß Neuland. Deshalb haben die Dele-
gierten die zur Alters- und Invalidenunterstützung gestellten An-
träge der Hauptverwaltung einstimmig angenommen, da zunächst
nur die Erfahrung zeigen kann, ob der Verband mit den vorge-
sehenen Beiträgen und Leistungen durchkommen wird. In der
Aussprache kam deutlich zum Ausdruck, daß die Illusion unter
den Gastwirtsgehilfen, ihr Beruf sei nur ein Lebergangsstadium
zum selbständigen Gastwirt, mehr und mehr abirrt. Mit dem
Verschwinden dieser Illusion wuchs das Verständnis für die Be-
deutung der Alters- und Invalidenversicherung.

Die Beratung über Statut und Unterstützungsreglement
zeigte von neuem, daß die Hauptverwaltung für den Verbands-
tag gründliche und gewissenhafte Vorarbeit geleistet hatte. Sie
war bemüht, die Statuten den von A. D. G. W. aufgestellten Rich-
tlinien anzupassen. Unter Ablehnung der zahlreichen eingelaufenen
Wandlungsanträge wurde der gesamte Statutenentwurf der
Hauptverwaltung einstimmig genehmigt. Recht schwierig ge-
staltete sich dagegen die Verhandlungen über die Statuten-
änderungen, die auf die Schaffung einer gesondert verwalteten
Sterbeunterstützungskasse abzielten.

Zur Lohn- und Tarifpolitik wurden zwei Ent-
schlüsse angenommen. Der Verbandstag wendet sich darin
gegen die Beschränkung der Verbindlichkeitsverpflichtungen, wobei
darauf hingewiesen wird, daß die Unternehmer des Gastwirts-
gewerbes im Jahre 1926 selbst in erheblichem Maße die Verbind-
lichkeit von Schlichtungsrichtern befreit und auch durchgesetzt haben.
Die Zweigvereine werden verpflichtet, für den Ausbau der Tarif-
verträge zu sorgen. Die Versuche der Unternehmer, in den
Saisonorten den wöchentlichen Ruhetag zu beseitigen oder den
Ruhetag summarisch an den Schluß der Saison zu verlegen, wer-
den scharf zurückgewiesen.

Die gesamte Hauptverwaltung wurde in ihrer bis-
herigen Zusammensetzung wiedergewählt. Sie besteht aus
Rudolf Ströhlinger, Verbandsvorsitzender, Johannes Altmann,
Gastwirtsgehilfe, Moritz Richter, Redakteur, Gustav Niemann und
Gustav Sallé, Sekretäre. Dem Verbandsvorsitzenden wird mit
Rückblick auf sein Alter und seine Verpflichtungen als Mitglied
des Reichswirtschaftsrats und als internationaler Sekretär eine
Hilfskraft zur Verfügung gestellt. An Stelle des verstorbenen
bisherigen Vorsitzenden des Verbandsausschusses wurde Frey

(Frankfurt a. M.) bestellt und damit zum erstenmal seit dem
Verlehen des Verbandes der Sitz des Ausschusses von Hamburg
wegverlegt. Ströhlinger wurde für seine Bereitwilligkeit, noch-
mals die Würde des Vorsitzenden zu übernehmen, vom Verbands-
tag herzlich bedankt.

Neue Abrüstungskonferenz?

New York, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Wahltag
der Arbeiterpartei in England kommt den amerikanischen Ab-
rüstungsplänen sehr gelegen. Hoover plant die Einberufung einer
neuen Abrüstungskonferenz und soll schon in der nächsten Zeit die
Einladungen dazu ergehen lassen. Die Abrüstungskonferenz soll
sich besonders mit dem Aufschub des amerikanischen Kreuzerpro-
gramms befassen, das im vorigen Jahre beschlossen worden ist und
die Herstellung von 15 Kreuzern vorläßt. Die Vereinigten Staaten
sind bereit, diese Kreuzerbauten einzustellen, wenn auch England
und die übrigen Seemächte einer Verminderung ihrer Seerüstun-
gen zustimmen.

Für eine Linksregierung

Paris, 4. Juni. Der sozialistische Abgeordnete Re-
naudet kündigte in einer Rede in Nancy an, daß die franzö-
sische sozialistische Partei bereit sei, an einer Linksregie-
rung teilzunehmen.

Die internationale Lage sei heute wesentlich günstiger. In
England sei die Arbeiterpartei in der Regierung, in Deutsch-
land leite die Sozialdemokratie das Reichskabinett. In diesem
Augenblick müßten auch die französischen Sozialisten Bedenken
doktrinärer Art fallen lassen, um im Interesse einer engen Zu-
sammenarbeit mit den Bruderparteien in Deutschland und
England und im Interesse der Konsolidierung des Friedens auch
in Frankreich die Verantwortung in der Regierung zu über-
nehmen.

Neue Leichenentdeckung in der Havel

Berlin, 4. Juni. Am Ziegelhof, der Stelle am Havel-
ufer in Spandau, wo in den letzten Tagen Teile einer zerstörtesten
menschlichen Leiche aufgefunden wurden, sind heute vormittag kurz
hintereinander ein menschlicher Unterkörper und der
Kopf gefunden worden.

Ein junger Mann, der in der Nähe des Ufers beschäftigt ist,
sah mitten im Strom etwas treiben, befiel einen Kahn und holte
den Gegenstand aus dem Wasser. Es ergab sich, daß er den rechten
Unterkörper mit Fuß geborgen hatte, der unweigerlich zu dem
bereits aufgefundenen abgetrennten Oberkörper gehört.

Kurze Zeit darauf sah ein Schiffer etwas weiter oberhalb
zwischen einem Schleppdampfer und einem Lastkahn eine Kopf
im Wasser. Auch dieser wurde geborgen.

Die Fundstelle liegt an einem großen Lagerplatz, auf dem
eiserne Röhren untergebracht sind. Die Frage nach dem Geschlecht
des Opfers ist durch den neuen Fund endgültig geklärt. Der Kopf
ist der einer 25 bis 30 Jahre alten Frau, die ihr dunkelblondes
Haar kurz geschnitten trug. Die rechte Gesichtseite ist aufgeschla-
gen. Es konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden, ob diese Ver-
letzung vor oder nach dem Tod entstanden ist.

Der Tatort dürfte nach allen bisherigen Ermittlungen nicht
weit von den Fundstellen zu suchen sein. (Siehe auch Kleine
Chronik in der Beilage. Neb. V.)

Ein Leipziger Stadtrat ermordet?

Zu Oberhof, 4. Juni. Von Spaziergängern wurde hier
auf einem wenig begangenen Holzweg eine männliche Leiche
gefunden, die schwere Schädelverletzungen aufwies.

Die nähere Nachforschung ergab, daß es sich um den
53jährigen Leipziger Stadtrat Weigel handelt, der
schon mehrfach in Oberhof zur Kur weilte. Weigel war am Sonn-
abend zu einem Ausflug aufgebrochen, von dem er nicht mehr zu-
rückkehrte. Geld und Schmuckgegenstände fanden sich bei der Leiche, so
daß ein Mord aus Raubmotiven ausgeschlossen erscheint.

Die polizeilichen Untersuchungen sind zurzeit im Gange,
zunächst festzustellen, ob ein Unglücksfall vorliegt, oder ob ein
Mord in Frage kommt. Selbstmord ist nach Ansicht der Sachver-
ständigen ausgeschlossen, da die Wunde einen solchen Schluß nicht
zuläßt. Wie wir weiter erfahren, ist der Tote Direktor des Statisti-
schen Amtes der Stadt Leipzig und Vorsitzender des Verbandes
der statistischen Beamten Deutschlands.

Von einer Granate zerrissen

Saarbrücken, 4. Juni. Die „Saarbrücker Zeitung“
meldet aus Saargemünd: Der 54 Jahre alte Johann Briot
und sein 19jähriger Neffe Eugen Niemeier fanden beim Holz-
jammeln im Walde von Loher bei Albedorf ein Gefäß, das
Niemeier mit nach Hause nahm. Als ein Nachbar, der 88jährige
Eichenbrenner, den Händer abschrauben wollte, explodierte
das Gefäß.

Niemeier wurde in Stücke gerissen, Briot durch Splinter
derart verwundet, daß er nach einer Stunde starb. Eichenbrenner
erlitt ebenfalls lebensgefährliche Verletzungen. Das Zimmer
wurde vollständig zerstört.

Schnee in Amerika

New York, 4. Juni. Der gestrige Tag war der kälteste
Junitag, der seit Bestehen des Wetterbureaus verzeichnet worden
ist. In der Umgebung Boston, wo noch vor drei Tagen
mehrere Personen an Hitzschlag starben, ist gestern Schnee
gefallen. Verschiedene Landdistrikte melden Frost.

Notizen

Briefträgerstreik in Paris. Die Pariser Briefträger haben
beschlossen, in einem 24stündigen Proteststreik einzutreten. Falls
die Regierung dieser neuen Warnung kein Gehör schenken sollte,
ist eine Ausbreitung auch auf die übrigen Dienststellen der Post-
verwaltung zu erwarten. Der Unterstaatssekretär für die Post-
verwaltung droht mit den schärfsten Sanktionen gegen alle
Streikenden.

Stresemann in Paris. Der deutsche Reichsaußenminister
wird am nächsten Donnerstag auf der Durchreise nach Madrid
in Paris eintreffen. Er beabsichtigt nur wenige Stunden Aufent-
halt zu nehmen. Immerhin dürfte er Gelegenheit haben, sich
in der deutschen Botschaft mit den deutschen Sachverständigen
Dr. Schacht und Dr. Raftl über den Stand der Reparationsver-
handlungen zu besprechen. Die deutsche Völkerbunddelegation
ist unter Leitung des Unterstaatssekretärs v. Schubert am Mon-
tag mittig in Paris eingetroffen. Sie feierte ihre Reise nach
Madrid am Montagabend fort.

Parteitag der Demokraten in Heidelberg. Der Vorstand
der Demokratischen Partei beschloß, den diesjährigen Parte-
itag der Demokraten Anfang Oktober in Heidelberg ab-
zuhalten.

Die Kirche in der Karikatur. Die Beschlagnahme des be-
kannten Buches „Die Kirche in der Karikatur“ von Friedrich
Wendel war im Februar dieses Jahres durch Urteil des Amts-
gerichts Berlin-Tempelhof aufgehoben worden. Die Staatsanwaltschaft
hatte gegen das Freigabe-Urteil Berufung eingelegt. Vor
einigen Tagen jedoch ist die Berufung zurückgezogen
worden. Es bleibt also bei der Freigabe der „Kirche in
der Karikatur“.

Stadt Magdeburg

Wissenwertes vom Maatjeshering

In dem holländischen Fachblatt „Boeding (Ernährung) en Hygiene“ war nachstehende lesenswerte Aufklärung über „frischen holländischen Maatjes“ zu finden:

Für den holländischen Maatjeshering ist Pfingsten noch nicht die Zeit. Gibt es denn jetzt überhaupt schon frischen Hering? Antwort: Nein, und ganz bestimmt noch keinen frischen Maatjeshering. Aller Hering, der im Frühjahr als „frischer Hering“ verkauft wird, ist der alte Hering vom letzten Jahre, der in Kühlhäusern den Winter über aufbewahrt worden ist. Am Pfingsten herum geht dieser schottische oder holländische Kühhäusering zur Reize, er hat dann so lange im Kessel gelegen, daß er, auch wenn er 12 bis 24 Stunden im Wasser gelegen hat, noch salzig ist, oder daß er, wenn man ihn noch länger wässert, böllig schlapp und unansehnlich wird. Dieser Kühhäusering wird dann noch fälschlich als „frischer Hering“ verkauft, und in Holland sogar noch jetzt von den Seeheringer Weibchen in den Straßen angeboten, als wenn sie diesen (Kühhäusering selbst in der See gefangen hätten.

Der erste wirklich frische Hering erscheint jedes Jahr um Pfingsten auf dem Markt, aber das ist noch kein frischer holländischer Maatjeshering, sondern sog. „Pol-Maatjeshering“, der dem echten frischen Maatjes vorangeht. Diese Pol-Maatjes sind die ersten jungen, kleinen, unangewachsenen Heringe, die mit dem sogenannten Pol-Netz gefangen werden, um an Bord der Dampf-Fischfänger zur Speisung der lebenden Fische (Kabeljau usw.) zur Lebend- und Frischhaltung der Ware zu dienen. Diese ersten Heringe sind nach Qualität klein, mager, schlapp und wässrig. Sie werden an Bord der Fischfänger verarbeitet und in Fässern eingepökelt, um in Vlaardingen um diese Jahreszeit an den Markt als erster Pol-Maatjeshering gebracht zu werden, der, je mehr sich die eigentliche Heringsaison nähert, immer besser von Qualität wird.

Obwohl bekannte große Firmen in Amsterdam jetzt bereits auf ihren Aushängeschildern den „neuen holländischen Maatjeshering“ ankündigen, ist noch nicht ein einziger Maatjeshering gefangen worden. Denn dieser wirkliche Maatjeshering stammt erst aus dem eigentlichen großen Heringsfang, der alljährlich etwa im Juni bei den Schelland-Riseln beginnt und der sich die schottische Küste entlang nach Süden hin erstreckt bis zu der bekannten Doggerbank, wo dieser Hering seinen Reichplatz hat. So ist denn auch der erste Heringslogger erst letzte Woche aus Vlaardingen in See gegangen. Maatjes sind ausgemachte Exemplare, die noch keinen Milcher und Wonen enthalten und daher kräftig, vollwert und weiß sind. Dieser Hering erst ist erste Qualität, ist der beste, leckerste Hering, und er wird erst im Juni bei Schottland gefangen, weshalb er der „schottische Maatjes“ heißt, aus dem dann auf den südlichen Fängen der „holländische Maatjes“ wird. Die Monate für diesen Maatjeshering sind Juli und August.

Loderung der Wohnungszwangswirtschaft

Der Staatsrat hat kürzlich zu dem Entwurf einer vierten Verordnung über die Loderung der Wohnungszwangswirtschaft, die ihm vom preussischen Minister für Volkswirtschaft vorgelegt worden war, Stellung genommen. Da die Verordnung, die am 1. Juli d. J. in Kraft tritt, demnachst in der „Preussischen Gesetzsammlung“ veröffentlicht wird, teilt der „Amtliche Preussische Presse-Dienst“ zur Aufklärung über ihren Inhalt folgendes mit:

„Schon seit dem 1. Dezember 1926 unterlagen in Preußen teure Wohnungen nicht mehr den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes. Als teure Wohnungen galten bisher solche, deren Jahresfriedensmiete 3000 Mark und mehr in Berlin, 2400 Mark und mehr in den übrigen Orten der Sonderklasse, 1800 Mark und mehr in der Ortsklasse A, 1300 Mark und mehr in der Ortsklasse B, 800 Mark und mehr in der Ortsklasse C, 500 Mark und mehr in der Ortsklasse D beträgt. Die vorgenannten Friedensmiethöhen werden durch die neue Verordnung herabgesetzt. Danach gelten vom 1. Juli d. J. an als teure Wohnungen bereits solche, deren Jahresfriedensmiete 2400 Mark und mehr in Berlin, 1900 Mark und mehr in den übrigen Orten der Sonderklasse, 1400 Mark und mehr in der Ortsklasse A, 1000 Mark und mehr in der Ortsklasse B, 600 Mark und mehr in der Ortsklasse C, 400 Mark und mehr in der Ortsklasse D beträgt.“

Die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes hat zur Folge, daß für derartige Wohnungen die öffentliche Bewirtschaftung wegfällt, d. h. es findet für den Fall des Freiwerdens weder eine Beschlagnahme noch eine Zuweisung von Wohnungsuchenden seitens der Wohnungsämter statt. Der Hauswirt ist vielmehr berechtigt, die Wohnung an einen beliebigen Bewerber, der weder eines Wohnberechtigungscheines noch einer Ausweis-karte des Wohnungsamtes bedarf, zu vermieten. In einem einzigen Falle bleibt auch in Zukunft für den Vermieter der Zwang bestehen, einen Mieter gegen seinen, des Vermieters Willen, aufzunehmen: nämlich im Falle des Wohnungstausches, wenn die Zustimmung des Vermieters durch einen Beschluß des Mietminderungsamtes erfolgt wird, und damit der zugehende Mieter ohne weiteres in den Mietvertrag seines abgehenden Tauschpartners eintritt. Im übrigen ist der Tausch, der den bei den derzeitigen Verhältnissen meist gewählten Weg des Wohnungswechsels darstellt, für die teuren Wohnungen noch dadurch erleichtert, daß es einer Genehmigung des Wohnungsamtes nicht mehr bedarf.

In Kraft bleiben auch für die teuren Wohnungen die Vorschriften des Reichsmietengesetzes, die den Parteien jederzeit das unverzichtbare Recht zu der Erklärung geben, daß zwischen ihnen die gesetzliche Miete gelten soll. Schutz gegen unangemessene Mietforderungen gewährt im übrigen weiterhin die Vorschrift des Mieterschutzes (§ 49 a), die derartige Forderungen mit Strafe bedroht. Diese Strafvorschrift gilt für Mietforderungen jeder Art, unabhängig von dem Umfange, der die Räume, über die das Mietverhältnis abgeschlossen ist, der Zwangswirtschaft unterliegen oder nicht.

Bestehen bleiben fernerhin in vollem Umfange die Mietrechtsbestimmungen, die ein freies Kündigungsrecht des Vermieters sowohl dem derzeitigen wie dem künftigen Mieter teurer Wohnungen gegenüber ausschließen. Die Beendigung eines Mietverhältnisses ist daher auch in Zukunft bei Wohnungen jeder Art und Größe, sofern es sich nicht um Neubauten, die ohne öffentliche Geldmittel errichtet sind, handelt, nur im Wege der Kündigung oder Aufhebungs-Klage unter den gesetzlich genau festgelegten Voraussetzungen möglich.

Die neue Verordnung des Wohlfahrtsministers bringt weiterhin eine Aufhebung der Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes für die Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohnern, während bisher nur die Gemeinden mit weniger als 4000 Einwohnern von den Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes befreit waren. Neher die Folgen, die sich hinsichtlich des Verfügungsrechtes des Vermieters

Das Wilhelm-Theater wird geschlossen

Theater-Schöpfungstheorie — Das Zentraltheater wird gepachtet — Und die Volksbühne?

Der Madrider Theaterbrand hat die Regierung veranlaßt, auch die Magdeburger Theater auf ihre Feuerfestigkeit untersuchen zu lassen. Die von Baufragen der Regierung und der städtischen Baupolizei vorgenommene Prüfung hat ergeben, daß im Wilhelm-Theater umfangreiche Umbauten aus Gründen des Feuer-schutzes notwendig werden. Die Kosten der Umbauten wurden nach wiederholten Berechnungen auf 140 000 Mark veranschlagt.

Der Magistrat hat sich mit der Frage Umbau oder Schließung des Theaters befaßt. Er will die genannte Summe nicht in den Museentempel hineinbauen und hat deshalb am Montag beschlossen, das Wilhelm-Theater mit Ablauf dieser Spielzeit zu schließen. Ob das Haus nunmehr endgültig seine künstlerische Kaufbahn abgeschlossen hat, das steht noch dahin. Irigendwelche Beschlüsse über seine zukünftige Verwendung sind noch nicht gefaßt. Es ist denkbar, daß man doch noch einmal dazu kommt, seine Verwendbarkeit für Kammerstücke oder Kleinkunst herzustellen.

Das Wilhelm-Theater hat in der Magdeburger Theaterpflege der Nachkriegszeit eine bedeutsame Rolle gespielt. Es wurde von der Stadt im Jahre 1919 aus theaterwirtschaftlichen Gründen gepachtet. Man wollte den Schauspielkräften des Stadttheaters mehr Möglichkeiten zur Betätigung geben und sicherte sich diese zwar recht beschränkte und primitive, immerhin aber doch brauchbare Bühne. Im Stadttheater übermogen damals wie heute die Opernaufführungen, die Schauspielerei waren mehr Zuschauer als ausübende Künstler. Dieser Lieblingstheater wurde seitigt durch die Pachtung des Wilhelm-Theaters, in dem vorher Jahrzehnte hindurch die sogenannte „leichtgeschürzte Muse“ in der Operette allein herrschte.

Mit der Schauspielbühne im Wilhelm-Theater war die Voraussetzung für das Emporkommen der Magdeburger Besucherorganisationen gegeben. Besonders die Volkshühne hat eine erfreuliche Entwicklung genommen. Ihr ist es nicht nur zu danken, daß von der Theaterkunst wirklich weite Volkskreise erfaßt wurden — sie brachte es auf 9000 Mitglieder, und jedes Mitglied geht auf Grund seines Beitrags mindestens einmal im Monat ins Theater —, sie hat der Theaterkultur auch insofern Pionierdienste geleistet, als sie der Kunst unserer Zeit in Magdeburg Eingang verschaffte. Was an wertvollen Bühnendichtungen in unserer Zeit geschaffen wurde, hat die Volksbühne zur Aufführung gebracht.

Es stehen nun die Fragen: in welchem Umfang will die Stadt in Zukunft das Schauspiel pflegen und wie kann die Volksbühne ihre außerordentlich wertvolle Kulturarbeit fortsetzen? Es war einmal Stadteigenschaft, daß die Stadt gewillt war, das Zentraltheater zu pachten. Wenn die Stadterwaltung den großen Zug gemacht hätte, dann wäre das eine sehr glückliche Lösung der Magdeburger Theaterfrage gewesen. Die beiden Theaterhäuser, die für Theaterkunst in Zukunft allein noch in Betracht kommen, wären städtisch gewesen. Jede Konkurrenz war ausgeschlossen. Die Volksbühne hätte im Zentraltheater jedenfalls mit herabgesetzten Beiträgen arbeiten können, denn hier können 1360 Besucher unterkommen, während im Wilhelm-Theater die Zahl auf etwa 800 — eine Menge schlechter Plätze bleiben bei Volksbühnenvorstellungen im Wilhelm-Theater unbefüllt — beschränkt bleiben. Zwar ist die Bühne im Zentraltheater auch nicht für große Spiele eingerichtet, aber sie übertrifft doch noch bei weitem die Bühne des Wilhelm-Theaters.

aus dieser Loderung ergeben, gilt gleicherweise das weiter oben über die teuren Wohnungen Gesagte. Insbesondere bleiben auch in diesen Gemeinden das Tauschrecht des Mieters, sein Schutz gegenüber ungerechtfertigten Kündigungen sowie die über die Mietshöhe geltenden allgemeinen Vorschriften bestehen.

Soweit in den Gemeinden mit weniger als 8000 Einwohnern die jetzt vorgenommene Loderung infolge der örtlichen Wohnungsverhältnisse sich als praktisch nicht durchführbar erweist, also insbesondere dort, wo es sich um Industrie- oder Nachbargemeinden von Großstädten handelt, kann wie bisher so auch in Zukunft seitens der Aufsichtsbehörde die weitere öffentliche Bewirtschaftung der Wohnungen, d. h. ihre Verteilung durch die Wohnungsämter angeordnet werden. Es ist jomit Vorsorge getroffen, daß unerwünschte Folgen der neuen Verordnung, vor allem für die ärmere Bevölkerung, nicht eintreten können.“

Sozialdemokratische Partei Generalversammlung

am Mittwoch den 5. Juni, abends 8 Uhr, im „Hoffäger“. Berichterstattung vom Parteitag. Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.

Die rote Stadt im roten Land

betitelt sich die Zeitschrift zum Parteitag. Sie ist für Mitglieder zum Preise von 2 Mark, für Nichtmitglieder zum Preise von 5 Mark im Sekretariat erhältlich.

Die Bezirkskassierer erfragen wir, sofort mit den Plaketten abzurechnen.

Ferienkinder auf der Reichsbahn

Die Reichsbahndirektion Magdeburg sendet uns eine Zusammenstellung der Bestimmungen, die bei der Beförderung von hilfsbedürftigen Kindern auf den Strecken der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft maßgebend sind. Da die Zeit der Ferienkindertransporte wieder in die Nähe rückt, dürfte ein Auszug aus diesen Bestimmungen interessieren:

Kinder hilfsbedürftiger Personen bis zum vollendeten 16. Lebensjahr (in Ausnahmefällen bis zum 17. Lebensjahr) werden bei gemeinschaftlichen Fahrten zum Aufenthalt auf dem Lande oder in Heimen und zurück unter besonderen Bedingungen zu ermäßigten Fahrpreisen befördert. (1/4 des Fahrpreises 3. Klasse in Personenzügen. Zur Unterbringung im Auslande wird freie Fahrt 3. Klasse gewährt.) Die Beförderung erfolgt entweder in Einzeltransporten mit fahrplanmäßigen Personenzügen oder in sogenannten Kinderbanderzügen. Ausnahmeweise kann die Beförderung auch in fahrplanmäßigen Eil- und Schnellzügen erfolgen, wenn es sich um schwächliche oder erkrankte Kinder oder um lange Beförderungstrecken handelt. Bei Beförderung in Eilzügen ist kein Zuschlag, in Schnellzügen der halbe Zuschlag ausschlag zu zahlen.

Wegen der glatten Durchführung der Kindertransporte sind

Das Zentraltheater wurde nicht gepachtet, es gab „Bedanken“. Wo gäbe es die nicht in einem ordnungsgemäßen Dergeneral und bei einer amtlichen Intendanz. Das Zentraltheater bekam einen neuen Pächter. Der war bereit, an Sonntagsvormittagen und an Sonntagnachmittagen, außerdem an den Montagen der Vor- und Nachsaison das Theater zur Verfügung zu stellen. Also zu den Zeiten, wo sonst kein Geschäft blüht. Im ganzen wären 80 Vorstellungen auf diese Weise für das Stadttheater im Zentraltheater möglich geworden. Die gesamte Pachtsumme für diese Vorstellungen hätte etwa 80 000 Mark betragen. Das Theater vollständig und das ganze Jahr zu pachten, kostet 140 000 Mark. Das überließ man einem Privatmann! Aber von diesem wieder an 80 flauen Vorstellungsetten den Theaterraum zu pachten, das hat man tatsächlich ernstlich erwogen. Man ging sogar mit dem Gedanken um, zu den Sonntag-Nachmittagsvorstellungen Requisiten aus dem Stadttheater nach dem Zentraltheater zu fahren, um dort zu spielen. Man beachte wohl: das Stadttheater steht in den Tagesstunden am Sonntag auch leer, kann also benutzt werden, aber es bestand trotzdem die Absicht, die Spieler mit Kulissen und Begeisterung, mit Stiebeln und Sporen nach dem Zentraltheater ziehen zu lassen, wo der Raum teuer bezahlt werden mußte.

Der Magistrat hat zum Glücke diesen genialen Einfall unter den grünen Tisch fallen lassen.

Es bleibt also beim Stadttheater. Wie kann hier die Volksbühne unterkommen? Es wurde der Vorschlag gemacht, die Anrechtshabende im Stadttheater von neun auf sieben zu reduzieren. Die Zahl der Anrechtler braucht deshalb nicht reduziert zu werden, es hätte für einzelne nur eine kleine Platzverschiebung stattfinden müssen. Es wären dann Abende frei geworden für die Organisationen. Das wurde rundweg abgelehnt, beschlossen wurde nur, daß die Vorstellungen, die auf das einzelne Anrecht entfallen, eine minimale Einschränkung — von 29 auf 24 — erfahren.

Die Volksbühne bekommt im ganzen 84 Vorstellungen. Darunter 53 Opernvorstellungen, 18 Schauspiele abends und 18 Schauspiele Sonntags nachmittags. Das Ueberwiegen der Opern wird sicherlich von den Mitgliedern begrüßt werden, die im Theater eben immer Musik haben wollen, aber dieses Geschenk an die Musikbegeisterten kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Volkshühne ihre eigentliche Mission nicht mehr zu erfüllen vermag. Sie ist nicht mehr in der Lage, den Spielplan in der bisherigen Art bestimmen zu können, sie wird nicht mehr durchsetzen können, daß Stücke gespielt werden, die von der Theaterleitung niemals aus eigener Initiative auf den Spielplan gesetzt werden. Für eine bewußte und zeitgemäße Förderung der Theaterkultur sind durch diese Wendung die Aussichten in Magdeburg sehr trübe geworden. Schuld daran ist ein sehr bedauerlicher Mangel an Weitblick und Großzügigkeit bei den verantwortlichen Verantwortlichen dieses kostbaren Kulturgebietes Bühnenkunst.

Im übrigen wird sich die Volksbühne auch erheblich einschränken müssen. Wollte sie ihre Arbeit im bisherigen Umfang fortsetzen, dann brauchte sie 102 Vorstellungen. Auch in dieser Beziehung ein empfindlicher Verlust.

In welcher Art die Stadt in Zukunft Theaterwirtschaft treibt — ob aus Gastspielen der Magdeburger Künstler in anderen Städten etwas wird, ob Theatergemeinschaften zwischen Städten zu schaffen sind —, das sind Fragen, die noch erörtert werden müssen.

mit dem Verein Landaufenthalt für Stadtkinder besondere Vereinbarungen getroffen. Zur Beaufsichtigung der Kinder werden bei 4 bis 10 Kindern ein Begleiter, für je weitere 10 Kinder ein weiterer Begleiter, auch wenn diese Zahl nicht voll erreicht ist, und bei Beförderung in Sonderzügen auf je 25 Kinder ein Begleiter zugelassen.

Den Wünschen der Entsendestellen entsprechend werden für die Beförderung der Kinder möglichst Durchgangswagen (frühere Wagen 4. Klasse) oder D-Zug-Wagen 3. Klasse gestellt, in denen die Ueberwachung der Kinder leichter ist. In Ermangelung solcher Wagen läßt es sich jedoch nicht vermeiden, daß auch Abteilwagen mit Einzelabteilen gestellt werden.

Nach dem Merkblatt ist über das Verhalten der Kinder und Begleiter im Zug u. a. folgendes vereinbart:

Die Entsendestelle hat dem Begleitpersonal Ausweise über seinen Auftrag auszustellen. Jeder Transportbegleiter muß eine Urbinde, mit dem Stempel der Reichszentrale versehen, erkennenbar tragen.

Jedes Kind ist mit einer sichtbar zu tragenden Umhängekarte auszurüsten. Diese dient als Ausweis über die Personalkarte und das Reiseziel.

Es ist darauf zu achten, daß die Kinder nur handliche Gepäcke, das sie selbst tragen und unter oder über ihrem Sitzplatz unterbringen können, mit sich führen.

Die Kinder sind so frühzeitig vor der Abfahrt des Zuges auf dem Bahnhof anzubringen, daß ihre listemäßige Kontrolle, ihr ordnungsmäßiges Einsteigen und Verteilen auf die Plätze gewährleistet werden.

Die Transportführer und die Begleitpersonen tragen die volle Verantwortung für die Kinder.

Das Verschließen der Abteile ist aus betrieblichen Gründen verboten.

Das Verlassen der Abteile am Zielort des Transportes oder beim Umsteigen soll ohne Paß vor sich gehen, und zwar so, daß die Kinder mit ihrem Gepäcke auf dem Bahnsteig vor dem Wagen aufgestellt werden und solange verweilen, bis der Abmarsch erfolgt.

Begleitpersonen dürfen den Transport auf dem Bahnhof nicht verlassen, bevor die Kinder von einem Begleiter der Aufnahmestelle übernommen sind.

Bis Ende des Jahres 1926 erfolgte die Beförderung von Stadtkindern zum Landaufenthalt mit geringen Ausnahmen in Zügen des öffentlichen Verkehrs. Mit der Zunahme des Reiseverkehrs traten der Durchführung der Kindertransporte betriebliche Schwierigkeiten entgegen, und es wurden Maßnahmen erforderlich, um Wiederholungen dieser Art vorzubeugen. Gleichgerichtete und zeitlich zusammenfallende Kindertransporte sollen zusammengefaßt und, wenn mindestens 600 Teilnehmer vorhanden sind, in Kinderbanderzügen befördert werden.

Schon häufiger ist von Kinderentsendestellen der Wunsch ausgesprochen, daß bei Stellung von Sonderzügen für die Beförderung erhebliche bedürftiger Kinder D-Zug-Wagen an Stelle von Abteilwagen in noch größerem Umfang gestellt werden, als dies bisher der Fall gewesen ist. In D-Zug-Wagen 3. Klasse besteht jedoch nach wie vor für den allgemeinen Reiseverkehr ein Mangel, so daß es

den Reichsbahndirektionen überlassen werden mußte, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob die Stellung von D-Zug-Wagen oder von Personenwagen mit innerem Durchgang sich ermöglichen lassen wird.

Die Reichsbahndirektionen sind angewiesen, auf die glatte Durchführung der Kindertransporte besondere Sorgfalt zu verwenden, möglichst Wagen mit innerem Durchgang zu stellen und in Anbetracht der hohen Bedeutung der Kinderfürsorge solchen Transporten das größte Entgegenkommen zu zeigen.

Nach den vorstehenden Merkblattbestimmungen sind die Begleiter für die Ueberwachung allein voll verantwortlich, sie müssen von der abfahrenden Stelle in ausreichender Anzahl beigegeben werden. Der Anreger der Lüren während der Fahrt verschaffen zu halten, kann wegen der bei Betriebsunfällen entstehenden weiteren Gefahren nicht ersprochen werden. Personal der Reichsbahn kann für die Ueberwachung der Kinder nicht gestellt werden.

Unfälle

Der Arbeiter Paul Geddi, wohnhaft Kleine Steinernetzstraße 2, goß sich flüssiges Eisen über das rechte Bein und erlitt schwere Brandverletzungen.

Beim Spielen in der Anabe Metner Grube, wohnhaft in Rothenberg, Windmühlentstraße 66, hin und brach sich den linken Unterarm.

Der Monteur Albert Richter, wohnhaft Braunschweiger Straße, brach sich auf seiner Arbeitsstätte in Gommern das rechte Bein.

Die Verunglückten fanden Aufnahme im Krankenhaus Altstadt.

In der Leipziger Straße wurde die Pelznäherin Johanna Starke, wohnhaft Vertajstraße 1 b, von einem Reichswehrtrupp überfahren. Die Verunglückte zog sich eine Kopfverletzung sowie einen Bruch des linken Armes zu.

Auf der Arbeitsstätte geriet der Schmied Willi Barthhäuser, wohnhaft Johannisstraße 3b, zwischen zwei Arbeitsstücke und quetschte sich beide Schultern.

Beide Verunglückte wurden dem Krankenhaus Suedenburg zugeführt.

Achtung, Sanarbeiter. Am Donnerstag den 6. Juni findet eine Parteidelegiertenversammlung statt. (Siehe Inserat.)

Preiswerte Wochenendfahrten nach Hamburg und Helgoland. Die uns das hiesige Reisebureau der Hamburg-Amerika Linie, Breiter Weg 14, mitteilt, beantragt es in der Zeit vom 14. bis 16. Juni eine Wochenendfahrt nach Hamburg und Helgoland. Prospekt sind im Bureau der Spag kostenlos erhältlich. Die tägliche Reise erfordert Gesamtkosten in Höhe von 67,40 Mark.

Desinfektoren-Sundestag in Magdeburg. Vom 27. bis 30. Juni hält der Deutsche Desinfektoren-Bund in Magdeburg seine Tagung ab. Sie beschäftigt sich mit Fragen der Schädlingsbekämpfung, mit der wissenschaftlichen und organisatorischen Lage der deutschen Desinfektoren, mit der Desinfektion im Wandel der Zeiten, mit Desinfektionsverfahren und mit dem Schutze von Neubauten gegen Gesundheitschädlinge. Auch die Reinigung des Desinfektoren- und Kammerjägersberufs wird behandelt. Schließlich findet auch noch eine geschlossene Bundesversammlung statt, zu der nur die delegierten Delegierten Zutritt haben. Beschäftigungen schließen sich der Tagung an.

Genehmigungspflicht für Neubauten. Die Oberpostdirektion teilt mit: Die in letzter Zeit sich mehrenden Fälle der Feststellung und präventivem Verfolgung von Grundstücksverhältnissen geben zu folgendem Hinweis Anlaß: Die Errichtung und der Betrieb einer Grundstücksanlage bedürfen nach § 1 und 2 des Gesetzes über Grundbesitzangelegenheiten vorheriger Genehmigung durch die Deutsche Reichspost. Verletzung der Genehmigungspflicht wird mit Gefängnis oder mit Geldstrafe geahndet. Daneben kann auf Einziehung der benutzten Grundstücke usw. erkannt werden. Auch der Verstoß gegen die Errichtung einer solchen Anlage ist unter Strafe gestellt. Als Jahrestag gilt z. B. schon die Herstellung des Aufbaues oder der Erdungsanordnungen. Zur Vermeidung unglücklicher Vorfälle, die sich aus der Nichtbeachtung der gesetzlichen Bestimmungen ergeben, wird dringend geraten, vor Errichtung oder Inbetriebnahme einer Grundstücksanlage die Genehmigung der Deutschen Reichspost zu erwirken. Die Anträge sind an die Postinspektoren zu richten, nicht an die Oberpostdirektion. Schriftliche Anträge sind parafree; auch die Briefpost können zur Vermittlung der Genehmigung kostenfrei in Anspruch genommen werden. Die hier nach da vertretene Meinung, daß eine Grundstücksanlage erst eine gewisse Zeit lang ausgeübt werden muß, bevor sie vom Händler endgültig durch Kauf erworben wird, ist irrig. Um in solchen Fällen mit dem Strafgesetz nicht in Konflikt zu kommen, ist es ratsam, den Kaufpreis für die Veräußerung zur Errichtung der Anlage dadurch zu erbringen, daß der Händler eine für solche Zwecke erworbenen Genehmigungsurkunde nicht Gehörleistung bei dem Käufer so lange hinterlegt, bis dieser selbst sich zum Erwerb der Anlage entscheidet und für seine Person die Genehmigung seitens der D. R. P. eingeholt hat. Die Genehmigungsurkunde des Händlers wird damit für neue Grundbesitzung frei.

Rechtschreibweise in Wörterbüchern. Der „Antike Sprachliche Präzedenzfall“ gibt folgende neuere Rechtschreibweise des Wortes „Rechtschreibung“ bekannt: 1. Reihweise (Reihe) § 15 der Verordnung über die Rechtschreibung in Preußen) in die Fläche der Räume, die mit Heizkörpern versehen sind. 2. Bei der Verbindung der Reihweisen hat das Reihensystem nach Maßgabe des § 13 Abs. 2 des Reichsmissbrauchsgesetzes eine Einwirkung der Reihensystemgebung zu berücksichtigen. 3. Die im § 13 Abs. 2 des Reichsmissbrauchsgesetzes vorgesehene Wänderung tritt auch dann ein, wenn die Einwirkung der Reihensystemgebung ohne Mitwirkung des Reihensystemgebers auf Grund einer Vereinbarung zwischen dem Reihensystemgeber und einem Reihensystemnehmer für Räume des Reihensystemgebers erfolgt ist (§ 13 Abs. 1, 17 Abs. 1). Die Kosten für Instandhaltung des Reihensystems (§ 9 Abs. 2 der Verordnung über die Rechtschreibung in Preußen) sind insoweit auf die Reihensystemgeber zu legen, als die Instandhaltung während ihrer Reihensystemzeit ausgeführt ist (§ 13 Abs. 1, 17 Abs. 2). Der Reihensystemgeber hat eine neuere Wohnung ohne die erforderliche Zustimmung des Reihensystemgebers zu beschließen, so kann nach § 15 Abs. 2, § 1 Abs. 4 des Reichsmissbrauchsgesetzes vom 21. Mai 1927 das Reihensystem die Unterlassung dieser Reihensystemgebung verlangen (§ 13 Abs. 1, 17 Abs. 2, 24 Abs. 2).

Centraltheater-Restaurant. Der Besuch dieses Lokales ist auch im Sommer recht reger. Johann Wiese als Conférencier beteiligt sich auch erfolgreich als Humorist und erachtet im Verein mit Fritz Reumann, einem hervorragenden Groteskdarsteller, und Albrecht Seiffert in der lustigen Robo-Parodie „Welle der Schöpfung“ starken Beifall. Käthe Weiß ist eine Sonnetistin, die über humoristische Stimmglieder, und ansprechende Vortragweise verfügt. Bella Bella versteht es als Parodistin, das Publikum zu erheitern. Fred Coriam ist als jählicher Lippenstiller auf der Höhe und erzielt lebhaften Applaus. Peter Arnold als Komiker zwingt auch den Griesgrammigen zum Lachen und Kurt Roda, der lustige Humorist, versteht es ebenfalls, das Zwischenspiel in Bewegung zu setzen. Ella Fieda als Sängerin erfreut mit ihrer Kunst. Auch der aquilibristische Kraftakt von Stubbe und Partnerin und das Kontrabassspiel Arnoldy sind gute Nummern. Die Kapelle Erhard Kell, die den orchestralen Teil der Veranstaltung bestreitet, ist wie immer auf der Höhe.

Das Kaiser-Friedrich-Museum ist während der Monate Juni, Juli und August an allen Tagen außer Montags von 10 bis 13 Uhr und 15 bis 18 Uhr geöffnet; der Besuchs (Eingang Kranienstraße) ebenso an allen Tagen unentgeltlich von 17 bis 22 Uhr. Am Montag, dem Reinigungstage, bleibt das Museum zeit geschlossen.

Platzkonzert. Am 5. Juni von 16 bis 17 Uhr findet im Luisengarten ein Platzkonzert der Kapelle des 3. (Preuß.) Bat. 12. Inf.-Reg. unter Leitung des Obermusikmeisters Prober statt. Musikfolge: Barcelona-Marsch, Friedemann; Vorspiel zu „König Manfred“, Reinecke; Ein Sommertag in Norwegen, Phantasie Willmers; Carneval in Paris, Epjode, Esendjen; Zwei Bauerntänze, Werking; Deutsche Volkslieder, Latann.

Ringkämpfe im Zirkus. Der Kampf Suppe gegen Caucatore blieb unentschieden. Schneider bestieg Emirnoff nach 47 Minuten durch Abfangen eines Hüftguges. Neuberger spannt war der letzte Kampf Kopf gegen Krenn, beide gaben ihr Bestes her, konnten aber kein Resultat erzielen.

Nächtlicher Vandalismus. In der Nacht vom 21. zum 22. Mai sind in der Kruppstraße, am Vorplatz des Budauer Bahnhof, vier Straßebäume zerbrochen und abgehackt. Die städtische Garten- und Friedhofverwaltung sichert demjenigen, der den Täter zu namhaft macht, daß dessen gerichtliche Verurteilung erfolgen kann, eine Belohnung von 20 Mark zu. Die Mitteilungen werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Schaufasteneinbrecher an der Arbeit. In den letzten Nächten wurden in hiesiger Stadt verschiedene Schaufenster erbrochen und beraubt. Es wurden gestohlen: Herrenhosen, Damenstrickjassen, Pullover und Kinderkleider. Sachdienliche Angaben, die eventuell zur Ermittlung der Täter führen können, erbittet der Polizeipräsident — Kriminaldirektion —, Zimmer 269/268.

Eingefandt

Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Frischobst.

Frischobst und Gemüse sind in kürzester Zeit auf den Märkten in den Großstädten zu erwarten. Schon sind einzelne Gemüsearten oder Frischobst erhältlich, jedoch für die breite Masse infolge des hohen Preises nicht zu erreichen. Erst die große Reife wird die Obst- und Gemüsepreise so gestalten, daß mit einem wirklichen Massenkonsum gerechnet werden kann.

Um die gemaltigen Obst- und Gemüsearten, mit welchen die Großstädte überschüttet werden, schnellstens weiterzuleiten — in Berlin treffen in der Hochzeit 40- bis 50.000 Zentner Frischobst und Gemüse täglich ein —, ist ein gut funktionierender Apparat dringend erforderlich. Hier muß offen anerkannt werden, daß der Straßenhandel auf diesem Gebiet eine Funktion im Wirtschaftsleben ausübt, die geradezu unerlässlich ist. Wenn z. B. in Berlin — in andern Großstädten ist das Bild ungefähr dasselbe — von diesen gemaltigen Mengen etwa 70 Prozent durch den Straßenhandel der Bevölkerung zugeleitet werden und man sich vergewissert, daß die Einkäufe beim Straßenhändler zu einem großen Teil als Gelegenheitskäufe in Frage kommen, so sollten diese Einkäufe durch unehrliche Straßensperren dem Publikum nicht vorenthalten werden. Jedermann weiß, daß Frischobst eine längere Lagerung nicht vertragen kann, wie andererseits, daß es der Gesundheit am dienlichsten, wenn es so frisch wie irgend möglich verzehrt wird.

Der Straßenhandel betrachtet es als seine Aufgabe, das eintreffende Obst und Gemüse am gleichen Tage der Bevölkerung zuzuleiten. Er bedarf hierzu jedoch der vollsten Unterstützung aller Behörden, um diese Aufgabe im Interesse der großen Masse der Bevölkerung reibungslos lösen zu können. Auch darf bei Behandlung dieser Frage nicht verkannt werden, daß der Straßenhandel von jeher preisregulierend gewirkt hat und sollte auch dieses Moment, mehr als es bisher der Fall war, von den zuständigen Stellen gewürdigt werden. Im Interesse der Bevölkerung vom gesundheitlichen, wirtschaftlichen wie preisregulierenden Standpunkte das Frischobst so oft und so dicht wie möglich an die Bevölkerung bringen, heißt es darum: größtmögliche Bewegungsfreiheit für den Straßenhandel.

Reichsverband ambulanten Gewerbetreibender.

Vereme und Versammlungen

Magdeburger Untermieterverein.

In der letzten Vereinsversammlung wurden einige unerhörte Mißstände zur Sprache gebracht. Es wurde gefordert, daß Wohnungen über 200 Mark Mietwert aus der Zwangswirtschaft herausgenommen werden müßten, unter Vorbehaltung des Reichsmietergesetzes. In vielen dieser Wohnungen wohnen einzelne Personen, die nur durch Verändern der Untermieter und Unterzählungen die Wohnungen halten können. Diese einzelnen Personen gehören in kleinere Wohnungen, und Familien könnten diese größeren Wohnungen beziehen. Sofort zur Vermeidung des Verschaltens einiger Hauseigentümer, die für ihre größeren Läden und Geschäfte Mietern fordern, dadurch manchem Kaufmann und die Existenz unmöglich machen und dem kaufenden Publikum indirekt den Lebensunterhalt verteuern.

Stenographische Vereinigung von 1897.

Die Stenographische Vereinigung von 1897, „Deutsche Reichsstenographische Vereinigung“, hielt ihre Vierteljahrversammlung ab. Der Vorsitzende Willi Reß gab einen Bericht über die Zeit seit der Generalversammlung und bemerkte, daß trotz des Eintritts der besten Jahreszeit die Vereinsarbeit eine äußerst rege ist. Von 15 Teilnehmern beim Bezirks-Reichsreiben konnten 13 mit Preisen bedacht werden, und zwar neun mit 1., zwei mit 2. und zwei mit 3. Preisen. Die Vereinsarbeit für das erste Halbjahr 1929 erlangt mit 119 Punkten Schriftfreund und Albert Hogenhagen. Mit Erfolg bestanden die Kandidatenprüfung bei 150 Silben von vier Teilnehmern drei.

Zur Erreichung besserer Leistungen werden sich die Schnellreiber von 150 Silben aufwärts künftig Montags zum Leben im Vereinsheim einfinden. Zur besonders erfolgreiche Werbetätigkeit konnten wiederum einige Mitglieder ausgezeichnet werden. Auf die Kommodigkeit regner Beteiligung an Bezirks- und Anstellungsarbeiten wurde nachdrücklich hingewiesen. Preiswürdige Bundesarbeiten erzielten die Schriftfreunde Herrmann und Jeh.

Die Bezirksmeisterschaft im Staffelschreiben 120-200 Silben wird unter den Vereinen Burg und Suedenburg von 1897 demnachst ausgetragen, damit dem Sieger die Möglichkeit gegeben wird, um die Verbandmeisterschaft anlässlich des vom 3. bis 5. August 1929 in Magdeburg stattfindenden 50. Verbandstages zu kämpfen. Der Kassenbestand der Vereinigung ist ein sehr guter. Der zurzeit laufende Anfängerlehrgang erfreut sich einer regen Beteiligung.

Frauenbund für alkoholfreie Kultur.

In der Generalversammlung des Frauenbundes für alkoholfreie Kultur sprach nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen und der Wahlen Frau Dr. Siegmund, M. d. R., aus Dresden. Sie schilderte den Ausbau der Dresdener alkoholfreien Gaststätten zu komfortablen, hygienischen Aufenthaltsräumen, um dann auf die wissenschaftlichen Forschungen überzugehen, die auf den internationalen Kongressen in Lausanne, Antwerpen und Amerika veröffentlicht wurden, und die als Kampfmittel gegen den Alkoholismus wertvoll sind. Wenn es feststeht, daß bei stillenden Müttern, die Alkohol genießen, sich die weißen Blutkörperchen langamer bilden, als bei abstinenteren Müttern, so können diese Körperchen die eingedrungenen Krankheitsstoffe schwerer bekämpfen. Wenn mit Alkohol gefütterte Kaninchen sich sehr viel schwächer fortpflanzen als andre, und wenn diese geringere Nachkommenschaft fast sämtlich an Drüsenentartung leidet, so läßt das auf den ungünstigen Einfluß des Alkohols auf die so überaus wichtigen Funktionen der Drüsen schließen.

Sport und Spiel

Wasserball

Am Donnerstag den 6. Juni finden in Burg im Rahmen der Sportwoche die Schwimmwettkämpfe statt. Besondere Bedeutung erhält die Veranstaltung durch das erste Spiel um die Kreismeisterschaft der Wasserballspieler Burg A gegen Magdeburg Altstadt A. Beide Mannschaften lieferten sich schon des öftern heisse Kämpfe. In der verfloffenen Saison hatte die Abteilung Altstadt gegenüber Burg ein kleines Plus. Doch die Bürger haben im Winter nichts unversucht gelassen, ihre Mannschaft durch zahlreiche Uebungsspiele wieder auf die alte Höhe zu bringen. Darum darf man diesem als völlig offen zu bezeichnenden Spielausgang das größte Interesse entgegenbringen.

Mitteilungen der Sportvereine

Groß-Staffette quer durch Magdeburg. Auf dem Sportplatz Seilerwiese ist ein Damenfahrrad abgegeben worden. Es ist in der Geschäftsstelle des Turnvereins Fichte, Lübecker Straße 68, non der Eigentümerin abzuholen.

Reichs-Arbeiter-Sporttag. Musikprobe ist am Donnerstag 19 Uhr auf Fort 1, nicht am Freitag.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Alte Reustadt. Freitag den 7. Juni von 19.30 bis 20.30 Uhr Platzkonzert Alte Reustadt und Ottenbergstraße.

Achtung, Schachspieler! Mittwoch den 5. Juni, 19.15 Uhr, spielen Neue Reustadt I gegen Otterleben I auf Fort 3; Schiedsrichter Kenede. Am 8. Juni Suedenburg I gegen Neue Reustadt II von 10 bis 11 Uhr. Vorker Reform II gegen Neue Reustadt III von 9 bis 10 Uhr. Schiedsrichter stellt Abteilung Reform.

Jungbanner Südost-Fernverkehr. Mittwoch 19 Uhr Antreten an der Elbe und am Donnerstag in der Schule zum Vereinswettkampf (Schiffkampf). Mehrere Kameraden möchten sich als Kampfrichter zur Verfügung stellen. Erhalten aller Jugendkameraden ist unbedingt Pflicht.

Jugendbewegung

Sozialistischer Arbeiterjugendbund Groß-Magdeburg.

Erweiterte Hauptvorstandssitzung Mittwoch 20 Uhr Regierungstraße 1, II. Turnhalle Sonntag 19 Uhr. Leitung Altstadt.

Altstadt. Dienstag Horde Bebel im Heim. — Donnerstag Vortrag: „Partei und S. P. D.“ im Heim Kleine Schulstraße 21.

Bildungsabteilung. Heim Sebanstraße Donnerstag 20 Uhr. — Wien in Sicht! Zum internationalen Jugendtag.

Sudau. Donnerstag 20 Uhr Frankeheim Mitgliederversammlung. Fahrtenbericht Ernst Goleja. — Freitag 18 Uhr Sportverein Frankeheim. — Note Falken Dienstag Tanzabend. Turnschuhe mitbringen. — Note Pionier Mittwoch Versammlung.

Schloß. Donnerstag juristisch D. Heberlein über „Jugend und Partei“. Alles erscheinen. — Horde Ebert Mittwoch 20 Uhr Treffen vor der Schule zum Spaziergang.

Alte Reustadt. Donnerstag Jugendtagsergebnisse. — Freitag Spaziergang mit Sporten und Rudern 20 Uhr Handelskai. — Sonntag 7 Uhr auf Fahrt.

Neue Reustadt. Donnerstag 20 Uhr Ballabend (Fr. Eismann). — Freitag 20 Uhr Funktionärstag bei Fräulein Viertel, Morgenstraße 30, 2. Etage. — Suedenburg. Dienstag Note-Falken-Horde Evening und Ludwiga Frank 20 Uhr Jugendtag. — Donnerstag 20 Uhr Vortrag „Zweck und Ziel der S. A. P.“ Jugendtag.

Freie Gewerkschafts-Jugend.

Goldarbeiter-Jugend. Donnerstag 20 Uhr im Frankeheim, Zimmer 13, Unterhaltungsabend.

Deutsche Reichsbund-Jugend. Mittwoch Gesellschaftsabend im Rebellheim, Zimmer 11. Freitag Sporten auf dem Jahnpark. Sonntag Fahrt durch die Heide auf Fahrern. Treffpunkt Sonnabend 19 Uhr auf dem Leipzigerplatz.

Wie wird das Wetter am Mittwoch?



Bei frischen Winden kühl mit Niedererschlägen in Schauern.

Das Tiefdruckzentrum über Skandinavien hat sich erheblich verstärkt. Es liegt heute über dem nördlichen Schweden und treibt langsam ostwärts weiter. In seinem Bereich fällt der Luftdruck noch weiter. Auf der Rückseite des Tiefs bringen über Nordmeer und Nordsee mit Nordwinden kalte Luftmassen weiter nach Süden vor. An der Nordseeküste sind dabei die Temperaturen schon bis 8 und 10 Grad gesunken. Auch in Mitteldeutschland macht sich das Eindringen kalter Luft bemerkbar. Das Wetter ist dabei sehr unbeständig, vielfach treten Regenschauer auf. Bei der Weiterverlagerung des skandinavischen Tiefs nach Osten wird unser Bezirk noch von den nächsten Staffeln kalter Luft erreicht werden und daher sehr kühl erhalten. Die höchsten Temperaturen werden am Mittwoch wohl nur vereinzelt 15 Grad erreichen. Die starke Veränderlichkeit des Wetters bleibt auch weiter bestehen und vielfach werden Schauerniedererschläge auftreten. Ueber Grönland und Island ist jedoch bereits wieder Luftdruckfall eingetreten. Der Luftabfluß von dort her wird infolgedessen halb aufhören, so daß die jetzige Kälteperiode nicht von langer Dauer sein wird.

Aussichten: Bei frischen westlichen bis nordwestlichen Winden sehr kühl, veränderliches Wetter mit Niedererschlägen in Schauern.

Wasserstände

	Elbe	Wuch	Saale	Unstrut	Elbe	Wuch	Saale
Rimbürg	3.6 + 0,06			Großhils	3.6 + 0,84		0,03
Brandis	0,09			Ertha Utp	0,68		
Melmit	+ 0,40			Bernburg	+ 0,87	0,07	
Leimertitz	+ 0,61			Elbe Oberpegel	+ 1,48		
Auffig	+ 0,68			Elbe Unterpegel	+ 0,94		0,04
Dresden	+ 1,38			Gröbne	+ 1,04		0,04
Zornau	3.6 + 0,64	0,02					
Wittenberg	+ 0,98	0,09		Brandenburg	3.6 + 2,00		
Hoflau	+ 0,98		0,03	Oberpegel			
Hoflau				Brandenburg			
Alten				Unterpegel	+ 0,68		
Barby	+ 1,05		0,03	Mathenow			
Magdeburg	+ 0,86		0,03	Oberpegel	+ 1,36		
Zangermünde	+ 1,68		0,09	Mathenow			
Wittenberge	+ 1,48		0,05	Unterpegel	+ 0,24		
Wenz				Savelberg	+ 1,70		
Dömitz	+ 1,03		0,06				
Dalchau							
Wolzenburg							
Sohnstorf	+ 1,08		0,06	Samat	3.6 + 0,16		0,14
				Wobran	0,85		0,05
				Kaun	0,87		0,13
Düben	3.6 + 0,10	0,08					

Bereinstander

Graphischer Gelangverein. Mittwoch den 5. Juni, pünktlich 8 Uhr, Uebungsabend. Erhalten aller Aktiven dringend nötig. Bericht von der Vorstandskonferenz in Halle.

Nachrichten aus der Provinz

Sorgen und hoffen

Etwas fürchten und hoffen und sorgen muß der Mensch für den kommenden Morgen, daß er die Schwere des Daseins ertrage und das ermüdende Gleichmaß der Tage.

Schiller.

Das Todesrad

Der Reichtum vieler Motorradfahrer, mit ihren Maschinen wie unsinnig auf den Chaussees dahinzurufen, hat schon viele Opfer gefordert. Die Zahl der Unfälle, vor allen der tödlichen, steigt von Monat zu Monat.

Wie wir bereits kurz meldeten, sind im Kreise Jerichow 2 am Sonntag wiederum zwei Menschen bei einem Motorradunfall ums Leben gekommen. Auf der Chaussee Gladau-Lucheln, an der Brücke bei Dreßel, stürzten der Maurer Pieper und der Landwirt Wegener, beide aus Lucheln, vom Motorrad, nachdem sie beim Einbiegen in eine Kurve erst gegen einen Stein und dann gegen einen Baum gefahren waren. Der auf dem Sozius befindliche Wegener war sofort tot, Pieper starb wenige Minuten später. Mit demselben Motorrad ist auch der Tierarzt Dr. Büniger aus Lucheln vor kurzem tödlich verunglückt. Pieper hatte erst vor einigen Tagen das Todesrad gekauft. Bei der hohen Geschwindigkeit, mit der Pieper fuhr, geriet das Rad auf der durch Regen schlüpfrigen Straße ins Schleudern. Wenige Zeit später fuhr nicht weit von der Unfallstelle ein anderes Motorrad gegen einen Baum. Ein auf dem Sozius sitzendes Fräulein Wolf aus Lucheln wurde dabei gegen den Baum geschleudert und erlitt einen doppelten Schädelbruch und einen Bruch des Oberarms. Sie liegt in bedenklichem Zustande im Johanniter-Krankenhaus zu Genthin. Der Fahrer Rehfeld aus Lucheln stürzte erst später mit dem Motorrad, kam jedoch mit leichten Verletzungen davon.

In beiden Fällen befanden sich die betreffenden Personen auf der Heimfahrt von einem Gefangnisfest in Gladau.

In Mendorf im Kreise Calbe ereignete sich in der Nacht zum Sonntag auf der Chaussee gegenüber der neuen Schule ein schwerer Motorradunfall. Der Sohn des Arbeiters Walter Kunze, der erst seit kurzer Zeit ein Motorrad besitzt, kam die Egeln Chaussee heruntergefahren und geriet an die hohe Bordkante, überfuhr diese, und mit furchtbarem Anprall endete dann die Fahrt durch den Chausseegraben hindurch an einer Gariemauer. Der Fahrer sowie sein Schwager, der als Sozius mitfuhr, blieben sehr schwer verletzt liegen. Zufällig in der Nähe weilende Leute veranlaßten die Heberführung in das Städtische Krankenhaus.

Kreis Jerichow 2

Neuzeitliche Wasserwirtschaft.

Wir berichteten am Sonntag über das wasserwirtschaftliche Programm an der Sabel und lassen jetzt die Mitteilungen über die weitere Durchführung des wasserwirtschaftlichen Programms im Kreise Jerichow II, und zwar an der Elbe, folgen:

Im „Zerbener Elbfeld“ ist ein neues Kulturprojekt, dessen Ausführung in einer Versammlung am 1. Juni in Zerbens zur Sprache gekommen ist. Die Gemeinde-Vertreter aus Zerbens, Paretz, Nleburg, Paretzau und der Stadt Burg waren mit den Interessenten anwesend, ebenso Regierungsbaurat Dr. Schirmer (Magdeburg), der das Projekt näher erläuterte.

Die Melioration dieses Gebietes wurde von verschiedenen Seiten empfohlen. Es ist geplant, das „Zerbener Elbfeld“, eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 700 Hektar zwischen Paretz, Zerbens, Nleburg und der Elbe gegen das Eindringen von jäherrheißem und nährstoffarmem Qualmwasser durch Weichschlösser abzuriegeln und durch weitere geeignete Maßnahmen (Auslässe, Binnenvorfluterne, Drainage) von dem Qualmwasser zu befreien. Ein kleines Schöpfwerk, dessen Kosten etwa 5000 Mark betragen werden, soll angelegt werden. Insgesamt würden die Kosten für Schöpfwerk und Vorflutnetz auf 105 000 Mark zu veranschlagen sein. Die Drainage würde noch schätzungsweise 225 000 Mark kosten. Als Beihilfe des Staates und der Provinz sind 40 Prozent auf die 105 000 Mark zu erwarten, so daß noch 63 000 Mark an Kapital von den Interessenten aufzubringen wären. Das Geld würde die Deutsche Bodenkultur A.-G. zum Zinsfuß von 4 1/2 Prozent geben. Es ergibt sich mithin eine Belastung von etwa 3 Mark pro Morgen auf die Dauer von 15 Jahren; späterhin würden nur noch die Kosten für Unterhaltung und Betrieb übrigbleiben.

So kurzfristigen Ansichten über die Wasserwirtschaft wie bei den Agrariern im Havelwinkel begegnet man an der Elbe nicht. Die Rechner zeigten sich fortjährlüch. Der Landrat des Kreises Jerichow II besprach, für Zerbens Meliorationsbeiträge zu beschaffen. In einer Probeabstimmung konnten nur vier Gegner des Projekts festgelegt werden. Es ist also mit der Gründung einer Wassergenossenschaft und späterhin mit Arbeitsmöglichkeiten zu rechnen.

Willow

Einen plötzlichen Tod erlitt am Sonnabend vormittag gegen 11 Uhr der Fischermeister Karl Volke. Er war auf den Hausboden gegangen, um Netze herunterzuholen. Als er nach längerer Zeit nicht wiederkam und seine Angehörigen nach ihm sahen, fanden sie ihn leblos am Boden liegend. Er war einem Gehirnschlag erlegen.

Roßdorf

Die zweite Motorprobe der Genthiner Feuerwehr ist von der Gemeinde käuflich erworben worden. Der Kaufpreis beträgt 4000 Mark.

Kreis Jerichow 1

Die Jugend im Reichsbanner.

Die nach Woltersdorf einberufene Jugendversammlung war von Kameraden aus Burg, Wiederitz, Woltersdorf und Glibbs besucht. Bezirksjugendleiter Künzler (Glibbs) erstattete den Bericht über die Mitgliederbewegung im Bezirk Wiederitz. Besonders war zu beachten, mit welchen Schwierigkeiten die Jugend des Reichsbanners auf dem Lande zu kämpfen hat. Kreisjugendleiter Kamerad Lange berichtete dann über die Vorarbeiten zum republikanischen Jugendtreffen in Burg. An dem sich anschließenden Debatte beteiligten sich die Kameraden Golze (Wiederitz) und Künzler. In kurzen Ansätzen wurde die Bundesfeier besprochen. Mit der Mahnung, für das Treffen in Burg und für den Ausbau der Reichsbannerjugendbewegung rege zu werben, wurde die Versammlung geschlossen.

Warchau

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung fand am Sonntag statt. Sie hätte besser besucht sein müssen. Für den Genossen Lehe, der schon in der vorigen Versammlung den Parteivorstand niedergelegt hatte, wurde Genosse Wilhelm Hoff, richter als Vorsitzender einstimmig gewählt. Einen Bericht von der Gemeindevertreter-Sitzung gab Genosse Röber. Gemeindevorsteher Genosse Hermann Schmidt gab auf Anfragen wegen

Freitod des Landrats von Wanzleben

Wanzleben, 4. Juni. In der Nacht von Montag auf Dienstag hat sich der Landrat des Kreises Wanzleben, Wilhelm Kelling, in seinem Dienstzimmer erschossen.

Dazu wird uns geschrieben:

Seit langem ist den führenden Parteigenossen der leidende Zustand des Genossen Kelling aufgefallen. Wiederholt ist ihm deshalb in freundschaftlicher Weise nahegelegt worden, einmal für längere Zeit die Dienstgeschäfte abzugeben. Diese Bestrebungen wurden von den leitenden Herren im Landratsamt nachdrücklich unterstützt. Mit entsetzten Mienen traten uns diese Herren denn auch entgegen, als wir ihnen die Frage unterbreiteten: „Was ist geschehen? Wie konnte der Mann, dessen menschlicher Charakter besonders hier im Landratsamt so hoch geschätzt wurde, zu einer solchen Tat kommen?“

Vor kurzem erst machten die Genossen Ferl und Koch, die dem Kreis Wanzleben sich eng verbunden fühlen, den preußischen Innenminister auf den besorgniserregenden Gesundheitszustand des Landrats von Wanzleben aufmerksam. Gemeinsam mit den führenden Genossen der sozialdemokratischen Kreisratsfraktion wurde mit dem Kreisdeputierten, Genossen Dankert, die Möglichkeit eines längeren Urlaubs für Kelling besprochen. Für Montag den

des Anbaues am Gemeindehaus noch die nötigen Aufklärungen. Von den Genossen, die in Magdeburg zum Parteitag waren, wurden interessante Berichte gegeben.

Kreis Wolmirstedt

Frauengruppe für Arbeiterwohlfahrt. Die Mitgliederversammlung war äußerst stark besucht. Ein Teil der Parteigenossen war ebenfalls erschienen. Es wurde beschlossen, einen Blinden zu unterstützen. Dann wies die Vorsitzende auf das Parteifest am 16. Juni hin und empfahl starke Beteiligung. Die Besprechung der Omnibusfahrt wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung zurückgestellt.

Ebenroth

Parteiverein. Die Versammlung beschloß, eine Einladung nach Schirmerleben (16. Juni) ablehnend zu beantworten. Wir feiern im Orte selbst ein Fest. Einer Einladung nach Drurberge soll gefolgt werden. Eine Parteifahrt wurde gekauft; Fahnenträger sind die Genossen Meier, Hillmer und Krankold. Wann wird die Fahne geweiht werden können? — Genosse Hermann Krull ist nun doch endgültig als Amisvorsteher bestätigt worden. Wir alle wünschen ihm das Beste und schenken ihm volles Vertrauen, wenn auch die bürgerlichen Spießer allerhand Versäuerungen gegen ihn eingeleitet hatten. Sie haben sich dadurch nur lächerlich gemacht. Ob sie sich bei einem ihrer Freunde auch besüßert hätten, daß er am Ende des Dorfes wohne? —

Angern

Reichsbanner. Die Versammlung beschloß, zum Parteifest nach Weizenarhe am 23. Juni möglichst vollzählig zu fahren. Danach wurde noch ein Rundschreiben verlesen.

Respektlosigkeiten zum Parteitag

finden Sie in der satirischen Schrift

Das rote Hochwasser

getreu dem Motto: „Wer sich nicht selbst zum besten haben kann, ist gewiß nicht von den Besten.“

Bestellen Sie sofort bei Ihrer Zeitungsträgerin, bevor die geringen Vorräte zu Ende gehen.

Buchhandlung Volksstimme

Hohenwarsleben

Landarbeiterversammlung. Der Besuch war auch diesmal sehr gut. Vor allen Dingen wurde Stellung genommen zu der letzten Sitzung der Betriebsobmänner mit den Arbeitgebern. Kollege Leue schilderte die Ergebnisse jener Sitzung. Es war sehr interessant zu hören, wie uneinig die Besitzer unter sich sind. Auch Betriebsobmann Kollege Drewes schilderte die Verhandlungen. Eine Einigung wurde nicht erzielt; die zweite Sitzung folgt. Nachdem sich verschiedene Kollegen an der Aussprache beteiligt hatten, wurde folgende Entscheidung mit starkem Beifall angenommen: „Der Neunhunderttag wird beibehalten. Die Wegefrage wird in die Arbeitszeit mit eingerechnet, das heißt die Arbeitszeit endet abends 6 Uhr auf dem Hofe!“ Zum Schluß erinnerte Kollege Kubbe daran, daß sich jede Kollegin und jeder Kollege reiflos organisieren müsse, dann ist jede Arbeit leichter. Die statische Zahl von mehr als 120 Mitgliedern muß wieder erreicht werden.

Schnarsleben

Landarbeiterfest. Der Himmel zeigte kein freundliches Gesicht zu unserm Fest, aber Landarbeiter sind ja Wind und Wetter gewöhnt. Viele waren aus der Umgebung gekommen, um an den wirklich guten Veranstaltungen teilzunehmen. Am Sonnabend war Fadelzug und Kommerz bei Hilliger unter Mitwirkung der Reichsbannerkapelle Schnarsleben und des Musikvereins Niedernbodeleben. Der Sonntag begann mit Frühkonzert. Am Nachmittag bewegte sich ein sehr eindrucksvoller Demonstrationzug durch den Ort. Diesem folgten Langberggärten bei Hilliger und Schulze. Verlosung und Preissschießen erhöhten die Festfreude. Kreisleiter Dohertau und Genosse M. Hollburg hielten Ansprachen, die dankbar aufgenommen wurden. Jeder Landarbeiter und auch jede Frau mußten sich dem Landarbeiterverband anschließen, damit wir uns bei der nächsten Lohnbewegung nicht wieder nach langen Verhandlungen mit einem ganzen Pfennig pro Stunde abspießen zu lassen brauchen. Spät erst — oder richtiger früh — endete das harmonische Beisammensein.

Kreis Neubaldensleben

Ein Volksbad im wahren Sinne des Wortes ist der oberhalb der städtischen Badeanstalt gelegene freie Badeplatz. Jung und alt beiderlei Geschlechts tummeln sich hier ungezwungen in der warmen Sonne. Der Platz, der hier freigegeben worden ist, wird manchmal zu klein, so daß der Badestrand immer länger wird. Hoffentlich werden in diesem Jahre die Achse zwischen der städtischen Badeanstalt und dem freien Platz nicht wieder verpachtet, damit die Badenden nicht immer in der Gefahr schweben, angezogen zu werden.

Parteiverein. In der letzten Sitzung der Funktionäre wurde u. a. auch die Bannerweihung in Süplingen am 9. Juni vor-

3. Juni war Kelling zu einer Aussprache nach Magdeburg gebeten worden, um die Einzelheiten des Urlaubs festzulegen.

Kelling hatte denn auch am Montag morgen seine Familie in dem Glauben gelassen, daß er zur Aussprache mit den führenden Parteigenossen nach Magdeburg fahren würde. Zu dieser Sitzung erschien Genosse Kelling nicht. Wo er umhergeirrt ist und wann er im Laufe der Nacht sein Dienstzimmer betreten hat, vermag niemand zu sagen. Durch Unruhe des Hundes gegen 1/2 Uhr früh aufmerksam gemacht, stellte Frau Kelling fest, daß ihr Mann erschossen am Schreibtisch saß.

Die zu Dienstag einberufene Kreisversammlung wurde unter dem Eindruck des Geschehens vertagt. Vor der Vertagung widmete der Kreisdeputierte, Genosse Dankert, dem Verstorbenen tief empfundene Worte des Gedenkens. Darauf nahmen das Wort die Kreisratsmitglieder Hildebrandt für die Rechte, Genosse Ferl für die Sozialdemokraten und Bürgermeister Sonntag für die bürgerliche Mitte. Alle drei schlossen sich den Ausführungen des Deputierten an, indem sie ihre besondere Hochachtung für den so früh aus dem Leben Geschiedenen zum Ausdruck brachten.

Was Wilhelm Kelling veranlaßt hat, die Partei und seine Familie vor eine so schwere Tatsache zu stellen, wird wohl nie rechtlos geklärt werden können.

Es wurde beschlossen, dieses Parteifest stark zu besuchen. Als Treffpunkt wurde der Kleinbahnhof bestimmt. Anreisen 12.30 Uhr. Nichtfährgänger können um 14.30 mit der Bahn fahren.

Motorradunfall. Der Schwerverletzte Schuchardt wurde am Sonnabend von einem Motorradfahrer angefahren. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Der Motorradfahrer, der von der Eugenstraße kam, hatte die Verkehrsregeln nicht rechts umfahren, sondern geradeaus Kurs genommen. Sch. war richtig gefahren.

Bregenstein

Reichsbanner. Die Versammlung am Sonnabend war sehr stark besucht. Viele Sportfreunde waren erschienen. Der Kreisleiter, Kamerad Trump, wies in seinem interessanten Vortrag auf die kommenden Kommunalwahlen hin. Ueberall in den Dörfern, wo die Reaktion noch vorherrscht, muß besonders fleißig gearbeitet werden. Der Bezirksleiter, Kamerad Müller, sprach über Reichsbanner, Gewerkschaft und Partei. Jeder ist nur dann ein richtiger Reichsbannermann, wenn er gewerkschaftlich und parteipolitisch organisiert ist. Der Bezirksjugendleiter behandelte noch Jugendfragen. Kamerad Körtge gab dann die Einladung zum Parteifest in Immendorf am 15. und 16. Juni bekannt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Kreis Calbe

Alten

Vom Arbeitsamt. In der letzten Woche wurden Unterstützungen ausgezahlt an 178 männliche und 5 weibliche Personen. Auch das Wohlfahrtsamt gibt immer noch Beihilfe an Bedürftige.

Wann wird die Klein-Ferbster Straße gepflastert? Schon vor einigen Monaten tauchte die Frage auf. Auch Sufüge und Klein-Ferbst erwarten eine baldige Renovierung. Es wäre hierbei möglich, unsern Erwerbslosen Arbeit zu geben.

Ein reger Betrieb herrscht seit einigen Tagen in der Badeanstalt des Arbeiter-Turnvereins Frischhauf. Ende voriger Woche ging das Anpaddeln der Wassersportler vor sich, an dem sich elf Boote beteiligten. In Stürmische bewegten sich die Fahrzeuge von der Fähr bis zur Badeanstalt. Nach dem Paddeln begann das Anschwimmen. Trotz der kühlen Witterung beteiligten sich zahlreiche Schwimmer. Bekanntgegeben wird, daß in der Badeanstalt Schwimmunterricht erteilt wird. Es wird besonders die Arbeiterjugend aufgefordert, ihre Kinder daran teilnehmen zu lassen.

Freidenker. In der letzten Zusammenkunft wartete der Genosse Stiller (Magdeburg) mit einem äußerst interessanten Lichtbildvortrag über die Weltarbeit ein und jetzt auf. Besonderen wurden die Erd- und Feuerherstellungen an Hand von Lichtbildern gezeigt. Von der Ortsgruppe kann mitgeteilt werden, daß sie weiter im Aufstieg begriffen ist.

Barby

Planmäßige Fahrradbiebstähle. Vor einigen Tagen wurde dem besagten Zeitungsträger M. aus Weipen ein Herrenfahrrad gestohlen. M. hatte sich kurze Zeit in der Gastwirtschaft Schmidt aufgehalten und sein Fahrrad ungehört vor der Gastwirtschaft stehen lassen. Das ist in ganz kurzer Zeit der zweite Fahrradbiebstahl. Es scheint ein planmäßig arbeitender Fahrradbiebstahl am Werke zu sein.

Messerstecherei. Zu einer Schlägerei kam es am Sonntag im benachbarten Bömmelte. In dem Kampfe spielte auch das Messer wieder eine Rolle. Der Arbeiter W. aus Barby, der an der Messerstecherei beteiligt war, mußte mit erheblichen Stichwunden in das Krankenhaus geschafft werden.

Staßfurt

Kleingartenbewegung. In einer Versammlung der Kleingartenvereinigung im Montetheater in Staßfurt sprach nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Genossen Wode, der Bezirksleiter des Verbandes der Kleingärtner, Obst (Magdeburg), über „Heimstättengebiete und Dauerkolonien“. Aus seinen Ausführungen klang das Erwachen der Kleingärtner, daß es sich Staat und Kommunen volksgesundheitlicher und wirtschaftlicher Vorteile wegen angelegen sein lassen werden, langfristige Gartenland, sogenanntes Dauerland, abzugeben. Das ist ein Wunsch, den auch die Sportler hegen. Mein im Regierungsbezirk Magdeburg sind mehr als 20 000 Kleingärten vorhanden, die ein Volkvermögen von 6 Millionen Mark darstellen, bei einer durchschnittlichen Einschätzung von 300 Mark je Garten.

Schönebeck

Freitod. Am Montag gegen 8.45 Uhr erschloß sich der Bäckereimeister Friedrich B. Moonstraße, mit einem Gewehr; er war sofort tot. Die Gründe zum Selbstmord sind noch unbekannt.

Aus der Altmark

Salzwedel

Ein Schurkenstreich wurde in der Nacht zum Sonntag an einem vor dem Café Daheim stehenden Auto I P 42 408 verübt. Der oder die Täter lösten an einem der Hinterräder die Schrauben, so daß das Rad abfiel, nachdem der Wagen kurze Zeit gefahren war. Glücklicherweise verließ der Anfall ohne Schaden für die Beteiligten. Die Polizei bittet um Mitteilungen.

Vor einem Auto schaute das Pferd eines Milchwagens und ging mit dem Wagen durch. Das Pferd konnte bald wieder ergriffen werden, scheint sich aber innerlich verletzt zu haben, denn es starb kurz darauf.

Großschüden

Mit dem Toischläger bedroht. Auf eine etwas merkwürdige Art versuchte der Reisende M. aus Magdeburg für ein Kräfte-

Soziale Großtat von Althaldensleben

Einweihung einer Badeanstalt - Ein Werk sozialdemokratischer Kommunalpolitik

Althaldensleben mit seinen bald 5000 Einwohnern ist ein fleißiges Fabrik- und Arbeiterdorf. Große Steingut- und Porzellanfabriken geben in guten Geschäftszeiten der Mehrzahl der Bevölkerung als Dreher, Maler oder Brenner Lohn und Brot. Heute liegt mancher Betrieb öde und verlassen. Die Beschäftigung ist abgemindert in andre Berufe oder muß feiern. — Nicht an der Peripherie des Ortes aber trafen tagsüber die Waggen Erdbreich für den Mittellandkanalbau, werden hohe Brüden gespannt auf hölzernen Betonpfeilern, fauchen kleine flinke Lokomotiven mit langen Kipplorenzügen durch die seit Jahresfrist vollkommen veränderte Landschaft.

Mit dem Vordrängen von Industrie und Handel und Wandel ging aber nicht immer mit der Fortschritt auf hohem Niveau. Auch hier mußte man sich jedoch in der Ueberwindung der Uebelstände Mühe geben. Die täglich vor dem heißen Brennofen stehenden Männer, die im staubigen Fabriklokal wirkenden Arbeiterinnen, die das Kanalbett grabenden Menschen sollten auch einmal Gelegenheit haben, ihren Körper im reinigenden Wasser kräftigen zu können. So wurde erstmalig im Frühjahr 1928 in der Gemeindeverwaltung über den sozialdemokratischen Antrag debattiert, eine Badeanstalt zu errichten.

Der Plan fand erst nicht die Gegenliebe der Bürgerlichen. Man hatte Bedenken, an die sich jedoch unsere Genossen nicht ließen. Vortragsgetrieben durch den auf kommunalpolitischen Gebiet hervorragenden Amts- und Gemeindevorsteher, unsern Genossen Scheiba, nahm der Antrag nach einem von Geheimrat Dr. Berger (Berlin) aufgestellten Gutachten bald festere Formen an. Es wurde gebaut! Und mancher Wiesmacker und „kommunalpolitische Straizege“ wird seine Glossen gemacht haben über die „Buddelrei und Steuererschwendung“ am Dagenweg!

Das Werk wuchs. Um einen Meter mußte das gesamte Gelände erhöht werden. Zahlreiche Arbeitslose fanden Beschäftigung bei den Planierungsarbeiten. Eisenbeton wurde in die Erde geschüttet, wo die Baufirma entstehen sollten, Röhren wurden Hunderte von Metern in das Erdbreich gelegt, um Wasser heranzuführen. So sah man der Arbeit der Arbeiter und der feste Wille der Gemeindeverwaltung das Werk, das am Sonntag der gesamten Bevölkerung zur Benutzung übergeben wurde.

Eine soziale Großtat

einer wirtschaftlich schwer kämpfenden Gemeinde, geschaffen durch den guten Willen von Sozialdemokraten, mit den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge!

Obwohl es der Wettergott zur Stunde der Einweihung in Windstößen regnen ließ, war doch ein großer Teil der Bevölkerung, waren Kinder und Erwachsene erschienen. In herzlichen Worten ließ der Amts- und Gemeindevorsteher, Genosse Scheiba, die geladenen Gäste, die Behördenvertreter und die Vertreter des Wasserports willkommen. Dem wackeren Manne merkte man den Stolz an, mit dem er auf das nun fertig liegende

Werk hinwies. Seine schlichten Worte klangen aus in einem Dank an Bauleitung und Arbeiterkraft und einem Hoch auf den die Volksgesundheit fördernden Wasserport.

Der rührige Landrat des Kreises, Genosse Dr. Lucas, nahm dann das Wort zu seiner Einweihungsrede. In launiger Weise betonte er die Notwendigkeit der Stärkung des Körpers, der tagsüber schwer schaffen muß, und wies dabei darauf hin, daß nicht nur die Jugend, sondern auch alle Frauen und Männer von der ihnen gebotenen Vergünstigung regen Gebrauch machen sollten. Ein Hoch auf die schaffensfreudige Gemeinde Althaldensleben war der Abschluß seiner Rede.

Von Magdeburg waren Arbeiter schwimmer in großer Zahl erschienen, deren Führer in werbenden Worten den Schwimmsport pries. Die Arbeiterkraft hat kein Interesse daran, „Sportkanonen“ zu züchten, sondern sie will den Sport zur Erleichterung des Menschen. Mit einem freudig aufgenommenen Drei-Mahl! erklärte er

die Schwimmkämpfe

für eröffnet. Trotz des strömenden Regens umstanden dicke Menschenmassen das Bassin, um den interessanten Darbietungen zu folgen. Zusammengestellte Mannschaften der „Freien Schwimmer Groß-Magdeburg“ führten Staffelschwimmen, Rettungsschwimmen und Sprungübungen vor. Schade nur, daß alles unter dem mißlichen Wetter und der Kälte des Wassers litt!

Die neue Badeanstalt besteht aus zwei Becken von Eisenbeton. Das Schwimmbecken hat eine Länge von 50 und eine Breite von 15 Meter. Die tiefste Stelle unter dem aus Eisenbeton in ganz modernem Stil aufgeführten 5 Meter hohen Sprungturm beträgt 3,80 Meter und verflacht sich dann bis zu 90 Zentimeter Tiefe. Es können also in diesem Becken schwimmsportliche Veranstaltungen größter Art getroffen werden. Davor befindet sich das Planschwimmbecken für die Kinder, 6 Meter lang und 14 Meter breit. Selbst die Kleinsten können gefahrlos darin baden. Geheizt werden die Becken durch eine Rohrleitung aus dem 500 Meter entfernten Nieselgraben. Ein Filter sorgt für die notwendige Sauberkeit des Wassers. Zwei Brausen stehen zur Reinigung des Körpers zur Verfügung, ehe die Becken betreten werden dürfen. Außer größeren Auskleideräumen sind noch 20 Einzelkabinen vorhanden. Um die Becken herum aber zieht sich ein sauberer Sandstreifen, der die Einnahme eines Luft- und Sonnenbades ermöglicht. Die auswärtigen Gäste erklärten ihre uneingeschränkte Anerkennung. Es wird in der weiten Umgebung keine Stadt, außer Burg Melle, geben, die sich dem Dorf Althaldensleben mit dem Geschaffenen an die Seite stellen kann.

Der Althaldenslebener Bevölkerung zu dem geschaffenen Werk unsern Glückwunsch! Mag daraus ersehen werden, daß dort, wo Sozialdemokraten in verantwortlichen Positionen sitzen, auch Werte geschaffen werden für die arbeitende Klasse. Möge auch die Arbeiterpartei hierdurch einen neuen Aufschwung nehmen! Sie soll doch der Vortritt sein in der Sozialdemokratie zum Kampfe für eine bessere Zukunft. W. A.

Duch zu werden. Er hatte ein solches einer Frau im vergangenen Jahre ohne Bezahlung zurückgelassen, obwohl diese den Kauf abgelehnt hatte. Sie hatte erfahren, daß N. die Bücher auf andern Stellen für die Hälfte des ihr abverlangten Preises verkauft hatte. Als der Reisende nun dieser Tage Zahlung haben wollte, weigerte sie sich selbstverständlich. N. verließ das Haus und wollte sich auf dem Hof ein Stroh als Ersatz nehmen, wurde aber hieran von der Frau gehindert. Wutentbrannt zog N. einen Totschuß, doch sprangen ein paar Leute, die den Vorfall mit angesehen hatten, hinzu und verhinderten Schlimmes. Gegen N. ist nun Anzeige erhoben worden. —

Bergen

Ein Einbruch wurde ins Pfarrhaus unternommen. Wie die Täter in das Haus gelangt sind, ist noch nicht festgestellt. Sie erbeuteten mehrere Kleidungsstücke, Zigarren und Lebensmittel. Ingehenden erbrachen sie den Schreibtisch; hier fanden sie etwa 200 Mark. —

Kaiserbed

Das Feuer auf dem Grundstück des Grundbesizers Kraul soll durch Fahrlässigkeit entstanden sein. Um die Ursache festzustellen, wollte hier eine Gerichtskommission unter Führung des Amtsgerichtsrats Köppler aus Kalbe an der Milde. Jetzt erst läßt sich der Schaden näher übersehen. Dem Grundbesitzer und dem mit im Hause wohnenden Dachbeder M. sind die Möbel verbrannt. Es gelang den Bewohnern nur, das nackte Leben zu retten. Auch hier ist der Vorstoß zum Lebensretter geworden. Er wedte die Nachbarn auf, die dann die in höchster Gefahr Schwebenden aus dem Schlafe rissen. Der Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt. —

Stadtfreis Stendal

Friedrich Ebert ein Denkmal!

Nach hier in Stendal soll dem ersten Präsidenten der Republik, dem Sozialdemokraten Friedrich Ebert, durch die Republikaner selbst eine Ehrung werden. Die sozialdemokratische Nationalfraktion verlangt von der Polizeiverwaltung, bei Neu- oder Umbenennung von Straßenamen auch unsere Reichspräsidenten Ebert zu gedenken. Das hat man leider unbeachtet gelassen. Die Polizeiverwaltung konnte sich bei der Republik unsere Spannung zu bekunden. Helft alle mit, daß das Werk gelingt! —

In einer Reichsbannerversammlung beschloß man nun, Ebert ein Denkmal zu setzen. Das Werk kann nur gelingen, wenn jeder Republikaner auch ein Geldbeutel bringt. In den nächsten Tagen werden Sammelstellen herausgegeben. Jeder Reichsbannerkamerad ist verpflichtet, einen Erwerbtag, wie ihn die Mitgliederversammlung festsetzt, zu seinen. Das dann noch fehlende Geld wird wohl durch die freiwillige Spende eintommen. Jede Mark ist ein Baupfeiler für das Denkmal! Es wird den Republikanern Stendals eine Freude sein, das Werk vollenden zu können, schon um den Gegnern der Republik unsere Spannung zu bekunden. Helft alle mit, daß das Werk gelingt! —

Theaterkammer. In der Sammlung für den Theaterumbau wird uns vom Vorstand der Theatergemeinde noch gefordert: In mehreren Fällen ist den Sammlern gegenüber eine ablehnende Haltung mit dem Hinweis begründet worden, daß man in das betreffende Grundstück nicht größere Beiträge verkaufen dürfe. Diese Bedenken sind durchaus zu verstehen. Da aber in Stendal für ein Theater ein anderes geeignetes Grundstück nicht vorhanden ist, so einen Theaterumbau in absehbarer Zeit aus nicht gedacht werden kann, so ist die einzige Möglichkeit, das Theater für Stendal zu erhalten, der gestante und von der Regierung geforderte Umbau des bisherigen Grundstückes. Wenn es nicht zur Ausführung des Umbaus kommt, werden die gebundenen Geldbeträge den Spendern zurückbezahlt bis auf einen bestehenden Restbetrag, der zur Bezahlung der durch die Sammlung verursachten Ausgaben verwendet wird. Die Rückzahlung erfolgt gegen Vorweisung der Quittungen, welche die Sammler den Spendern einreichen. Veranschaulicht findet die nächste Stadtbannerversammlung am Montag den 10. Juni statt. Für die Einziehung der Stadtbanner-Versammlung in der Frage des Theaterumbaus wird das dann vorliegende Ergebnis der Sammlung mitgeteilt sein. —

Wieder-Unfall. Eine in der Sachsenstraße wohnende Frau durchstieß mit ihrem Kinde die Knechtberger Straße. Sie benutzte den Radfahrstreifen. Blököpfer fuhr sie einen Baum an und brach sich einen Arm. —

Mitteldeutsche Chronik

Die „Koten“ haben Schuld

Dafür werden die 111 Sozialdemokraten nicht alles verantwortlich gemacht? Es gibt wohl ja nichts mehr, was ihnen nicht in die Schuhe geschoben wird.

Auch der Angeklagte Sch. aus Althaldensleben gab den „Koten“ die Schuld, daß er sich wegen Urkundenfälschung und Betruges vor dem Erweiterten Schöffengericht in Halberstadt verantworten mußte. Neben ihm lag auf der Anklagebank der Arbeiter G., ebenfalls aus Althaldensleben, dem außer den obengenannten Delikten auch noch Diebstahl zur Last gelegt wird.

Der Angeklagte G., ein unerfahrenes, junges Vürchchen, schilderte unter heißen Tränen sein Schicksal. Er bestand sich in hinterer Not. Ein Unterstützungsantrag war abgelehnt worden. Er versuchte nochmals sein Glück und suchte zu diesem Zweck das Wohlfahrtsamt auf. Hier fand er Gelegenheit, einige Unterstützungsantragsformulare zu fälschen. Nun trat er den Angeklagten Sch., der isofort mußte, was mit den „Dingen“ anzugehen war. Die Formulare wurden angefertigt und mit der Unterschrift von Wohlfahrtsamtsleiter versehen. Dann holte sich jeder vom Wohlfahrtsamt auf Grund der gefälschten Formulare 60 Mark Unterstützung ab.

Unumwunden legte der Angeklagte G. ein Geständnis ab. Sein Ansehen machte auf das Gericht den besten Eindruck. Wie anders dagegen der Angeklagte Sch. Alle machte er für seine Taten verantwortlich, nur nicht sich selbst. Nach seinen Schilderungen hat er ein an Abenteuer reiches Leben hinter sich. U. a. will er in der spanischen Fremdenlegion gewesen und dort in einem Gefecht schwer verwundet worden sein. Auch hieran trägt er nicht etwa selbst Schuld, sondern die deutsche Polizei, die ihn an die Fremdenlegion „verkauft“ habe! Für diese Aussage mußte er sich mit Recht eine derbe Zurechtweisung vom Vorsetzenden gefallen lassen. Der Angeklagte legte aber allem die Krone auf, als er behauptete: „Wenn die Sozialdemokraten 1918 nicht den Friedensvertrag unterschrieben hätten, dann ginge es mir nicht so schlecht, daß ich hier stehen müßte.“

Sier fand der Vorsitzende jedoch keinen Anlaß, einzuschreiten, um eine Partei, der das deutsche Vaterland so vieles verdankt, gegen solche Angriffe zu schützen.

Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je fünf Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung

wurde ausgeführt, daß bei G. eine Notlage vorgelegen habe, während bei Sch. sein Verhalten und seine Vorwürfen darauf hinweisen, daß bei ihm eine verbrecherische Neigung besteht. Deshalb wurde bei ihm auf dieselbe Strafe erkannt wie bei G., trotzdem sich G. auch noch des Diebstahls schuldig gemacht hatte. —

Besteuerung der Neugierde

Eine Steuer für die Dummen gibt es schon, wenigstens hat ein hochhiesiger Mann die Litterie als eine solche bezeichnet. Die Dummheit braucht, so bemerkt er weiter, naturgemäß nicht erst zum Zahlen gezwungen zu werden, sondern leistet ihre Steuer freiwillig, oft sogar begeistert. Die Kabbille eines Finanzautors ist ganz und gar überflüssig. Als eine Neugierde ist aber wohl die Besteuerung der Neugierde anzusehen. Die kirchliche Körperschaften von Klostermannsfeld beschloßen, daß bei Hochzeiten in der Kirche eine „Zukunftsgabe“ von 10 Pf. erhoben werden soll. Die Mittel aus dieser Gebühr sollen einem Glockenfonds zuströmen.

Vielleicht kommt nun noch die politische Gemeinde, die das Einkommen von Steuern — soweit es ihr von den Obersteuerverbehörden von Reich und Staat nach getarnt ist — doch auch gut verwenden soll, und jetzt auf diese Neugierigen-Steuer nach einem Luqasheuer-Zuschlag! Es gibt doch bloß noch wenig, was nicht schon zehnmal besteuert worden ist. Merk-würdigerweise aber zahlen die wirklich Festen heute wie früher am wenigsten, am wenigsten auch an die Kirche. —

Ausgeplündert bis aufs Hemd

In der Nacht zum Montag erschien auf dem Namenstorf der Polizeirevier (Munndorf bei Halle) ein etwa 24-jähriger Mann, der nur mit Oberhemd, Strümpfen und einem Schuh bekleidet war. Nach seinen Aussagen ist er zwischen Mitternacht und Stillen Wasser von zwei Männern überfallen und niedergeworfen worden. Die beiden Banditen haben ihm dann seinen Anzug ausgezogen und sind verwichunden. Der Heberfalle hat im Gesicht mehrere Verletzungen. —

Zerschützung einer Neunjährigen. Auf der Provinzialstraße Derschede - Gisleben an der Straßenkreuzung Burgörner-Gerhards heute ein Landauto mit Kindern, die in Gölmsdorf zum Nabeberzichen gewesen waren, gehalten, um die Kinder von Burgörner aussteigen zu lassen. Beim Weiterfahren löste sich eine Klampe des Wagens und zwei Mädchen fielen herunter. Während das eine mit leichten Verletzungen davonkam, fiel die 9-jährige Schülerin Vogel aus Burgörner - Neudorf so unglücklich zwischen die Räder, daß sie überfahren wurde und kurz Zeit nach ihrer Entlosterung im Seiffelder Krankenhaus verstarb. —

Ein Mädchen wirft sich vor den Zug. Ein aus Magdeburg kommendes junges Mädchen verübte Selbstmord, daß es sich zwischen Bahnhof Galslar und Jankshütte vor den aus Althaldensleben kommenden Abendzug warf. Trotz sofortiger Hilfe durch den im Zuge stehenden Führer der Sanitätskolonne, der dem jungen Mädchen Notverbände anlegte, erlag es bald nach der Entlosterung im Krankenhaus seinen schweren Verletzungen. —

Das Infanteriegeschloß im Tischerholz. Ein Tischlermeister in Bad Frankenhausen ließ beim Bearbeiten von polnischem Kiefernholz für eine Schlafzimmereinrichtung auf einen harten Gegenstand. Beim Näherzutreten entpuppte er sich als deutsches Infanteriegeschloß. Vermutlich ist es bei den Kämpfen in den polnischen Wäldern in den ersten Kriegsjahren in das Holz gelangt, das von der deutsch-polnischen Grenze bezogen wurde. Auch eine Kriegserinnerung. —

Von einer Schwelle getroffen. Bei seiner ersten Schicht, die er im Aeraum der Grube Kontordia in Hoym verfuhr, erlitt der Grubenarbeiter Opik einen schweren Vertriebsunfall. Beim Transport von Schwellen wurde er von einer weggeworfenen Schwelle betarrt schwer getroffen, daß er neben Kopfverletzungen einen doppelten Oberschenkelbruch erlitt. Der Transport in das Krankenhaus Bergmannstr. nach Halle mußte sofort voranommen werden. —

Selbstmord eines Nervenkranken. Der Schriftföher Mag Strobel aus Fischorneich, der schon seit Jahren nervenleidend ist, sprang vor den aus Jüterbog kommenden Personenzug und ließ sich überfahren. Er wurde glücklicherweise. Der Unglückliche hatte erst vor kurzem in einer Nervenheilanstalt Urlaub erhalten und hatte auch vergeblich versucht, sich in einem Teich in Fischorneich zu ertränken. —

Abwurf eines Dachbeders. Der 50 Jahre alte Dachbeder Karl Schierbach aus Markranstädt stürzte bei Ausbesserungsarbeiten vom Dache seines Hauses ab. Beim Aufschlagen auf dem Erdboden plakte ihm der Leib auf. Er starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. —

Ein Küfen mit vier Beinen. In Thüringen läuft ein Küfen mit vier Beinen umher, das bei dem Landwirt Bömerl ausgebrütet worden ist. Das Tierchen ist wohlauft und spaziert umher, allerdings nur auf zwei Beinen, während die beiden andern in der Luft hängen. —

Todessturz in kochendes Wasser. Beim Abnehmen alter elektrischer Leitungen in der Norddeutschen Kammgarnspinnerei in Mühlhausen in Thüringen stürzte der Schlosser Krupp aus Görtmar rückwärts von der Leiter in eine mit kochendem Wasser gefüllte Karbfur. Er wurde so schwer verbrüht, daß er am gleichen Abend verstarb. —

Die Pflicht ruft

Unterbezirke Wolmirstedt und Neuhaßensleben.

Zum Besuch nachstehender Kassenweihen werden die Parteimitglieder mit ihren Angehörigen aufgefordert:

Am Sonntag den 9. Juni in Züllingen.
am Sonntag den 16. Juni in Dötmerleben.
In beiden Orten gilt es, die roten Fahnen der Sozialdemokratie zu zeigen!

Arbeitsgebiete-Konferenz in Bösdorf

* für Debitische, Waffensdorf, Bösdorf, Mieserhorst, Niendorf.
Am Sonntag den 9. Juni, 15 Uhr, findet in Bösdorf beim Gastwirt Gröwe unsere Arbeitsgebiete-Konferenz statt. Genosse Georg Häberer behandelt das Thema: „Was lehrt uns der Parteitag der Sozialdemokratie?“

Genossen und Genossinnen, sorgt für einen starken Besuch! Besonders Debitische muß gut vertreten sein! Die Arbeiterjugendgruppen Debitische und Gardelegen werden mit amnestiert sein.

Das Unterbezirkssekretariat der E. P. D. Gardelegen-Salzwedel.
W. Geneser.

Alten.

Kinderweihen. Es dürfte bekannt sein, daß vom Verband für Freizeiten am Stelle der kirchlichen Feste K i r d e r w e i h e n veranstaltet werden. Bis jetzt hat nur ein Genosse von dieser Einrichtung Gebrauch gemacht. Der Betreffende, Genosse K a n b e r, nimmt Anmeldungen entgegen. —

Burg.

Frauenabend am Mittwoch im Gewerkschaftshaus. Genosse E a n g n i d e l spricht. —

Gardelegen.

Sozialistische Arbeiterjugend. Alle Genossen und Genossinnen treffen sich am Mittwoch zum Lustigen Abend mit den Jungsozialisten im Konsumvereinsraum. —

Jungsozialisten. Mittwoch 20.30 Uhr im Konsumverein Lustiger Abend. Jeder Genosse und jede Genossin mögen etwas mitbringen zur Ausgestaltung.

Neuhaßensleben.

Krisensitzung der Gewerkschaften. Sitzung am Sonnabend den 8. Juni, 20 Uhr, bei Herzog. —

Sozialistische Frauengruppe. Mitgliederversammlung am Mittwoch den 5. Juni, 20 Uhr, bei Herzog. —

Salzwedel.

Frauenabend am Donnerstag den 6. Juni, 20 Uhr, bei Köhler, Mittelstraße 12. —

Schnarleben.

Parteiverein. Parteigenossen und -genossinnen! Wir fordern schon jetzt auf zu der am 15. Juni 19 Uhr stattfindenden Parteitag in Burg. In der Reichstagsabgeordnete Frau A r n i n g sprechen wird. Alle müssen werden und selbst kommen. —

Stendal.

Jungsozialistengruppe. Nächste Zusammenkunft am Donnerstag den 6. Juni, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Ein redevirtisch befähigter Genosse spricht über das Thema: „Monarchie und Republik.“ Anschließend freie Aussprache. Die Funktionäre der Partei werden ersucht, in den Betrieben die jungen Kollegen und Kolleginnen für die Jungsozialistengruppe zu werben.

Westeregeln.

Frauenabend am Mittwoch den 5. Juni, 20 Uhr, bei Franke. —

Behördliche Mitteilungen

Neuhaßensleben.

Eine Stadtwahlberechtigtenliste findet am Dienstag den 4. Juni, 18 Uhr, statt. Stadtoberatung. —

Salzwedel.

Genehmigt und freiwillige Sanitätskolonne befinden sich vom 3. bis 6. Juni im Marmarshaus. —

Schnarleben.

Wahlereignisse. Vom 18. bis 21. Mai fanden 16 Gemeinderatswahlen statt. Gewählt wurden 17 eckeliche Männer, 4 weibliche Männer, und zwar 15 Frauen, 3 Mädchen. Gestorben sind 15 Personen. Anwesende sind 90, fortgezogene 115 Personen, so daß sich die Bevölkerungszahl um 17 Personen vermindert hat. Die Einwohnerzahl betrug am 1. Juni 21.722. —

Briefkasten

Verlegerhatter Genthin. Verichten Sie, bitte, laufend darüber. —